

Entschieden für Frieden



forumZFD



Von der Idee zur Wirklichkeit

Die Anfänge des Zivilen Friedensdienstes

Inhalt

- 3 Geleitwort von Heinz Liedgens
- 4 Vorwort
- 5 **Helga Tempel**
Wie alles anfing. Die ersten Jahre des Zivilen Friedensdienstes
- 13 **Tilman Evers**
Wie das Konsortium Ziviler Friedensdienst entstand
Die Jahre 1996 bis 2000 – eine Geschichte der Konflikttransformation
- 26 **Heinz Wagner**
Eine Idee, deren Zeit gekommen war
Die ZFD-Visionen der ersten Jahre und ihre Botschaft für heute
- 39 **Das erste Konzept des BSV**
Ziviler Friedensdienst – ohne Waffen – aber nicht wehrlos
- 46 Literaturverzeichnis

Impressum
forumZFD
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln
Telefon: 0221 – 91 27 32-0
E-Mail: kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Redaktion: Christoph Bongard (V.i.S.d.P.), Eva Schimmelpfennig
Autoren: Tilman Evers, Helga Tempel, Heinz Wagner
Grafik/Satz: Sonja Kleffner Communication Design
Gedruckte Auflage: 250 Stück
Juli 2019

Bildnachweise
Titel: ©congerdesign, pixaba
Seite 2: ©Andreas Hermsdorf, pixelio.de

Zum Geleit

„Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit. Er schädigt in unerträglicher Weise die Armen“. Diese Erkenntnis ist über fünfzig Jahre alt. Aber wer heute auf die weltweiten Militäretats, den erneuten Rüstungswettlauf und die wahnsinnigen Rüstungsexporte schaut, wird diese Aussage aus einer päpstlichen Enzyklika von 1965 unvermindert aktuell finden.

Genau so aktuell sind und bleiben die Gründe, die zur Entstehung des Zivilen Friedensdienstes führten. Er verbindet ein grundsätzliches Nein zur Militarisierung mit dem entschiedenen JA zur zivilen Konfliktbearbeitung; er hilft in vielen Konflikten bei der Suche nach gewaltfreien Lösungen und fordert damit die Politik heraus, ihrerseits in zivilen Alternativen zu denken. Seine Anfänge gehen fast dreißig Jahre zurück. Die Friedensbewegung hatte mit ihren großen Demonstrationen in den 80er Jahren geholfen, die Ost-West-Konfrontation zu entschärfen. Wie aber sollten sie auf die „neuen Kriege“ in den 90er Jahren, insbesondere auf das Gemetzel im westlichen Balkan reagieren? Daraus organisierte sich eine Suchbewegung für den Zivilen Friedensdienst.

Drei Akteure der ersten Stunde geben uns mit ihren Erinnerungen einen Einblick davon, „Wie alles anfing ...“. In dieser Broschüre ist dokumentiert, wie aus ersten Ideen ein tragfähiges Konzept wurde, wie zivilgesellschaftliche und politische Vernetzungen gelangen und wie die ersten Schritte zur praktischen Umsetzung getan wurden. Der Blick zurück hilft zu verstehen, wie viele Menschen und Organisationen bei der Entstehung und der frühen Entwicklung des Zivilen Friedensdienstes mitgewirkt haben – nicht nur, aber besonders im Forum Ziviler Friedensdienst. Der Blick zurück lässt uns deshalb auch Dank sagen an Helga Tempel, Tilman Evers und Heinz Wagner und alle Akteure der Gründungszeit.

Wer heute in das Kölner Friedenshaus des forumZFD kommt, findet dort hoch engagierte und motivierte Mitarbeiter*innen. Die Friedensarbeit hat sich professionalisiert, das Personal vervielfältigt. Das Friedenshaus in Köln quillt schon wieder aus allen Nähten, eine eigene Stiftung ist gegründet, politische Kampagnen tragen unsere Anliegen in die Öffentlichkeit. Der Blick zurück hilft, den Blick nach vorne zu richten: Was ist mit dem Zivilen Friedensdienst in zwanzig, dreißig Jahren? Unser Leitbild benennt die Vision: „Es gibt Alternativen zur Gewalt im Umgang mit Konflikten. Uns leitet die Vision einer Weltgesellschaft, in der Gegensätze gewaltfrei ausgehandelt werden.“

Die Losungen und Herausforderungen in diesen Tagen heißen „Fridays for Future“ und „1 Europa für alle“. Die junge Generation verlangt, dass alles getan wird, um die künftigen Lebensgrundlagen zu schützen und ein weltoffenes, freiheitliches Zusammenleben zu bewahren. Das sind in hohem Maße auch friedenspolitische Forderungen, denn sonst drohen Ressourcenkämpfe und Flüchtlingsströme unvorstellbaren Ausmaßes. So gilt auch für den Zivilen Friedensdienst: Er kann nicht aufhören anzufangen.

Heinz Liedgens
Aufsichtsratsvorsitzender des forumZFD
Köln am Tag der Europawahl, 26. Mai 2019



Vorwort

Der ZFD feiert im Jahr 2019 sein 20-jähriges Bestehen. Viel, sehr viel ist in diesen zwanzig Jahren geschehen. Den ersten zehn Fachkräften, die 1999 in ihre Projekte ausreisten, sind inzwischen 1400 weitere Fachkräfte gefolgt. Derzeit wirken rund 300 internationale Fachkräfte in 42 Ländern mit an der Überwindung von Hass und Gewalt – alle gemeinsam mit einheimischen Partnerorganisationen und in mehrköpfigen Teams von örtlichen Fachkräften. Der ZFD ist heute ein anerkanntes Gemeinschaftswerk von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Was dabei über die Jahre unter zum Teil schwierigsten Bedingungen geleistet wurde, hat verdient, zu seinem Jubiläum gefeiert zu werden!

Nimmt man hingegen nicht den Beginn der Projektarbeit, sondern die vorbereitenden Überlegungen ab den frühen 90er Jahren zum Ausgangspunkt, dann blickt der ZFD auf eine bald schon 30-jährige Geschichte zurück. Der praktischen Umsetzung ab 1999 gingen viele Jahre intensiver Diskussionen und Planungen voraus; ohne sie hätte es 1999 kein umsetzungsfähiges Konzept gegeben. Auch in diesen Entstehungsjahren wurde Großes geleistet; sie gehören unverzichtbar mit zur Geschichte des ZFD.

Um das Wissen über diese Jahre wach zu halten, haben drei Zeitzeugen ihre Erinnerungen aufgeschrieben. Alle drei waren Gründungsmitglieder des Forum Ziviler Friedensdienst e. V., alle danach mehrjährige Vorsitzende des Vereins. Um nicht den Rahmen zu sprengen, mussten sie sich in ihren Berichten auf prägnante Themenfelder beschränken; andererseits brauchte es erzählerische Freiheiten, um die damalige Zeit mit ihren Wechselfällen und Konflikten lebendig werden zu lassen. So entstanden drei je eigene Beiträge, die einander ergänzen und kommentieren, aber nicht wie Kapitel eines Buchs aufeinander aufbauen.

Den Anfang macht Helga Tempel, heute Ehrenvorsitzende des Vereins. Sie schildert die allerersten gedanklichen Suchbewegungen ab dem Jahr 1992 bis zu deren organisatorischen Bündelung mit der Vereinsgründung von 1996. Schon damals war der entstehende ZFD ein Gemeinschaftswerk, allerdings von unterschiedlichen Friedensgruppen, die in einem offenen Gesprächs-Forum „Ziviler Friedensdienst“ zusammenkamen. Ab dem Jahr 1996 interessierten sich auch die Entwicklungsdienste für die Diskussion und trafen sich in einem „Konsortium Ziviler Friedensdienst“ mit den Friedensgruppen. Diese spannungsreiche Frühgeschichte der heutigen Zusammenarbeit unterschiedlicher Träger ist Thema des Beitrags von Tilman Evers. Einen anderen Zugang wählt Heinz Wagner, heute Vorsitzender der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst: Anhand ausgewählter Dokumente der 90er Jahre fragt er, inwieweit sich die damaligen Konzepte bewahrt haben – und was für die nächsten zwanzig Jahre zu tun bleibt.

Alle drei Beiträge sind aus der Sicht von Mitstreitern des forumZFD geschrieben. Das kann beim Blick auf die 90er Jahre kaum anders sein: Das Gesprächs-Forum ZFD und der daraus hervorgehende Verein waren in diesen Jahren Zentrum und Motor der Debatte. Zu seinen Gründungszielen gehörte freilich eine „plurale zivilgesellschaftliche Trägerschaft“ für den künftigen ZFD. Mit Beginn der staatlich geförderten Umsetzung entstand so das heutige Gemeinschaftswerk, in dem jeder Akteur seine eigenen Traditionen und Besonderheiten einbringt.

Anlässlich seines 20-jährigen Bestehens feiert der ZFD auch die Vielfalt seiner Erinnerungen. Und zugleich vergewissert er sich der Aufgaben, die sich ihm im Jahr 2019 noch immer oder neu stellen. Zu beidem will dieses Heft beitragen.

Christoph Bongard
Leiter Abteilung Kommunikation & Politik im forumZFD



Wie alles anfing

Die ersten Jahre des Zivilen Friedensdienstes
von Helga Tempel

Nach dem bedeutungsvollen Wendejahr 1989 und dem Zusammenbruch der UdSSR drängte sich die Frage auf: Wie geht es weiter mit der deutschen Außenpolitik und vor allem auch mit dem Militär beider deutscher Staaten? Allzu schnell schwand die Hoffnung auf eine entspannte Weltlage; regionale Konflikte und Kriege ließen Forderungen nach out-of-area-Einsätzen auch der Bundeswehr laut werden. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) gab eigene Friedenshoffnungen nicht so schnell auf und dachte über einen neuen politischen Ansatz unter zivilgesellschaftlicher Mitwirkung nach.

Vorschlag aus der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

Am 28. Februar 1992 wandte sich der damalige Berliner Bischof Kruse mit einem Brief an die Kirchengemeinden, die Jugend der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg (EKiBB) sowie kirchliche Friedensdienste und interessierte Gruppen. Dieses Schreiben im Auftrag der Kirchenleitung der EKiBB enthielt sieben Fragen zu einem bereits von einer kirchlichen Arbeitsgruppe vorbedachten zivilen Friedensdienst, um deren rasche und ausführliche Beantwortung gebeten wurde. Die mögliche Verortung und Ausgestaltung eines solchen neuen Dienstes wurde in dem Begleitschreiben bereits umrissen. Es sollte sich um ein „funktionales Äquivalent zum Militärdienst“ handeln, dessen „Institutionalisierung ... letzten Endes die Aufgabe des Gesetzgebers und der Regierung“ sein solle. Das zu entwickelnde „handhabbare Konzept“ solle über die EKD an die Bundesregierung und die Öffentlichkeit geleitet werden.

Die Idee eines zivilen Friedensdienstes war aus einem Impuls des Berliner Professors für Politikwissenschaften, Theodor Ebert, entstanden, der seit langem zu Fragen der gewaltfreien Aktion gearbeitet, gelehrt und geforscht hatte. Es lag ihm daran, gezielt Methoden der gewaltfreien Konfliktbearbeitung auch für kollektive gewalttrüchtige Auseinandersetzungen zu nutzen und dafür sowohl einen institutionellen Rahmen zu schaffen als auch vor allem junge Menschen für gewaltloses Verhalten zu gewinnen und sie entsprechend zu „alphabetisieren“. Theodor Ebert war um 1990 herum Laien-Mitglied der Kirchenleitung in Berlin-Brandenburg, außerdem Vorsitzender des 1989 gegründeten Bund für Soziale Verteidigung (BSV) in Minden.

Professor Ebert trug dazu bei, dass es am 25. Oktober 1991 entgegen der Diskussion zu den out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr zu einem Beschluss der Kirchenleitung kam, der später auch in den Ausschüssen der Synode Zustimmung fand. Dort wurde eine kirchliche Arbeitsgruppe eingesetzt, um die Idee eines zivilen Friedensdienstes unter anderem zur Abwehr äußerer Bedrohung der Bundesrepublik weiter auszuarbeiten und entsprechende Schritte in die Öffentlichkeit vorzubereiten. Ihr gehörte auch Theodor Ebert an. Er sprach im Januar 1992 auf einer Tagung von Pax Christi International von einer „gewaltfreien Taskforce“, die Aufgaben von Polizei und Militär übernehmen solle, benutzte aber parallel dazu auch schon den Begriff „ziviler Friedensdienst“. Er hoffte, dass eine künftige rot-grüne Bundesregierung sich für ein solches neues politisches Instrument öffnen könnte.

Die Idee eines zivilen Friedensdienstes entstand jedoch nicht aus einem Vakuum heraus, sondern griff Grundlagen und Erfahrungen von Vorläufern auf. Dazu gehörte u. a. die von

Gandhi begründete Shanti Sena sowie die Arbeit der Peace Brigades International und damals ganz aktuell des Balkan Peace Teams, das sich auf Initiative des BSV zur Streitschlichtung angesichts des Krieges im ehemaligen Jugoslawien gegründet hatte.

Das früheste öffentliche Dokument zum späteren ZFD:

Sieben Fragen von Bischof Martin Kruse, Kirchenleitung der EKiBB 28. Februar 1992

an Kirchengemeinden der evang. Kirche in Berlin-Brandenburg, an die evang. Jugend in Berlin-Brandenburg und an kirchliche Friedensdienste und interessierte Gruppen

1. Halten Sie es überhaupt für sinnvoll, dass neben dem Militärdienst und dem zivilen Ersatzdienst eine neue Form des zivilen Friedensdienstes entwickelt und angeboten wird?
2. Welche Aufgaben könnte nach Ihrer Auffassung ein solcher ziviler Friedensdienst kurz-, mittel- und langfristig übernehmen?
3. Wie sehen Sie das Verhältnis eines neuen zivilen Friedensdienstes zum bestehenden Militärdienst und zum zivilen Ersatzdienst, der auch gelegentlich in kirchlichen Kreisen schon erwartungsvoll als ziviler Friedensdienst bezeichnet worden ist?
4. Welche Rolle sollen Frauen in dem zivilen Friedensdienst spielen?
5. Welche vorbereitenden Formen eines zivilen Friedensdienstes halten Sie jetzt schon für möglich?
6. Wie stellen Sie sich die Ausbildung für den zivilen Friedensdienst vor? An dieser Stelle erwarten wir selbstverständlich kein Curriculum; wir wären Ihnen jedoch für exemplarische Hinweise, die eventuell wichtige Erfahrungen Ihrer Organisation aufgreifen, dankbar.
7. In welcher Weise können Sie unser Vorhaben unterstützen? Ist es Ihnen möglich, das Konzept des zivilen Friedensdienstes in Ihren Gremien und Mitteilungsorganen zu erörtern? Können Sie sich vorstellen, dass Sie Erfahrungen aus Ihrer Arbeit in einen zivilen Friedensdienst einbringen?

Sieben Fragen zur Diskussion

Die „Sieben Fragen“ der EKiBB stießen auf Interesse, besonders auch bei der kirchlich orientierten evangelischen Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und dem Christlichen Friedensdienst EIRENE. Insgesamt gab es mehr als 40 Reaktionen zu den Fragen und Vorschlägen. Nach unserer Kenntnis forderte jedoch nur der BSV seine Mitgliedsgruppierungen auf, sich zeitnah zu den vorgelegten Fragen zu äußern. Für die Bearbeitung der Antworten setzte er eine gesonderte

Arbeitsgruppe von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Mitgliedsorganisationen ein, darunter Pax Christi, Versöhnungsbund, Ohne Rüstung Leben sowie der Friedensausschuss der Quäker. Diese „AG Ziviler Friedensdienst“ traf sich erstmalig am 22. Februar 1993 in Hannover und diskutierte den Vorschlag der EKiBB. Die Mitglieder bezogen sich dabei auch auf die zum Teil recht besorgten Rückmeldungen aus verschiedenen Organisationen. Diese kritisierten besonders die deutliche Nähe zum Staat als Auftraggeber und den Gedanken der Dienstverpflichtung junger Menschen – oder gar nur junger Männer? Vor allem pazifistisch ausgerichtete Gruppen jedoch unterstützten den Grundgedanken, mit dem zivilen Friedensdienst eine „Alternative zum Einsatz bewaffneter Gruppen in Konfliktsituationen und Krisengebieten“ zu schaffen. Das Nachdenken über eigene Konzepte eines zivilen Friedensdienstes hatte begonnen.

Am 8. bis 10. Oktober 1993 trafen sich ca. 30 Menschen in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr zum gemeinsamen Nachdenken über das Thema „Der Zivile Friedensdienst – ein neues Mittel für eine neue Politik“. Zu ihnen gehörten neben dem Studienleiter der Akademie, Dr. Hans-Jürgen Fischbek, auch Theodor Ebert und die gesamte Arbeitsgruppe des BSV sowie Vertreterinnen und Vertreter kirchlicher Freiwilligendienste und mehrerer Landeskirchen. Diese Mülheimer Treffen wurden dreimal in mehrmonatigen Abständen fortgesetzt (18. bis 20. April 1994, 31. Oktober bis 2. November 1994, 13. bis 15. Januar 1995) und trugen durch einen im Laufe der Zeit erweiterten Kreis von Teilnehmenden aus Politik und Gesellschaft zur weiteren Ausbreitung und Vertiefung der Idee bei. Unterschiedliche Positionen glichen sich an, es ergaben sich deutliche Voten zu Kernpunkten eines Konzepts. Beim zweiten Mülheimer Treffen im Herbst 1994 waren 90 Einzelpersonen anwesend und insgesamt 28 Organisationen vertreten. Der Gesprächskreis gab sich den Namen „Forum Ziviler Friedensdienst“ und wählte vier Sprecherinnen und Sprecher.

Der Gegenentwurf des BSV

Innerhalb dieses offenen Forums arbeitete die AG Ziviler Friedensdienst des BSV als aktiver Kern weiter, u. a. an einer Zusammenstellung wichtiger Elemente, mit denen der Vorschlag eines ZFD der Öffentlichkeit vorgestellt werden sollte. Hintergrundpapiere (z. B. zu Vorläufern aktiver Friedenseinsätze und Beispielen gewaltfreien Eingreifens) wurden erstellt und grundlegendes Pro und Contra in mehrseitigen Erörterungen gegeneinander abgewogen. Die AG Ziviler Friedensdienst fügte Argumente aus den Mülheimer Gesprächen sowie eigene Überlegungen zusammen und legte im April 1994 ein eigenes Konzept, eigentlich einen Gegenentwurf zum Vorschlag der EKiBB, vor. Es machte deutlich, dieser neue Dienst solle

- nach dem Subsidiaritätsprinzip in pluraler zivilgesellschaftlicher Verantwortung organisiert, aber staatlich gefördert werden,
- an keinerlei Dienstpflcht gekoppelt sein, sondern freiwillig geleistet werden
- und im Wesentlichen auf „die Unterstützung solcher Kräfte in Krisengebieten gerichtet sein, die für Versöhnung, gewaltfreie Konfliktaustragung und gerechte Verhältnisse eintreten“.

In einer kleinen 28-seitigen Broschüre im Oktavformat wurden Ziele und Aufgaben eines solchen Dienstes näher ausgeführt.

Von da an galt dieses unscheinbare Heftchen als „das Konzept“ des angestrebten Zivilen Friedensdienstes. Der Text wurde am 11. April 1994 ganzseitig in der Frankfurter Rundschau veröffentlicht.

Das Konzept enthielt Argumentationen und Kernforderungen, die in den folgenden Jahren der Entstehung des ZFD ihre Gültigkeit bewiesen: Die Fachkräfte sollten in Zusammenarbeit mit friedensbereiten lokalen Gruppen beratend, unterstützend, vermittelnd und versöhnend tätig werden und deeskalierend Gewalt eindämmen, auch indem sie internationale Aufmerksamkeit ins Spiel brachten. Betont wurde, dass es sich bei den zu gewinnenden Freiwilligen um lebenserfahrene, gefestigte Persönlichkeiten handeln solle.

Zusätzlich sollten diese Freiwilligen eine gründliche, einjährige Ausbildung durchlaufen. Dafür wurden wichtige Prinzipien benannt: Neben fachlichen Kenntnissen sollte es im Wesentlichen um die Weiterentwicklung bereits vorhandener Kompetenzen und die Heranbildung konfliktfähiger, teamfähiger Persönlichkeiten gehen. Neben einer Grundausbildung waren Spezialisierungsangebote und Aufbaukurse je nach Einsatzgebiet und Anforderungsprofil geplant. Für die Grundausbildung waren vier Schwerpunkte vorgesehen: Die Analyse der Verhältnisse (1), die zivilen und gewaltfreien Optionen (2), die persönliche Entwicklung und das Selbstverständnis der Freiwilligen (3) sowie das alltägliche konkrete Tun in der Praxis (4).

Ein eher langfristig angelegter Aufbau des Dienstes wurde angestrebt mit dem Ziel, im Endstadium etwa 100 000 kompetente Fachkräfte zur Verfügung zu haben – eine Zahl, die von den Trägern der Idee später selbst kritisiert und korrigiert wurde. Letztlich aber sollte es „um eine Institutionalisierung der zivilen Konfliktaustragung in einem mindestens gleichrangigen Ausmaß gegenüber den gewaltsamen Machtinstrumenten“ gehen. Interessant ist, dass das später für die Umsetzung so wichtige Konsortium Ziviler Friedensdienst hier schon anklang, wenn es hieß: „In der Bundesrepublik arbeiten die Träger des ZFD in einem Koordinationsgremium zusammen, das die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen gewährleistet.“

Dieses Konzept, noch unter dem Namen des BSV veröffentlicht, wurde sehr bald dem Gesprächskreis Forum Ziviler Friedensdienst zugeschrieben und löste breite, auch kontroverse Diskussionen unter den Friedens- und Entwicklungsdiensten aus. So stieß besonders die Finanzierung aus Steuermitteln, d.h. durch den Staat, auf Widerspruch; ebenso die damals noch angedachte große Zahl von auszubildenden Freiwilligen und die Gleichstellung mit Pflichtdiensten. Einige Repräsentantinnen und Repräsentanten strikt pazifistischer Organisationen hatten deshalb Mühe, die veränderten Eckpunkte des BSV-Konzepts gegenüber den ursprünglichen Vorstellungen der Kirche und Theodor Eberts zur Kenntnis zu nehmen. Sie forderten überdies, Forderungen wie die Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht in das Konzept aufzunehmen.

Gleichzeitig fand diese neue Idee erstaunlich breite Unterstützung, insbesondere unter Kirchenleuten, unter Vertreter*innen der damaligen Oppositionsparteien sowie von Prominenten in Kunst und Wissenschaft. Die AG ZFD des BSV erörterte mit diesen frühen Förderern die Möglichkeiten zur Umsetzung des neuen Ansatzes und brachte diesen in verschiedenen Anläufen in die Öffentlichkeit. Hervorzuheben ist in diesem Zusammen-

hang ein „Aufruf für einen Zivilen Friedensdienst“, der am Antikriegstag, dem 1. September 1994, veröffentlicht wurde und bereits 60 prominente Unterzeichnende fand.

Ab August 1994 stellte der BSV im Auftrag des Forum Ziviler Friedensdienst einen Koordinator für seine Arbeitsgruppe ZFD ein. Nach insgesamt elf Zusammenkünften wurde die Arbeitsgruppe Ende 1994 personell erweitert und als „Initiative Ziviler Friedensdienst“ mit dem Schwerpunkt der politischen Umsetzung fortgeführt.

Die überarbeitete Handreichung der EKIBB

Im Sommer desselben Jahres veröffentlichte die EKIBB am 8. Juli 1994 eine revidierte Fassung ihres ursprünglichen Vorschlags unter dem Titel „ZIVILER FRIEDENSDIENST – Einsatzgruppen für eine Politik mit gewaltfreien Mitteln“. Auch wenn einige der kritischen Anmerkungen aus den Rückmeldungen dort Eingang fanden, indem zum Beispiel jetzt deutlich von Männern und Frauen die Rede war und gar einzelne Passagen aus dem BSV-Büchlein wortgleich übernommen wurden, unterschieden sich die dort erkennbaren Vorstellungen noch immer deutlich von dem veränderten Konzept der BSV-Arbeitsgruppe. Insgesamt wurde ein sehr breites Arbeitsfeld für einen künftigen ZFD in den Blick genommen, von privater Absicherung (etwa gegen Fahrzeugdiebstähle) über polizeiähnliche Dienste bis hin zu Auslandseinsätzen in Krisengebieten und Sozialer Verteidigung gegen Staatsstreiche oder Bedrohung von außen, zum Beispiel durch fremde Besatzung. Staatlichen Instanzen wurde dabei mehr als eine nur fördernde Rolle zugeacht: Sie sollten selbst neben zivilgesellschaftlichen Organisationen Träger des ZFD sein. So sollten etwa Auslandseinsätze auch auf Anforderung staatlicher Stellen stattfinden.

Bei den Freiwilligen wurde weiterhin auch an Wehrpflichtige, also junge Männer gedacht, die bereits während ihrer Ausbildung zu Einsätzen herangezogen werden sollten. Vorkenntnisse und bereits vorhandene Kompetenzen blieben zugunsten einer grundlegenden „Alphabetisierung“ unbeachtet. Und als Ziel wurde am Ende einer Anlaufphase eine Zahl von mehreren Zehntausend ausgebildeter Menschen angestrebt – eine Dimension, die von den übrigen Befürwortern eines ZFD stark infrage gestellt wurde.

Es war keine leichte Aufgabe, diese zum Teil konträren Vorstellungen so zu bearbeiten, dass ein Konzept entstand, das die Politik zu überzeugen vermochte und Menschen einlud, sich als Freiwillige und Unterstützer der Idee auf diesen neuen, noch unerforschten Weg zu begeben. Eben dies wurde in den Folgejahren bis 1999 geleistet – und später laufend fortgeführt.

Erste politische Kontakte

Mit dem Konzept eines zu schaffenden Zivilen Friedensdienstes zur professionellen Gewalteinämmung und Friedensförderung in Konfliktgebieten nahmen Vertreter*innen des Mülheimer Gesprächsforums (jetzt unter dem Namen „Forum Ziviler Friedensdienst“) Kontakt zur Politik auf. Im Bundestag zeigten sich insbesondere die SPD-Abgeordneten Eckart Kuhlwein, Gert Weisskirchen und Uta Zapf, sodann Christa Nickels und Winfried Nachtwei von den GRÜNEN sowie der junge

Aachener CDU-Abgeordnete Armin Laschet interessiert. Auch Rainer Eppelmann von der CDU unterstützte die Idee und schlug eine spezielle interfraktionelle parlamentarische Initiative vor. Dazu gab es unter dem Stichwort „Gruppenantrag“ bereits im Juni 1995 ein erstes Vorgespräch in Bonn mit den Vertretern des Mülheimer Gesprächskreises. Im Hintergrund half auch der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel mit seinem Rat. Für einige Monate liefen diese Bemühungen als „Parlamentarische Initiative“ unter Federführung des Abgeordneten Rainer Eppelmann.

Vereinsgründung

Das Forum Ziviler Friedensdienst hatte damit den ersten Schritt zu einer politischen Lobbyorganisation mit klar umrissenem Gestaltungswillen getan. Zur Fortführung dieser Initiative bedurfte es jedoch einer handlungsbefähigenden Rechtsform. Am 11. Februar 1996 gründete der bisherige Gesprächskreis Forum Ziviler Friedensdienst daher einen eingetragenen Verein unter dem gleichen Namen, jetzt mit dem Kürzel forumZFD, und beantragte dessen Gemeinnützigkeit.

Sieben Gründungsmitglieder bildeten den Vorstand, damals noch Sprecherrat genannt, des Vereins: Heinz Wagner (Pax Christi) und Helga Tempel (Quäker) als gemeinsame Vorsitzende, der Unternehmensberater Dr. Klaus-Stephan Otto als Schatzmeister sowie Uwe Trittman (Evangelische Kirche von Westfalen), Helmuth Falkenstörfer (Evangelische Akademikerschaft in Deutschland, EAiD), Dr. Tilman Evers (Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung DEAE) und Cornelia Brinkmann (Heinrich-Böll-Stiftung) als Beisitzende.

Das Satzungsziel war, „einen Zivilen Friedensdienst in pluraler, zivilgesellschaftlicher Trägerschaft“ zu verwirklichen. Das machte die Absicht deutlich, die Erfahrungen und Zugänge anderer potentieller Träger, insbesondere der Entwicklungsdienste, einzubeziehen, zu denen insbesondere Helmuth Falkenstörfer und Tilman Evers berufsbiografische Verbindungen hatten. Schnell traten bisher involvierte Organisationen und Einzelpersonen dem jungen Verein als Mitglieder bei und unterstützten ihn bei der Fülle der Aufgaben.

Internationale Vernetzung

Sehr bald wurde klar, dass eine solche Initiative gedanklich wie praktisch eine internationale Dimension haben musste. Es galt, den Vorwurf mancher Kritiker zu entkräften, einmal mehr solle „am deutschen Wesen die Welt genesen“. Bereits am 24. bis 26. März 1995 hatte der Friedensforscher Professor Andreas Buro in Frankfurt/Oder ein internationales Treffen zum Thema „Ziviler Friedensdienst – europaweit“ organisiert – allerdings als Europa-Treffen der Helsinki Citizens’ Assembly (HCA). Am 6. November 1995 nahm Helga Tempel als Vertreterin des Gesprächskreises Forum Ziviler Friedensdienst an einer von den europäischen GRÜNEN ausgerichteten Konferenz über ein mögliches Europäisches Ziviles Friedenscorps mit über 70 Teilnehmenden in Brüssel teil. Ab 1997 gab es mehrfach Delegationsreisen des forumZFD nach Brüssel für fachliche Gespräche über das Thema „Conflict Prevention“ und entsprechende Instrumente auf europäischer Ebene. Trotz der aktiven

Unterstützung durch Hans Koschnick, dem ehemaligen Bremer Bürgermeister und EU-Beauftragten für Mostar, blieben diese jedoch ohne nennenswerten Erfolg.

Noch im Juli 1997 lud das forumZFD vergleichbare Initiativen aus den Niederlanden, England, Frankreich und Österreich zu einem ersten Treffen nach Köln. Nach weiteren internationalen Treffen mit wachsender Teilnehmerzahl entstand daraus im Jahr 2000 das European Network for Civil Peace Services (EN.CPS) mit schließlich 14 teilhabenden Organisationen.

Versuch einer „Startphase Ziviler Friedensdienst“

Gegen Ende 1995 und insbesondere mit Beginn des Folgejahres überschlugen sich die Ereignisse. Mit dem Friedensschluss von Dayton nach den kriegesischen Auseinandersetzungen in Ex-Jugoslawien schien der Einstieg in die praktische ZFD-Arbeit in greifbare Nähe gerückt. Aufbauend auf den Kontakten zu den Parlamentariern und den Kirchen lud das Mülheimer Diskussionsforum im Winter 1995/ 96 zu zwei Gesprächen nach Bonn, jeweils mit den beiden Bischöfen Wolfgang Huber (evang.) und Hermann Josef Spital (kath.) sowie mit Heiner Geißler CDU, Günter Verheugen SPD und Joschka Fischer GRÜNE als hochrangige Vertreter der Bundestagsfraktionen. Dabei wurde am 5. Dezember 1995 ein Stufenplan zum Einstieg in eine „Startphase ZFD“ vorgestellt. Angedacht war Nachsorgearbeit zur Aussöhnung und Befriedung in Ex-Jugoslawien durch bis zu 200 ausgebildete Friedensfachkräfte. Dieser Plan wurde Anfang 1996 mit einem elaborierten Konzept in zahlreichen Gesprächen an Abgeordnete herangetragen in der Hoffnung, bereits im Februar 1996 einen entsprechenden Bundestagsbeschluss zu erreichen.

Parallel zu diesen politischen Bemühungen wurden intern Kooperationsstrukturen für eine Startphase des Zivilen Friedensdienstes aufgebaut, Detailplanungen zur Vorbereitung der ersten ZFD-Einsätze getroffen und Regeln vereinbart für die Zusammenarbeit der drei Träger, dem forumZFD, der AGDF und der katholischen Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH). Anfang März 1996 trafen sich 60 Vertreterinnen und Vertreter interessierter Nichtregierungsorganisationen in Kassel zu einer „Vollversammlung Startphase“.

Die erarbeiteten Pläne wurden im Bundestag fraktionsübergreifend und vorwiegend zustimmend diskutiert. Aufgrund eines starken Votums von Armin Laschet, MdB der CDU, wurde jedoch sehr bald klar, dass die Einsätze im Rahmen der Startphase nicht wie von den Organisationen gewünscht dem Auswärtigen Amt sondern dem Entwicklungsministerium zugeordnet werden sollten. Damit lag die endgültige Entscheidung beim CSU-Minister Spranger, der dem gesamten Vorhaben am 25. März 1996 eine strikte Absage erteilte. In seiner Begründung hieß es u. a.: „Bedenklich ist die Vorstellung, junge Leute, die weder die Sprache noch die kulturellen Hintergründe eines seit Jahrhunderten schwelenden Konflikts kennen, in eine Konfliktregion zu entsenden und sie mit einer vagen Friedensarbeit zu überfrachten.“

Die beiden Bischöfe protestierten und wandten sich ratsuchend an Wolfgang Schäuble und Heiner Geißler. Selbst Bundeskanzler Kohl wurde vom Vorstand des forumZFD kontaktiert.

Nachfassende Gespräche mit der CDU und dem BMZ boten eine kleine Chance, im Sinne eines Pilotprojekts an wenigen ausgewählten Orten und mit nur 20 bis 25 Fachkräften zu beginnen. Doch auch diese reduzierte Fassung der ursprünglichen Planung wurde abgelehnt. Auf seiner zweiten Vollversammlung am 8. Juni 1996 löste sich der Koordinierungskreis Startphase daraufhin auf.

Die Mitglieder der Interfraktionellen Arbeitsgruppe gaben nicht auf und starteten einen neuen, „abgespeckten“ Vorstoß, der inzwischen auch bei den Entwicklungsdiensten auf einiges Verständnis stieß – doch auch dieser scheiterte am Widerstand der CDU/CSU-Abgeordneten im Verteidigungsausschuss sowie im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Als kleines Trostpflaster gelang es den SPD-Haushältern, in die Haushaltspläne für das Auswärtige Amt und das BMZ einen „Leertitel“ Förderung des Zivilen Friedensdienstes aufzunehmen.

Die Startphase war gescheitert. Die Absage der Kohl-Regierung hinterließ jedoch bei den Unterstützern der Initiative eine Stimmung des „Jetzt erst recht“. Dazu gehörten auch führende Vertreter der damaligen Oppositionsparteien, darunter der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Johannes Rau. Ein Jahr später sorgte er dafür, dass es 1997 zum Einstieg in die Ausbildung und damit auch in die öffentliche Förderung kam.

Bündnisse und Konflikte

Dass die konzeptionellen Grundlagen eines künftigen ZFD aus breiten Diskussionen insbesondere auch in den offenen Mülheimer Gesprächen hervorgegangen waren, erwies sich als entscheidend für deren nachfolgende gesellschaftliche Akzeptanz. Viele Organisationen und Einzelpersonen hatten ihre Erfahrungen und Gesichtspunkte einbringen können; sie hatten das Für und Wider möglicher Ausgestaltungen mit erwogen und konnten sich so mit den erarbeiteten Vorschlägen identifizieren. Viele von ihnen wurden daher auch wie selbstverständlich zu Gründungsmitgliedern, als der Gesprächskreis sich Anfang 1996 als eingetragener Verein gründete. Das verschaffte dem Anliegen fast von Anfang an eine vertrauensgebende Breite der gesellschaftlichen Unterstützung.

Aufbauend auf dieser Erfahrung bemühte sich der neugegründete Verein auch im Folgenden darum, weitere Organisationen im thematischen Umfeld als Mitglieder zu gewinnen oder um deren wohlwollende Unterstützung zu werben. Dabei folgte diese Bündnisarbeit nicht einer eigens entworfenen Strategie; vielmehr vertraute der damalige Vorstand wie in bisherigen Schritten auf die Kraft des überzeugenden Arguments. Insgesamt erwies sich diese einladende Transparenz als sehr erfolgreich.

Dennoch blieben punktuelle Konflikte nicht aus. Traten die Befürworterinnen des ZFD bisweilen allzu überzeugt von den eigenen Ideen auf? Wäre manchmal mehr Wertschätzung für die Traditionen und Leistungen alteingesessener Akteure angebracht gewesen? Vielleicht auch mehr Sensibilität dafür, dass die neue Initiative von Anderen als Konkurrenz empfunden werden konnte? – Umgekehrt ließ sich allerdings auch die Frage an manche damalige Kritiker stellen, wie offen sie seinerzeit gegenüber veränderten Herausforderungen und neuen Zugängen waren.

Dabei ragt im Rückblick insbesondere eine Kontroverse aufgrund ihrer hohen gedanklichen Qualität und politischen Brisanz heraus: Ausgerechnet eine der wichtigsten Mitgliedsorganisationen, das Komitee für Grundrechte und Demokratie, veröffentlichte am 15. Juni 1997 in ihren „Informationen“ eine grundsätzliche Kritik an der Idee eines Zivilen Friedensdienstes, gemeinsam gezeichnet von den drei Sprechern des Komitees. Unter dem Titel „Ziviler Friedensdienst am Scheideweg?“ meldeten die Autoren Zweifel an der pazifistischen Orientierung der Initiative an. Die geforderte öffentliche Förderung berge die Gefahr, dass ein solcher Dienst zum zivilen Feigenblatt einer ansonsten militärgestützten Außenpolitik verkomme. Schon der Name „Ziviler Friedensdienst“ lege die Deutung nahe, bloßes Beiwerk zu einem „militärischen Friedensdienst“ zu sein, das nach staatlichem Kalkül als zusätzliches Instrument deutscher Machtpolitik im Vorlauf zu militärischer Gewalt oder zur Schadensbeseitigung danach eingesetzt werden könne. „Zivile Friedensdienste, die ihren Namen verdienen,“ so die Quintessenz des Beitrags, „entsprechen konsequent ihrer friedenspolitischen Aufgabe, wenn sie autonom pazifistisch organisiert, lokalisiert, besetzt und kontrolliert werden.“

Der Vorstand des forumZFD nahm diese kritische Anfrage einer so traditionsreichen und qualifizierten Mitgliedsorganisation als begründete Sorge um die friedenspolitische Orientierung des künftigen Instruments auf. In mancher Hinsicht traf sie sich mit Fragen, die auch die Befürworter eines ZFD sich selber seit der Auseinandersetzung um das ursprüngliche Konzept von Theodor Ebert immer wieder stellten. Zudem hatte es unter den parlamentarischen Befürwortern tatsächlich gelegentliche Tendenzen gegeben, den ZFD als mögliche Ergänzung zur Bundeswehr schmackhaft zu machen. Andererseits musste der Vorstand die erforderliche Bandbreite an gesellschaftlicher Unterstützung im Blick behalten. Wenn die Initiative nicht in der Nische der politische Gleichgesinnten landen wollte, durfte sie sich nicht als strikt pazifistisch definieren und die Militär- und Staatskritik in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen.

Der Vorstand des forumZFD antwortete mit einem Offenen Brief, in dem er die Anfrage des Komitees zunächst als berechtigte Warnung vor zu großer Staatsnähe akzeptierte. In der Sache bekannte er sich aber dazu, reale Handlungsmöglichkeiten in Konfliktlagen gewinnen zu wollen und dazu Unterstützung, auch Finanzierung jenseits der pazifistischen Kreise zu benötigen. „Wenn wir eine zivilisierte(re) Weltinnenpolitik schaffen wollen, müssen wir darauf setzen, bis in die Mitte der Gesellschaft etwas zu verändern.“ Ausdrücklich nennt der Brief „das linksliberale Feld in dieser Republik“ als Ansprechpartner. Der ZFD definiere sich nicht durch das Anti gegen das Militär, sondern das Pro für gewaltfreie Konfliktbearbeitung. Das Beispiel der Entwicklungsdienste zeige, dass man durchaus mit dem Staat zusammenarbeiten und dennoch weitgehende inhaltliche Autonomie bewahren könne. Die damit verbundenen Ambivalenzen müsse der ZFD in Kauf nehmen, wenn er praktisch werden wolle. Durch einen solchen Dienst „würde das Militär nicht abgeschafft, aber – so hoffen wir – unwichtiger. Kriege werden nicht unmöglich, aber – das wollen wir – seltener. Kann eine pazifistische Position in der Wirklichkeit dieser Welt viel mehr und anderes bewirken?“

Dieser Offene Brief war zugleich ein wichtiger nächster Schritt zu einem klareren Selbstverständnis der Initiative. Nach außen trug er durch die Ernsthaftigkeit, mit der er auf die Bedenken

des Komitees einging, dem jungen Verein Respekt ein. Die FR-Redakteurin Ursula Rüssmann berichtete in der Zeitschrift „PublikForum“ (10/1997) ausführlich und sehr unterstützend über diese Kontroverse. Im Ergebnis erwies die Debatte sich so als Beleg für die konstruktiven Möglichkeiten eines wertschätzenden Konfliktaustrags.

Öffentlichkeitsarbeit

Auf dem Weg zur Verwirklichung eines Zivilen Friedensdienstes stellte sich neben der gezielten politischen Lobbyarbeit die Aufgabe, die Idee in Politik und Gesellschaft zu verbreiten und zu verankern und nahestehende Organisationen sowie wichtige Schlüsselpersonen „mit ins Boot“ zu holen. Es galt Kontakte zu knüpfen vor allem im Bereich der Friedensorganisationen und der Kirchen und sich den Anfragen von Unterstützer*innen wie auch Kritiker*innen zu stellen. Das betraf überwiegend die Vorstandsmitglieder, die ihre Kontakte in ihrem jeweiligen Umfeld nutzten und auf Versammlungen und in gezielten Gesprächen um Rückhalt für die Idee und um Mitarbeit im forumZFD warben.

Die zweite Jahreshälfte 1996 brachte vielfältige Unterstützung aus der Zivilgesellschaft für einen Zivilen Friedensdienst und die Arbeit des forumZFD. Die Ökumenische Versammlung in Erfurt verabschiedete eine „Botschaft von Erfurt“, die die „Einrichtung ziviler Friedensfachdienste“ forderte. Die EKD-Synode auf Borkum sowie die Landessynode in Westfalen baten ihre Vertreter, sich verstärkt in die Bemühungen um einen ZFD einzubringen, und die deutschen Quäker stimmten der Initiative einhellig und „mit Nachdruck“ zu. Im November erklärte auch die Evangelische Akademikerschaft (EAd) sowie einige evangelische Studierendengemeinden ihre Bereitschaft, individuell und als Organisationen den ZFD zu unterstützen.

Im Folgenden sollen drei Ereignisse aus dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit während dieser frühen Jahre gesondert hervorgehoben werden.

1. Der Kirchentag in Hamburg im Juni 1995

Der Evangelische Kirchentag 1995 fand in einer damals friedenspolitisch sehr aufgeladenen Atmosphäre statt und gab den Initiatoren eine einmalige Gelegenheit, die Idee eines neuen friedensstiftenden Instruments einer breiten Öffentlichkeit vorzutragen und wichtige Entscheidungsträger, besonders aber auch junge Menschen dafür zu gewinnen. Im Namen des damals noch lockeren Zusammenschlusses wurde eine Resolution eingebracht, mit der das Forum Gewalt überwinden des Kirchentages sich an Bundestagspräsidium, Bundesregierung und Parteien des Deutschen Bundestages wandte und um Unterstützung für die Idee bat. In der zwischen Vertreter*innen des Mülheimer Gesprächskreises und der EKIBB abgestimmten Vorlage hieß es dazu: „Die Kirchen, politischen Parteien, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen fordern wir auf, sich mit ihren jeweiligen Möglichkeiten für einen zivilen Friedensdienst einzusetzen.“ Diese Resolution wurde am 16. Juni 1995 in Hamburg mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Konrad Raiser griff in seinem abschließenden Schlussvortrag die Kernsätze der Resolution auf. Als Generalsekretär

des Ökumenischen Rates der Kirchen forderte er ein „neues Denken“ und „Alternativen zur Logik von Gewalt und Gegengewalt.“ Es gelte, eine „Kultur des Friedens“ zu entwickeln. Konrad Raiser war nahe an der Grundidee des ZFD, wenn er zum Schluss betonte: „Das erforderliche neue Bewusstsein wird nur wachsen, wenn es immer mehr geglückte Beispiele gibt, die den Weg der aktiven Gewaltfreiheit nicht nur als Ausnahme, sondern als die neue und vernünftige Form des Austrags von Konflikten deutlich machen.“ Er beschrieb damit, was Ziel des Zivilen Friedensdienstes sein sollte.

Seine Rede und die Resolution wirkten in die Kirchen hinein und führten zu grundlegenden, oft auch kontroversen Erörterungen in verschiedenen Formaten bis hin zu den synodalen Zusammenkünften. Beides bestärkte das Engagement kirchlicher Gremien und besonders der beiden Bischöfe Spital und Huber zur Weiterentwicklung des Vorhabens.

2. Die „Berliner Erklärung“ vom 22. Februar 1997

Für den neugegründeten Verein forumZFD wurde es immer wichtiger, breiten Kreisen der Öffentlichkeit und vor allem auch der Entscheidungsträger die Grundgedanken der zivilen Konfliktbearbeitung nahe zu bringen und deren aktive Unterstützung zu gewinnen. Dazu wandten sich die Mitglieder des Vorstands an ihnen bekannte Persönlichkeiten. Zu ihnen gehörte Hans Koschnick. Der frühere Bremer Bürgermeister hatte gerade seine Friedensmission als EU-Administrator für Mostar recht frustriert wegen der mangelnden Rückendeckung durch deutsche Stellen beendet. In Vorträgen und Artikeln machte er deutlich, dass es eines breiten friedensstiftenden Ansatzes „von unten her“ bedürfe, um wirklich Veränderung zu bewirken.

Als Hans Koschnick von den Planungen für einen Zivilen Friedensdienst hörte, begeisterte er sich für diesen neuen Ansatz und unterstützte ihn seitdem aktiv. Gemeinsam mit dem Vorstand des forumZFD wurde gegen Ende 1996 der Plan eines Treffens in Form eines „Runden Tisches“ in Berlin entwickelt. Dank Koschnicks guter Kontakte in die Politik und zu kirchlichen Kreisen sowie seines Renommées als erfolgreicher Vermittler in Krisen unterschiedlicher Art gewann dieses Vorhaben sehr schnell Gestalt. In der breit gestreuten Einladung an prominente Unterstützerinnen und Unterstützer hieß es:

„... es scheint uns an der Zeit, mit Einladung von Repräsentanten vieler gesellschaftlicher Kreise zu einem überparteilichen Runder Tisch-Gespräch zum Zivilen Friedensdienst ein Signal zu setzen und dem Konzept eine größere Bekanntheit und Akzeptanz in unserer Gesellschaft zu verleihen, in dem wir eine gemeinsame Berliner Erklärung auf den Weg bringen.“

In intensivem Austausch und immer neuen Anläufen wurde der Textvorschlag für das Berliner Treffen verabschiedet und zusammen mit der Einladung an mehr als 50 potentielle Teilnehmer*innen versandt. Bis auf wenige Ausnahmen reagierten alle Angeschriebenen aus Politik und Gesellschaft, von den Medien und aus der Kultur positiv auf die Einladung und sagten eine Unterzeichnung der Berliner Erklärung zu.

Der Text umfasste eine DIN A4 Seite. Herausgehobene Kernsätze der Berliner Erklärung waren:

- (Wir) fordern einen in der Gesellschaft verankerten, gesetzlich abgesicherten, staatlich geförderten und international eingebundenen Zivilen Friedensdienst.
- Die Verwirklichung der Idee eines ZFD bedarf einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung.
- Die Zeit ist reif, sich in neuen Formen der nationalen und internationalen Verantwortung für Frieden und Völkerverständigung zu stellen.

Der Runde Tisch zur Verabschiedung der Berliner Erklärung fand am Wochenende 21.bis 23. Februar 1997 im Berliner Haus der Kirche statt. Nach einem internen Treffen mit der Arbeitsgruppe Ziviler Friedensdienst der EKIBB am Freitagabend erörterte der Vorstand des forumZFD am Vormittag des 22. Februar zusammen mit Hans Koschnick wichtige Fragen zur Umsetzung des ZFD einschließlich dessen Finanzierung. Zeitgleich fand eine Pressekonferenz am gleichen Ort statt.

Ab 14.30 h öffnete sich der Kreis für alle Teilnehmenden. Hans Koschnick berichtete von seinen Erfahrungen in Mostar und sprach auf diesem Hintergrund zu „Chancen und Handlungsansätzen ziviler Konfliktbearbeitung“. Vertreter*innen des forumZFD stellten das Konzept für einen Zivilen Friedensdienst vor. Anschließend diskutierten die Anwesenden den bereits vorher ausgesandten Text. Die intensive Vorarbeit bewährte sich: Es wurden nur noch minimale stilistische Glättungen vorgenommen. Die Vorlage wurde ansonsten einmütig als Berliner Erklärung für einen Zivilen Friedensdienst verabschiedet. 34 Teilnehmer und Teilnehmerinnen unterzeichneten sie noch vor Ort. Weitere 34 Personen aus dem Kreis derer, die nicht am Treffen teilnehmen konnten, sagten bereits in ihrer Absage die Unterschrift sowie weitere Unterstützung zu.

Es gab Grund zum Feiern bei einem abschließenden kleinen Imbiss – auch weil die Landesregierung NRW fast gleichzeitig die Finanzierung für einen ersten Ausbildungskurs in ziviler Konfliktbearbeitung in Höhe von 400 000 DM zugesagt hatte, der also bereits im April 1997 starten konnte. Es ging voran!

Durch Aufrufe und persönliche Anschreiben wurden täglich weitere Unterzeichnende gewonnen, bis schließlich mehr als 800 Unterschriften zusammenkamen.

Die Erstunterzeichnenden waren um Spenden gebeten worden, um die Veröffentlichung der Berliner Erklärung in der Wochenzeitung DIE ZEIT zu finanzieren. Am 9. Mai 1997 erschien die viertelseitige Anzeige mit den Namen von etwa 210 prominenten unterzeichnenden Personen, unter ihnen die Bischöfe Huber und Spital, sodann Hans Koschnick, Günter Grass, Walter Jens, Horst-Eberhard Richter, Dorothee Sölle, Christa Wolf, Günter Wallraff, Friedrich Schorlemmer, Helmut Simon sowie die Abgeordneten, die sich bereits für den ZFD engagiert hatten. Mit diesem Schritt in die Öffentlichkeit sollte der Einfluss auf die Politik verstärkt, verbesserter Zugang zu den Medien gewonnen sowie Möglichkeiten zur Förderung erschlossen werden.

3. Verleihung des Gustav-Heinemann-Bürgerpreises im Mai 1997

Ebenfalls Anfang 1997 erfuhr das forumZFD zur großen Freude aller Mitglieder und Unterstützer, dass dem Verein der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis zuerkannt sei, den der

Partei Vorstand der SPD alljährlich vergibt. Hatten Kreise um Ministerpräsident Johannes Rau (verheiratet mit einer Enkelin von Gustav Heinemann) hier von ihrem Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht? Oder war der Vorschlag vom ehemaligen Verfassungsrichter Helmut Simon ausgegangen? Genaueres wurde nie bekannt.

Der Festakt fand am 25. Mai 1997 im wunderschönen Festsaal des Rastatter Schlosses, der „Sala Terrena“ statt. In dem alten Städtchen am Rhein, das geschichtlich stark mit der Revolution von 1848/49 und anderen Freiheitsbewegungen verbunden ist, wird traditionell der Gustav-Heinemann-Bürgerpreis verliehen.

Bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich mehr als hundert geladene Gäste, darunter ehemalige Preisträgerinnen und SPD-Politiker sowie Menschen, die den ZFD von Anfang an unterstützt hatten. Eingerahmt von festlicher Musik eines kleinen Kammermusik-Ensembles folgten die Reden: Das Grußwort des damaligen Vorsitzenden des Kuratoriums, Dr. Diether Posser, die Beschreibung und anerkennende Bewertung der Vereinsarbeit durch Prof. Manfred Wichelhaus, dem Schwiegersohn Gustav Heinemanns, sowie die eigentliche Laudatio von Hertha Däubler-Gmelin, der damaligen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD, die in eindrucksvoller Weise die Arbeit des forumZFD würdigte. Die Überreichung der Urkunde erfolgte verbunden mit der Übergabe eines prächtigen Blumenstraußes an die beiden Vorsitzenden des forumZFD, Helga Tempel und Heinz Wagner. Die Auszeichnung war mit einem Preisgeld von 20 000 DM verbunden, einer Summe, die entscheidend zur Weiterarbeit des Vereins beitrug.

In einer längeren Rede dankte die Ko-Vorsitzende Helga Tempel für die Auszeichnung. Sie nahm Bezug zu dem Heinemann-Wort „Frieden ist der Ernstfall“, beschrieb Ziele, Motivation und Arbeitsweise des Vereins und stellte dabei das bisher Erreichte als Zusammenwirken vieler Akteure dar.

Die Verleihungsurkunde war von Oskar Lafontaine, dem damaligen Vorsitzenden der SPD, und Dr. Diether Posser unterschrieben. Es heißt dort mit deutlichem Bezug zu den Formulierungen im ZFD-Konzept von 1994:

„In einer Zeit nationaler und internationaler Konflikte wird es immer wichtiger, bereits mit Erfolg erprobte Mittel und Wege zu gewaltfreier Konfliktbearbeitung aufzuzeigen und realisieren zu helfen. Dabei geht es innergesellschaftlich wie außenpolitisch um die Schaffung professioneller ziviler Instrumentarien, um vorhandenes Wissen um die Möglichkeiten, deeskalierend und gewaltmindernd, versöhnend und unterstützend tätig zu werden, zur Geltung bringen zu können. Dazu bedarf es eines in der Gesellschaft verankerten, gesetzlich abgesicherten, staatlich geförderten und international vernetzten zivilen Friedensdienstes.“

Die Herausforderungen bleiben

Heute, über zwei Jahrzehnte später, haben diese Aussagen nichts von Ihrer Gültigkeit verloren. Manches davon konnte inzwischen erprobt und verwirklicht werden. Aus den Anfängen der ersten Jahre ist inzwischen ein umfangreiches, allseits anerkanntes Programm mit über tausend Mitwirkenden in vielen Ländern geworden.

Die Herausforderungen aber bleiben. Sind sie nicht sogar mit gewachsen? Gültig bleiben jedenfalls auch die Worte von Gustav Heinemann in seiner Antrittsrede als Bundespräsident am 1. Juli 1969, die über dem Festakt in Rastatt standen, im Grunde aber dem Zivilen Friedensdienst insgesamt mitgegeben sind:

„Ich sehe als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken lernte, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.“

Wie das Konsortium Ziviler Friedensdienst entstand

Die Jahre 1996 bis 2000 – eine Geschichte der Konflikttransformation von Tilman Evers

So unzweifelhaft heute der Zivile Friedensdienst (ZFD) als Gemeinschaftswerk von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zum friedenspolitischen Instrumentarium in Deutschland gehört, so selbstverständlich ist auch der Zusammenschluss seiner Träger im Konsortium Ziviler Friedensdienst geworden. Im regelmäßigen Austausch untereinander und inzwischen ausgestattet mit fünf trägerübergreifenden Fachstellen, bildet es das überwiegend nichtstaatliche, operative Gegenüber zu den staatlichen Akteuren, vor allem dem Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) als dem maßgeblichen Förderer der Friedensarbeit in Krisengebieten.

Das Konsortium ZFD – Gemeinsamkeit der Verschiedenen

Nichts davon war vor 25 Jahren vorhanden oder auch nur vorstellbar. Wie die Entstehungsgeschichte des ZFD, so begann auch die des Konsortiums inmitten heißer Auseinandersetzungen: Sollte es überhaupt einen ZFD als neue friedenspolitische Institution geben? Wie soll er ausgestaltet, wie finanziert, bei wem angesiedelt sein? Soll es eine Mehrzahl von Trägern geben, und wenn ja, in welchem Verhältnis zueinander und zu staatlichen Akteuren sollten sie stehen? Insofern könnte man die frühen Jahre des Konsortiums auch als die Geschichte einer erfolgreichen Konflikttransformation betrachten.

Seitdem die interessierten Organisationen sich Ende 1996 das erste Mal unter dem Namen „Konsortium Ziviler Friedensdienst“ trafen, hat der Zusammenschluss große Wandlungen durchgemacht – am tiefgreifendsten die um die Jahre 1999/2000, als mit der neugewählten rot-grünen Bundesregierung die Umsetzung des ZFD begann und das Konsortium sich von einer Diskussionsarena zu einer Arbeitsplattform verwandelte. Auch danach hat sich das Konsortium deutlich weiter entwickelt, insbesondere im Zuge des Reformprozesses nach der ZFD-Evaluierung 2009–2011. Seinen Grundcharakter als Zusammenschluss von überwiegend zivilgesellschaftlichen Trägern zur Durchführung des Zivilen Friedensdienstes hat es jedoch seit der Millenniums-Wende beibehalten. Seine turbulenten Anfänge in den 90er Jahren vor dem Beginn der Projektarbeit sind dagegen für die heute im ZFD Tätigen kaum noch vorstellbar; gerade deshalb sind sie Thema der folgenden Erinnerungen.

Dabei kommt unvermeidlich die subjektive Sicht des Autors ins Spiel: Einerseits hat er als damals aktiv beteiligter den Vorteil der persönlichen Erinnerung¹; andererseits ist diese Erinnerung davon geprägt, dass er seinerzeit mit Herzblut auf der Seite der Befürworter eines ZFD stand. Das muss seinen Bericht färben, auch wenn er sich um Objektivität bemüht.

Allerdings gälte dasselbe für jeden anderen Zeitzeugen; zudem lebt ein Bericht immer auch von der persönlichen Wahrnehmung.

Heute hat das Konsortium neun Mitglieder:

- **Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden** (AGDF, Bonn, überwiegend evangelische Friedensgruppen)
- **Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe** (AGEH, Köln, katholisch)
- **Brot für die Welt** (evangelischer Entwicklungsdienst, Berlin; in den Anfängen des Konsortiums anders organisiert als Dienste in Übersee (DÜ))
- **EIRENE Internationaler Christlicher Friedensdienst** (EIRENE, Neuwied)
- **Forum Ziviler Friedensdienst** (forumZFD, Köln)
- **Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit** (GIZ, Bonn/Eschborn. Hat mehrere zuvor selbständige staatliche Entwicklungsorganisationen integriert, darunter den an den Anfängen des Konsortiums beteiligten Deutschen Entwicklungsdienst DED)
- **KURVE Wustrow – Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion** (KURVE, Wustrow)
- **peace brigades international** (pbi, Hamburg)
- **Weltfriedensdienst** (WFD, Berlin)

Erstaunlicherweise gibt es unter diesen neun Organisationen nichts, was außer ihrer Mitgliedschaft im Konsortium für alle gelten würde: Jeder Konsorte hat ein etwas anderes Verständnis vom ZFD und andere Kriterien für seine Projektarbeit. Nicht alle Konsorten sind Projektträger: Die AGDF führt keine eigenen Projekte durch – ist jedoch koordinierende Dachorganisation mehrerer anderer (nicht aller) Konsorten. Nicht alle sind zivilgesellschaftliche Akteure: Der ZFD der GIZ als der mit Abstand größte Konsorte untersteht dem Bund. Nur für das forumZFD ist der ZFD das wichtigste, ja einzige Tätigkeitsfeld. Sechs der neun Akteure sind zugleich anerkannte Entsendedienste nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz (EhFG) und als solche auch in der Arbeitsgemeinschaft der Dienste (AGdD) zusammengeschlossen – nicht so die AGDF, pbi und die KURVE.

All dies ist nur aus der Entstehungsgeschichte des Konsortiums zu verstehen, die ihrerseits Teil der Geschichte des entwicklungs- und friedenspolitischen Institutionengefüges in Deutschland ist. Die Konsorten haben gelernt, diese Verschiedenheiten zu akzeptieren und die Vielfalt als Chance zu sehen. Und natürlich stellt heute niemand mehr in Frage, dass es den ZFD geben sollte. Das war nicht immer so.

Vorgeschichte

Als das Konsortium Ziviler Friedensdienst sich am 29. November 1996 erstmals unter diesem Namen als Gesprächsforum zwischen Entwicklungsdiensten und Friedensdiensten traf, hatte diese Zusammenkunft bereits eine mehrjährige Vorgeschichte hinter sich; sie ist zunächst identisch mit der Vorgeschichte des ZFD selber.²

Die Kriege im zerfallenden Jugoslawien ab 1991 sowie der erste Irak-Krieg von 1992 machten deutlich, dass die Friedenshoffnungen nach dem Ende der bipolaren Block-Konfrontation vor-

eilig gewesen waren. Es folgten Kämpfe u. a. in Somalia sowie 1994 der Genozid in Ruanda; sie brachten die Erkenntnis, dass man es nunmehr überwiegend mit innerstaatlichen und asymmetrischen Gewaltkonflikten zu tun hatte. Weit überproportional fanden solche Gewaltkonflikte in Ländern des globalen Südens statt – womit auch die Entwicklungsorganisationen vor neuen Herausforderungen standen.

So komplex die Ursachen und Verläufe dieser „neuen Kriege“ jeweils waren, so vielfältig mussten auch die Instrumente zu ihrer Eindämmung sein. Gerade weil sie tief in jeweilige Gesellschaftsstrukturen eingriffen und dort oft auch ihre Ursachen hatten, reichten die staatlichen Mittel von Diplomatie und Militär zu ihrer Eindämmung keineswegs aus; gefragt waren neuartige Instrumente und nichtstaatliche Organisationsformen mit besserem Zugang zu den betroffenen Bevölkerungen.

Vor diesem Hintergrund stellte die Evangelische Kirche in Berlin und Brandenburg (EKiBB) eine Anregung des Berliner Politologe und Friedensforscher Prof. Theodor Ebert zur Diskussion, ob man nicht im Rahmen der Wehrpflicht einen zivilen Friedensdienst einrichten könne, als dritte Wahlmöglichkeit neben dem Dienst an der Waffe und dem Wehrersatzdienst. Der Aufruf zur Diskussion zündete: Das Thema war offenbar „dran“, die Ausgestaltung dagegen hoch umstritten. Die breite Diskussion innerhalb der Kirchen und der Friedensbewegungen verdichtete sich in einem offenen Gesprächskreis unter dem Namen „Forum Ziviler Friedensdienst“. Die Idee eines ZFD fand grundsätzliche Zustimmung – nicht aber das Konzept der EKiBB und dessen Anbindung an die Wehrpflicht. Bejaht wurde die öffentliche Finanzierung, also auch die staatliche Mitwirkung – aber für einen im Wesentlichen zivilgesellschaftlich organisierten, freiwilligen Dienst von Männern und Frauen auch höheren Alters. Deren zentrale Aufgabe sollte darin bestehen, in Krisengebieten im Ausland gemeinsam mit lokalen Partnern auf die Überwindung von Hass und Gewalt hinzuwirken. Das rückte das entstehende Konzept in eine Nähe zu den bestehenden Entwicklungsdiensten. Allerdings – das war und blieb Teil des Konzepts – müsse der ZFD sich auch um innerdeutsche Konflikte kümmern.

Übernommen wurde Theodor Eberts Grundgedanke, dass Friedens- und Konfliktarbeit gelernt werden müsse – aber nicht im Rahmen einer Dienstpflicht für Schulabgänger, sondern als gesonderte, anspruchsvolle Zusatz-Qualifizierung für lebens- und berufserfahrene Menschen. Hierfür legte eine Arbeitsgruppe Anfang 1996 den Plan einer einjährigen Ausbildung vor, mit einem Schwerpunkt auf der Persönlichkeitsbildung. Mit diesem Konzept einer professionellen Gewalteinämmung und Friedensförderung in Konfliktgebieten nahmen die Sprecher*innen des Gesprächsforums Kontakt zu Vertreter*innen der politischen Parteien im Bundestag auf und luden sie zu Gesprächen mit den beiden Bischöfen Wolfgang Huber (evang.) und Hermann Josef Spital (kath.) ein.

Das Forum Ziviler Friedensdienst hatte damit den ersten Schritt zu einer politischen Lobbyorganisation getan. Für weitere Schritte bedurfte es einer handlungsbefähigenden Rechtsform: Am 11. Februar 1996 gründete der bisherige Gesprächskreis sich um in einen eingetragenen Verein, jetzt mit dem Kürzel forumZFD und mit dem Satzungsziel, „einen Zivilen Friedensdienst in pluraler, zivilgesellschaftlicher Trägerschaft“ zu verwirklichen. Dabei sah der junge Verein sich in seinen

ersten Jahren nicht selbst als potentiellen Träger – wohl aber wurde bereits an die anerkannten Entwicklungsdienste gedacht.

Die Entwicklungsdienste nehmen Notiz

Spätestens angesichts des Genozids in Ruanda im Jahr 1994 wurde die Auseinandersetzung mit zunehmender Gewalt auch für alle in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) Tätigen virulent – und damit auch die beginnende Diskussion um einen Zivilen Friedensdienst. Am unmittelbarsten damit befasst waren insbesondere EIRENE sowie der WFD, die als Mitglieder der AGDF Anteil an der dort lebhaft geführten Diskussion hatten. Vom DED als dem größten Entwicklungsdienst hatten Willi Erl, einer seiner beiden Geschäftsführer, sowie der Leiter der DED-Vorbereitung Dr. Anton Markmiller mehrmals an Treffen des Diskussionsforums in Mülheim teilgenommen. Mehrere Vorstände des neugegründeten forumZFD e. V. kamen aus der Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

Ein erster Anlauf zur Zusammenarbeit folgte schon im Frühjahr 1996, nach dem Gespräch mit den Fraktionsspitzen der Bundestagsparteien. Der Friedensschluss von Dayton hatte im Dezember 1995 die Gewalthandlungen in Bosnien beendet. Dringend mussten nun die Fragen des Wiederaufbaus sowie der Wiederannäherung zwischen den Volksgruppen angegangen werden. Als Beitrag dazu schlug das forumZFD eine „Startphase ZFD“ vor und rief potentielle Träger zur gemeinsamen Planung zusammen. Das Vorhaben scheiterte am Njet des damaligen Entwicklungsministers Spranger CSU. Wäre es zustande gekommen, hätte man den vorgesehenen Trägerverbund bereits ein Konsortium nennen können.³

Die Befürworter eines ZFD ließen sich durch die Ablehnung der Startphase nicht beirren. Der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Johannes Rau (SPD) bewilligte Gelder für einen viermonatigen Modell-Ausbildungskurs, in gemeinsamer Trägerschaft von AGDF und forumZFD. Im forumZFD setzte eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und politische Werbung ein. Der Rhythmus der Treffen, Tagungen, Publikationen vervielfältigte sich; auch die Entwicklungsdienste setzten sich nunmehr aktiv mit dem Thema auseinander.

Allerdings blieben mehrere Fragen offen und auch unter den Unterstützern umstritten: Sollte der ZFD eine neue, eigenständige Institution sein (so das Zielbild im forumZFD) oder als bloß erweitertes Handlungsfeld aus den bisherigen Friedensgruppen insbesondere im kirchlichen Umfeld hervorgehen (so überwiegend die AGDF)? Oder reichte gar eine Verstärkung von Tätigkeiten, die die Entwicklungsdienste bereits leisteten? Nicht zu Unrecht betonten die Entwicklungsdienste in einer Folge von Verbandspublikationen: Entwicklungsdienst ist Friedensdienst. Unstrittig brachten sie wichtige Erfahrungen für eine Friedensarbeit im Ausland mit. Zwei der anerkannten Entwicklungsdienste, EIRENE und der Weltfriedensdienst, trugen ihre Ursprünge aus der Friedensarbeit sogar im Namen.

¹ Außerdem standen ihm seine Akten dieser frühen Jahre zu Verfügung. Sie sind künftig bei der Fachstelle Wissensmanagement des Konsortiums einsehbar. Alle im Folgenden nicht einzeln belegten Quellen sind darin chronologisch auffindbar. Dank an Heinz Wagner – damals Mitkämpfer im Forum Ziviler Friedensdienst wie im entstehenden Konsortium – für die Ergänzung durch eigenes Aktenmaterial. Dank auch an Christoph Bongard, Ulrich Frey, Philippe Sufryd und Helga Tempel für kritische Rückmeldungen.

² Siehe hierzu den Beitrag von Helga Tempel, in dieser Publikation. Frühere Beiträge dazu finden sich in: Tilman Evers (Hg.): Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden. Opladen: Leske+Budrich, 2000; insb. Uwe Trittman: Geschichte einer Idee – Das Forum Ziviler Friedensdienst, a.a.O., S. 145–158.

³ Faktisch fand nach Dayton dennoch praktische Friedensarbeit in Ex-Jugoslawien statt, allerdings in kleinstem Rahmen auf Spendenbasis. Maßgeblich war hier das aus pbi hervorgegangene Balkan Peace Team. – Pax Christi entsandte einzelne Ersatzdienstleistende zur Flüchtlings- und Aufbauarbeit nach Kroatien.

Das prägte die anfängliche Haltung der Entwicklungsdienste gegenüber der neuen Initiative: Als ein zu stärkendes Arbeitsfeld im Rahmen der EZ war der Gedanke professioneller Friedensarbeit willkommen – nicht aber als neues friedenspolitisches Instrument. Dahinter stand auch die Sorge, eine neue Institution könne knappe Mittel abziehen oder gar zu einer Verschlechterung des geltenden Entwicklungshelfer-Gesetzes führen.

Diese zurückhaltende Tendenz der Entwicklungsdienste löste wiederum bei den Befürwortern eines eigenständigen ZFD die Sorge aus, eine eventuelle staatliche Förderung könne an den Urhebern des Konzepts vorbei laufen; die Idee könne sich als zeitweilige Förderlinie der EZ und damit letztlich als modisches Vokabular für alte Routinen verbrauchen.⁴ – Beiderseits ging es auch um Fragen der Identität sowie um die Anerkennung der jeweiligen Leistungen.

Das Konsortium wird geboren

Um etwas Klarheit in diese Gemengelage von Sichtweisen, Interessen und Ansprüchen zu bringen, veranstaltete das forumZFD gemeinsam mit der Evangelische Akademie Mülheim am 30. August bis 1. September 1996 eine Tagung „Entwicklungsdienst – Friedensdienst: Gemeinsamkeit und Differenz“. Sie fand auf hohem gedanklichem und personellem Niveau mit rund 40 Beteiligten aller interessierten Gruppen statt. Die hochheikle Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung war bereits eine Übung in Kooperation zwischen Entwicklungs- und Friedensakteuren.

Der Friedenswissenschaftler Dr. Dieter Kinkelbur beschrieb die gewachsene Bedeutung von ziviler Konfliktbearbeitung in einer sich globalisierenden Welt; sie müsse die substaatlichen Sozialstrukturen berücksichtigen und sei deshalb nur im Zusammenwirken von staatlichen mit nichtstaatlichen Akteuren zu leisten. Seine Kollegin Angelika Spelten gab eine Übersicht über die jeweiligen Stärken und Schwächen der in diesem Feld tätigen Akteure. Für die Entwicklungsdienste machte Jürgen Deile, Personalreferent bei DÜ, anhand von Beispielen deutlich, in welchem Ausmaß Entwicklungsarbeit immer schon konzeptionell wie praktisch Friedensarbeit war und ist.

Dem stellte der Politologe Dr. Tilman Evers vom forumZFD Besonderheiten einer eigenständigen Friedensarbeit gegenüber: Sie stütze sich auf einen neuen Fundus an friedenswissenschaftlichen Erkenntnissen und praktischen Erfahrungen; sie erfordere eine vertiefte Ausbildung, auch unter dem Gesichtspunkt der belastenden Arbeitsbedingungen in einem gewaltträchtigen Umfeld; sie sei nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch in hochindustrialisierten Ländern einschließlich Deutschland nötig; deshalb unterliege sie auch nicht dem Gefälle zwischen höherem und niedrigerem Entwicklungsstand, der in der EZ handlungsleitend sei. Das Ziel der Gewaltminderung sei nun mal ein anderes als das der Entwicklung. Auch wenn in jedem Projekt sich Anteile von beidem fänden, so doch in spiegelbildlicher Gewichtung. (Ein Jahr später wurde dazu in englischen Publikationen die unterscheidende Formel von

„working on conflict“ gegenüber „working in conflict“ gefunden. In der AGDF sprach man dazu zeitweilig von „unmittelbarer“ gegenüber „mittelbarer“ Konfliktbearbeitung.)

Seine politisch nachhaltige Wirkung erhielt die Tagung jedoch durch den Vorschlag, den der Geschäftsführer des DED Willi Erl dort mündlich einbrachte und anschließend in der Dokumentation der Tagung schriftlich vorlegte: Solange eine staatliche Förderung fehle, sollten sich die Interessenten zu einem „Konsortium Ziviler Friedensdienst“ zusammenschließen, um aus eigenen Mitteln Erstvorhaben beispielsweise in Bosnien zu ermöglichen. Plausible Mitglieder eines solchen Konsortiums seien die Mitglieder der AGdD (also die anerkannten Entsendedienste), das forumZFD „als Initiator und Entwickler des Konzepts“ sowie die AGDF, möglicherweise auch United Nations Volunteers (UNV), eine soeben mit Hauptsitz nach Bonn übergesiedelte Organisation der Vereinten Nationen.⁵

Ganz neu war der Gedanke nicht: Der Personalreferent von DÜ Jürgen Deile hatte Anfang Mai 1996 bereits Ähnliches vorgeschlagen.⁶ Nun aber hatte Willi Erl, ein Verantwortlicher des mit Abstand größten Entwicklungsdienstes gesprochen. Das hatte Gewicht. Die Idee wurde zum Vorschlag – und bald auch zur Wirklichkeit.

Willi Erl, Geschäftsführer des DED:

„Konsortium Ziviler Friedensdienst“ – Ein Vorschlag Referat, Evang. Akademie Mülheim an der Ruhr, 30.08.–01.09.1996

1. Die Idee eines Zivilen Friedensdienstes ist nicht neu. Sie wird auf Mahatma Gandhi zurückgeführt. In Deutschland gibt es seit längerem Friedensdienste. Auch die deutschen Entwicklungsdienste wurden zum Teil als Friedensdienste gegründet.

2. Zivile Friedensdienste werden seit 1989 angeregt. In diesem Jahr schlug die Europäische Ökumenische Versammlung „Frieden in Gerechtigkeit“ in Basel die Bildung von ökumenischen Friedensdiensten vor. Auch wurde in diesem Jahr der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) als eine Institution für gewaltfreie Konfliktaustragung gegründet. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg ergriff 1991 die politische Initiative und forderte einen zivilen Friedensdienst als „zweite sicherheitspolitische Option“. Der BSV brachte sich in die entstandene Diskussion ein und legte im Frühjahr 1994 den Entwurf eines Konzepts für einen zivilen Friedensdienst vor. Auf einer Fachtagung der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr wurde im November 1994 die Gründung des Forums Ziviler Friedensdienst beschlossen. Im Februar 1996 wurde dann, um die Rechtsfähigkeit zu sichern, das „Forum Ziviler Friedensdienst“ als eingetragener

Verein gegründet. Laut Satzung verfolgt es das Ziel: „Fortentwicklung und Verwirklichung der Idee eines zivilen Friedensdienstes als staatlich geförderter Dienst von ausgebildeten weiblichen und männlichen Fachkräften in pluraler gesellschaftlicher Trägerschaft.“

3. Seit Mitte 1995 beteiligt sich eine Gruppe von Parlamentariern aller im Bundestag vertretenen Parteien (außer der PDS) daran, den zivilen Friedensdienst politisch durchzusetzen. Am Anfang bestand die Hoffnung, dass zügig die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Pilotvorhaben in Bosnien-Herzegowina geschaffen werden. Schließlich setzten sich aber Meinungen durch, welche die Idee eines Zivilen Friedensdienstes zwar begrüßten, aber keine neuen Strukturen für seine Konkretisierung wünschten. Die „etablierten Entwicklungsdienste“ sollten, so hieß es, „im Rahmen der bestehenden finanziellen Möglichkeiten und Verfahren“ geeignete Vorhaben durchführen.

4. In dieser Situation bietet es sich an, ein „Konsortium Ziviler Friedensdienst“ zu schaffen. Unter Konsortium ist eine „Gelegenheitsgesellschaft“ zu verstehen. Die Teilnehmer, die Konsorten, schließen sich unter Wahrung ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Selbständigkeit befristet zusammen, um ein bestimmtes Geschäft durchzuführen. In der Regel sind Konsortien Gesellschaften bürgerlichen Rechts nach den §§ 705 ff BGB.

5. Für das Konsortialgeschäft Ziviler Friedensdienst bieten sich als Konsorten an:

- Das Forum Ziviler Friedensdienst e.V. (ZFD) als Initiator und Entwickler des Konzepts.
- Die Arbeitsgemeinschaft der Dienste e.V. (AGdD) als Zusammenschluß der nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz anerkannten Entwicklungsdienste (dazu gehört auch der Zusammenschluß überwiegend katholischer Entwicklungsdienste AGEH).
- Die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V. (AGDF) als Zusammenschluß von überwiegend evangelischen Friedensdiensten.

Schließlich ist zu prüfen, ob auch United Nations Volunteers (UNV) sich einem deutschen Konsortium anschließen könnten. Aufgrund der Charta der Vereinten Nationen ist UNV in besonderer Weise verpflichtet, Beiträge zum Frieden zu leisten.

Seitens der AGdD und der AGDF gibt es Bekundungen eines grundsätzlichen Interesses an einem solchen Konsortium. Die Mitgliederversammlung des Forum ZFD hat am 1. September 1996 den Kreis der Sprecherinnen und Sprecher beauftragt, zu einem eröffnenden Gespräch mit den Vertretern der möglichen Konsorten einzuladen.

6. Als nächste Schritte stehen an, Übereinkünfte über Rechte und die anteilmäßigen Beiträge der Konsorten bzw. deren Mitglieder zu treffen. Denkbar ist ein Erstvorhaben, z. B. in Bosnien-Herzegowina. Dafür müsste eine gemeinsame Vorbereitung der über die einzelnen Dienste zu entsendenden Entwicklungshelfer als

„Friedensarbeiter“ erfolgen. Die Übereinkünfte müßten durch einen Konsortialvertrag verbindlich gemacht werden. Zu prüfen ist, ob eine Gründung des Konsortiums als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts notwendig ist.

7. Von der Absicht, ein Konsortium Ziviler Friedensdienst zu gründen, sollten die Politiker, die bisher die Idee eines Zivilen Friedensdienstes unterstützten, informiert werden. Sie sollten das Vorhaben politisch unterstützen. Diese Unterstützung würde dann am wirksamsten, wenn auch spezielle Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten. Solche Mittel wären sowohl für die Finanzierung der Vorbereitung im Sinne des Ausbildungsplans des Forum ZFD als auch für die Finanzierung des Einsatzes von Friedensarbeitern notwendig, damit der Bedarf die Durchführung der herkömmlichen Entwicklungsarbeit der etablierten Dienste nicht zu sehr belastet.

1996 bis 1998: Das Konsortium auf der Suche nach seiner Funktion

Die erste Sitzung des Konsortiums fand am 29. November 1996 in der von Willi Erl vorgeschlagenen Zusammensetzung bei der AGEH in Köln statt. Anwesend waren Willi Erl für den DED, Georg Sticker als Leiter der Personalvorbereitung für die AGEH, Gertraude Kaiser als Geschäftsführerin von DÜ, Eckehard Fricke als Geschäftsführer für EIRENE, Ulrich Frey als Geschäftsführer für die AGDF sowie Heinz Wagner und Tilman Evers vom Vorstand des forumZFD. In dieser oder ähnlicher Zusammensetzung der politischen Spitzen sah man sich in nachfolgenden Treffen wieder. Auch UNV waren beobachtend vertreten; ab der zweiten Sitzung verabschiedeten sie sich aus dem Konsortium in der realistischen Einschätzung, nicht an einem ZFD mitwirken zu können. Die beiden kleineren Dienste WFD und EIRENE ließen sich aus Personalgründen bei Sitzungen öfters wechselseitig vertreten; so fehlte der WFD in Person seines Geschäftsführers Walter Hättig bei der konstituierenden Sitzung.

Es ging zunächst um einen unverbindlichen Austausch von Sichtweisen. Einig war man sich, dass die Friedensdienste ihre Expertise in der Konfliktbearbeitung, die Entwicklungsdienste ihre Entsende- und Projekterfahrung einzubringen hätten; aber schon die Gewichtung dieser jeweiligen Beiträge wurde unterschiedlich gesehen. Auch sonst zeigte sich rasch, dass nicht alle Beteiligten Willi Erls Interesse an baldigen gemeinsamen Ersterfahrungen teilten. Es gab deutliche Widerstände gegen ein neues Instrument, deshalb auch gegen den Namen „Ziviler Friedensdienst“. Die AGDF schlug vor, statt dessen von „zivilen Friedensdiensten“ zu sprechen – womit der Anspruch eines neuen Konzepts vermieden und statt dessen alle bestehenden Friedensinitiativen unverändert „mitgenommen“ worden wären. Entsprechend gab es auch Vorbehalte gegen die Selbstbezeichnung als „Konsortium Ziviler Friedensdienst“; ob es nicht besser „Konsortium Fachdienste für den Frieden“ oder „Konsortium Zivile Konfliktbearbeitung“ heißen sollte. Es gelang Willi Erl, den von ihm vorgeschlagenen Namen zu „retten“; es blieb jedoch die Ambivalenz, ob in diesem Rahmen ein eigenständiger ZFD vorangebracht oder ausgebremst werden sollte.

⁵ Dokumentation aller Beiträge der Tagung einschließlich des Vorschlags von Willi Erl in: Entwicklungsdienst – Friedensdienst. Gemeinsamkeit und Differenz, epd-Dokumentation 51/96 vom 02.12.1996.

⁶ Gesprächsnotiz Helmut Falkenstörfer 03.05.1996. – Nach der Erinnerung von Helga Tempel und Heinz Wagner hatte auch Willi Erl selbst bereits 1994 bei einem der Mülheimer Treffen den Gedanken ins Spiel gebracht.

⁴ Um das Jahr 2002 bemühten sich Schweizer Friedensgruppen darum, auch dort einen Zivilen Friedensdienst einzuführen. Sie scheiterten u.a. am Widerstand der Schweizer Entwicklungsdienste.

Diese Ambivalenz durchzog die weiteren Treffen des Konsortiums bis zur Bundestagswahl im September 1998. Es war offensichtlich, dass nur das forumZFD uneingeschränkt für einen ZFD als neues friedenspolitisches Instrument auf eigener konzeptioneller, finanzieller und rechtlicher Grundlage eintrat. Dahinter stand als treibende Motivation insbesondere seiner pazifistisch ausgerichteten Mitglieder, dem Anspruch des Militärs als „Friedensmacht“ zu begegnen und zivile, gewaltfreie Alternativen für politisches Handeln zu schaffen. Die AGDF, einzige weitere Friedensorganisation in diesem Kreis, war durch deutliche Meinungs- und Interessenunterschiede unter ihren vielen Mitgliedsorganisationen gehemmt. Während einzelne AGDF-Mitglieder wie Ohne Rüstung Leben (ORL) oder die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden aktiv im forumZFD mitarbeiteten, wehrten andere sich gegen die Konkurrenz durch einen neuen, vermeintlich „staatsnahen“ Dienst oder fokussierten sich auf andere Arbeitsfelder wie z. B. die Freiwilligen Lerndienste. Das betraf auch das Feld der Ausbildung, in der einzelne Gruppen in der AGDF eigene Angebote mit anderer Zielrichtung vorzuweisen hatten. Insofern hatten die Vertreter*innen der AGDF beim Modell-Ausbildungskurs in NRW die undankbare Rolle, teilweise gegenläufige Bedürfnisse aus der Mitgliedschaft nach Möglichkeit in die Kursplanung zu integrieren.

Entsprechend ambivalent fielen auch die Beschlüsse der EKD als maßgeblicher Geldgeber der AGDF aus. Zwar hatte die Synode der EKD (Borkum, 06.11.1996) die „Initiative für einen zivilen Friedensdienst“ begrüßt. In den „Konzeptionellen Überlegungen“ einer von der EKD eingesetzten hochkarätigen Arbeitsgruppe wurde das forumZFD dann aber nur im Rahmen von Aufzählungen mit aufgeführt. Vorgeschlagen wurde ein „Verbund christlicher Friedensdienste“, in dem alle bisherigen Formen von kirchennaher Friedensarbeit (soziale Lerndienste für Jugendliche, Friedenspädagogik, regionale Friedensinitiativen, Schalomdiakoniat...) mit den entstehenden „Friedensfachdiensten“ zusammengefasst sein sollten – faktisch also eine erweiterte AGDF, mit zusätzlichen kirchlichen Zuschüssen für die neue professionelle Ebene. Der Ausdruck „Ziviler Friedensdienst“ – inzwischen Zielbegriff einer überkonfessionellen Neugründung – wurde vermieden.

Hatte die erste Sitzung die Unterschiede unter den beiden Friedensorganisationen deutlich gemacht, so die zweite Sitzung diejenigen unter den Entwicklungsdiensten. Sie fand am 15. April 1997 in Frankfurt statt und drehte sich überwiegend um mögliche „Schnittmengen“ der Konsorten in Bezug auf Personalführung, Ausbildung, Öffentlichkeitsarbeit und anderes. Wieder blieb die Diskussion weitgehend theoretisch – weil sich in jedem der angeschnittenen Handlungsfelder Unterschiede der Routinen, Formate und Ressourcen auftraten. Insbesondere in Bezug auf die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter*innen zeigten sich Varianten unter den Entwicklungsdiensten, die unterschiedliche gewachsene Organisationskulturen ahnen ließen. Allerdings flossen sie insgesamt darin zusammen, die NRW-Ausbildungskurse eher nicht für eigenes Personal nutzen zu wollen. Lediglich mit der AGEH ergab sich eine Kooperation: Sie steuerte die Sprachvermittlung bei und übernahm einzelne Absolventen in Pax-Christi-Projekte; zusätzlich wurde ein gemeinsamer Kurs „Mediation“ angeboten.

Mitte 1997 legte die AGdD eine umfängliche Broschüre vor mit dem programmatischen Titel „Dem Frieden verpflichtet“. Wenn 95 % der aktuellen Gewaltkonflikte in Entwicklungsländern

stattfänden, dann belege dies, dass es sich um ein Entwicklungsproblem handele. Dafür seien die Entwicklungsdienste zuständig. Ein Schwerpunkt-Titel der BMZ-nahen Zeitschrift „E&Z“ 10/1997 brachte es auf den Begriff: „Konfliktschlichtung, Konfliktprävention – eine neue Aufgabe für die Entwicklungspolitik“. Immerhin hatte Georg Sticker, Personalverantwortlicher der AGEH, in deren Zeitschrift „Contacts“ 1/1997 den wechselseitigen Lernprozess für sinnvoll erklärt: Unter dem Paradigma der „Einen Welt“ müssten sich sowohl Entwicklungsdienste und Friedensgruppen für einander öffnen, indem die einen ihre Dritte-Welt-Fixierung und die anderen ihre staatskritische Orientierung relativierten. Der Konziliare Prozess der 80er Jahre habe mit seiner Trias von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung diesen Wechselbezug vorgezeichnet.

Zur dritten Sitzung des Konsortiums am 18. September 1997, wieder in Köln, erschienen die Entwicklungsdienste mit einer gemeinsamen Tischvorlage auf der Linie ihrer Publikation „Dem Frieden verpflichtet“. Darin hieß es, „dass alle Entwicklungsdienste wesentliche Aspekte der Friedensförderung und der Zivilen Konfliktbearbeitung in ihrer praktischen Arbeit durchführen und ... dass sie dabei auf langjährige Erfahrung zurückgreifen können“. Anhand von Beispielen wurde belegt, dass es sich dabei nicht nur um „erwünschte Nebenprodukte“, sondern oft um intendierte Projektziele handele. Nur im Bereich der Mediation sowie in den „heißen Phasen“ eines Konflikts gebe es bislang wenig Erfahrung.

Neu und vermittelnd war einzig das Angebot von Willi Erl, drei laufende Projekte des DED im Sudan „einzuwidmen“ unter ein gemeinsames Label „Ziviler Friedensdienst“. Der Vorschlag fand keine Nachahmer; auch der DED setzte ihn nicht um. Stattdessen folgte eine eigene Tagung der Entwicklungsdienste am 6. Oktober 1997 mit dem sprechenden Titel: „Vorbereitung von Fachkräften für die Mitarbeit in Ziviler Konfliktbearbeitung. Erfahrungen aus 30 Jahren personeller Entwicklungszusammenarbeit.“

Auch nach einem Jahr war das Konsortium noch nichts anderes als ein unverbindlicher Gesprächskreis, mit wechselseitigen Vorbehalten unter den Beteiligten und ohne absehbaren praktischen Bezug. Im Grunde war es nicht erstaunlich, dass die Zusammenarbeit im Konsortium sich mühsam anließ. Ganz treffend beschrieb Eckehard Fricke von EIRENE in einem ersten Rückblick aus dem Jahr 2000 die unterschiedlichen Organisationskulturen:

„Schon die Tagung in Mülheim und noch mehr die folgenden Sitzungen zeigten, dass sich im Konsortium sehr unterschiedliche Partner zusammengetan hatten. Die Friedensorganisationen kamen mehrheitlich aus den ‚neuen sozialen Bewegungen‘, aus der Friedensbewegung der siebziger Jahre. Sie hatten eine grundsätzlich skeptische Haltung gegenüber dem Staat und auch keine Erfahrung in der Zusammenarbeit mit ihm. Sie waren daran gewöhnt, Initiativen schnell und unbürokratisch mit den beschränkten eigenen Mitteln umzusetzen. Ihnen fehlten die größeren Apparate, dadurch auch die Kontinuität und manchmal auch die Professionalität. Die Entwicklungsdienste wiederum waren überwiegend in gesellschaftlichen Institutionen wie den Kirchen verankert oder wie

der DED eine staatlich initiierte und finanzierte Organisation. Sie konnten als Träger des Entwicklungsdienstes ... schon auf bis zu vier Jahrzehnte guter Kooperation mit dem Staat zurückblicken. Sie waren dadurch in mancher Hinsicht auch auf die Gleise der Entwicklungszusammenarbeit und die dort vorhandenen finanziellen Ressourcen festgelegt, nicht immer kreativ in der Gestaltung neuer Wege.“⁷

Vergleichbare Unterschiede des Herkommens gab es allerdings auch zwischen den drei hauptsächlich beteiligten Friedensorganisationen: Die AGDF als breit aufgestellter, aber entsprechend heterogener Verband mit kirchlichen Wurzeln; das forumZFD als Newcomer mit einem einigenden neuen Thema („single issue“), aber ohne gewachsene gesellschaftliche Verankerung; und der BSV als dessen ehemaliger „Mutter“, aber mit einer eigenen, traditionell antimilitaristischen Ausrichtung.

Es geht weiter – trotz allem

Bei so viel offenem und verstecktem Dissens wäre es nicht verwunderlich gewesen, das Konsortium hätte seine ersten drei Sitzungen nicht überlebt. Tatsächlich entstand eine Sitzungspause von einem Jahr. Auch unter den Befürwortern des ZFD gab es Ernüchterung. Zwar hatte man mit der Modell-Ausbildung in NRW den Einstieg in eine öffentliche Förderung erreicht, es fehlte aber die Perspektive einer praktischen Anwendung der erlernten Fähigkeiten. So wurden die ausgebildeten Freiwilligen anfangs vor allem in diverse Projekte kleinerer Träger vermittelt. Im Bundestag scheiterte die interfraktionelle Arbeitsgruppe an den Mehrheiten innerhalb der beiden Regierungsparteien CDU und FDP. SPD und GRÜNE brachten je eigene Anträge ein, in denen der ZFD nur als eine Möglichkeit ziviler Friedensarbeit neben anderen vorkam. Nur die PDS, damals der Paria unter den Parteien, bekannte sich zu einem eigenständigen ZFD.

Es gab freilich auch Ermutigungen. Am 22. Februar 1997 verabschiedete ein hochrangig besetzter Kreis von Friedensaktivisten in Berlin auf Anregung des forumZFD eine „Berliner Erklärung für einen Zivilen Friedensdienst in Deutschland“, die in den folgenden Wochen von über 200 prominenten Persönlichkeiten aus allen politischen Parteien, aus den beiden Großkonfessionen sowie aus Wissenschaft und Kunst unterzeichnet und in der ZEIT als Anzeige veröffentlicht wurde.⁸ Das SPD-Präsidium verlieh dem forumZFD am 23. Mai 1997 in Rastatt den Gustav-Heinemann-Bürgerpreis für seine Initiative. Es wurde deutlich: Das Anliegen traf auf gesellschaftliche Unterstützung.

Dabei blieben das forumZFD und darin insbesondere sein (meist) siebenköpfiger Vorstand ein wichtiger Motor der fort-dauernden Bewegung. Die geringen Spendenmittel reichten nur für eine halbe Geschäftsführer-Stelle; den Großteil der praktischen Arbeit hatte dieser kompakte Kreis von Ehrenamtlichen „nebenbei“ zu erledigen, neben der politisch-strategischen Arbeit, und zumeist neben einem vollen Beruf.

⁷ E.Fricke: Das Konsortium Ziviler Friedensdienst, in: Evers (Hg.), a.a.O., S. 181–188, S. 182.

⁸ Abgedruckt in: T. Evers (Hg.), a.a.O., S. 349–352.

Zivile Konfliktbearbeitung im Aufwind – internationale Entwicklungen in den 1990er Jahren

Stammte die Dynamik daraus, dass hier ein Kreis von Menschen eine zündende Idee propagierte? Oder war es vielmehr eben diese Idee, „deren Zeit gekommen war“, und die sich nun ihre Akteure schuf? Für Letzteres spricht die Gleichzeitigkeit von ähnlichen Entwicklungen auch im internationalen Rahmen: In den Vereinten Nationen erschien 1992 der Bericht „An Agenda for Peace“ des damaligen Generalsekretärs Boutros-Ghali; darauf aufbauend entfaltete sich im Rahmen der UNO das Feld der „Peacekeeping Operations“. Sie wurden im Jahr 2000 im sog. „Brahimi Report“ kritisch evaluiert und fachlich fortgeschrieben. Im gleichen Jahr fand der UNO-Millenniums-Gipfel statt, der eine maßgeblich vom neuen Generalsekretär Kofi Annan inspirierte „Millennium Declaration“ mit weitreichenden friedenpolitischen Forderungen verabschiedete. Auch die Europäische Union befasste sich in den Jahren der Jahrtausendwende intensiv mit Fragen von „Conflict Prevention“ und entwickelte dazu ein Instrumentarium von militärischen, aber auch zivilen Fähigkeiten. Im Europäischen Parlament brachten Abgeordnete wie Alexander Langer (Italien/Südtirol) das Thema zur Sprache. Mehrere zivilgesellschaftliche Initiativen begleiteten diese EU-Diskussion, darunter die European Platform for Conflict Prevention in Utrecht, das Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung in Stadtschlaining/Burgenland, sowie ab 2001 das European Peacebuilding Liaison Office (EPLO) in Brüssel.

Auch sonst führte das Thema des „peacebuilding“ zu vielfältigen, meist zivilgesellschaftlichen Neugründungen: In mehreren Ländern Europas, aber auch weltweit entstanden dazu friedenswissenschaftliche und politische Initiativen. Aus diesem rasch wachsenden Feld stammten die ca. neuntausend (!) Teilnehmer*innen bei dem „Hague Appeal for Peace“, der 1999 im Erinnerung an den Internationalen Friedenskongress von 1899 in Den Haag stattfand. Ein Jahr später wurden sowohl die weltweite Nonviolent Peaceforce (NP) sowie das European Network for Civil Peace Services (EN.CPS) gegründet. In Deutschland war 1998 mit der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung ein Zusammenschluss solcher Initiativen gelungen. Bezieht man die oft jahrelangen Vorläufe dieser Ereignisse mit ein, so wird deutlich, vor welchem bewegtem Hintergrund die Bemühungen um einen ZFD sowie die Anläufe für ein Konsortium stattfanden.

Die Häufung der Initiativen war nicht zufällig: Sie antwortete auf die weltpolitischen Herausforderungen nach dem Ende der Blockkonfrontation, wie sie insbesondere in den neuen innerstaatlichen Gewaltkonflikten hervorbrachen. Das prägte das öffentliche Bewusstsein. Für Deutschland waren dabei die Kriege im zerfallenden Jugoslawien ein entscheidender Anstoß.

Im Rückblick wird so auch der Verlauf der Ereignisse um den ZFD sinnfällig. Ohne den internationalen Kontext dieser 90er Jahre hätte es den Impuls zu einem ZFD vielleicht nicht gegeben; jedenfalls wäre ihm nicht Energie von vielen Seiten zugeflossen. Dass dazu der Vorschlag eines Konsortiums auf den Tisch kommen konnte und dass die Entwicklungsdienste sich darauf einließen – auch dies ist Echo des Zeitgeschehens.

Der spätere Erfolg der Bemühungen war zwar keineswegs vorherbestimmt – aber doch angesichts dieser Zeitumstände in

denkbaren Verläufen vorgezeichnet. So finden sich in den Akten der Anfangsjahre immer wieder Ideen zu einer möglichen Weiterentwicklung, die dann Jahre später Wirklichkeit wurden. Ein Beispiel ist ein frühes internes Papier „Schritte beim Aufbau eines Konsortiums ZFD“ von Helmut Falkenstörfer, Vorstandsmitglied des forumZFD; darin schrieb er mit Datum vom 11. März 1997, also noch vor der zweiten Sitzung des Konsortiums: Aus dem jetzigen Gesprächskreis könne ein Verbund der Träger als gemeinsame Arbeitsplattform eines ZFD sowie als Gegenüber zu staatlichen Akteuren werden; was es bereits an inhaltlichen Schnittmengen unter den Konsorten gebe, könne sich künftig zu gemeinsamen Standards der Qualifizierung und Projektarbeit entwickeln. – Es hätte nicht so kommen müssen; aber es kam so.

Auch die Entwicklungsdienste hatten die Debatten mit den Friedensgruppen konstruktiv zu nutzen gewusst, um sich gedanklich auf die veränderte Welt nach dem Ende der Blockkonfrontation einzustellen. Themen wie konfliktensible Entwicklungsarbeit, interkulturelle Kompetenz und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen entwickelten sich in den Folgejahren zu Querschnittsthemen der Entwicklungszusammenarbeit, einschließlich seiner staatlichen Träger.

In allen Mühen der Verständigung wuchs während dieser Anfangsjahre des Konsortium eine entscheidende Ressource fast unbemerkt an: Man lernte sich gegenseitig in den jeweiligen menschlichen Qualitäten und fachlichen Kompetenzen kennen und schätzen. Die Unterschiede der Standpunkte wurden dadurch zwar nicht kleiner, aber zunehmend nachvollziehbarer und damit akzeptabler. Auch wenn die Beteiligten sich bisweilen herzhaft über einander ärgerten: Sie wurden einander als verlässliche Ansprechpartner deutlich und achtenswert. Wer damals unter übervollen Arbeitstagen litt, wusste zumindest das gleiche Arbeitspensum der Kolleginnen und Kollegen sowie deren gleichen Fleiß zu würdigen. Im Rückblick kann man feststellen: Auch wenn das Konsortium in den ersten beiden Jahren seines Bestehens noch keine Früchte trug, so wuchsen ihm doch Wurzeln. Ohne sie hätte es die Stürme des nachfolgenden dritten Jahres wohl nicht überstanden. Doch zurück zur Abfolge der Ereignisse:

1998: Das Jahr der Bundestagswahl

Derweil gingen die politischen Kontakte weiter – ohne große Hoffnung auf einen baldigen Durchbruch. Am 12. November 1997 fand eine Anhörung im Bundestag zu „Konfliktprävention und Ziviler Friedensdienst“ statt, an dem das Konsortium in den Personen von Willi Erl für die Entwicklungsdienste und Heinz Wagner für die Friedensdienste teilnahm. Der Vertreter des BMZ verneinte weiterhin den Bedarf einer neuen Institution. Die Unterstützer*innen unter den Bundestagsabgeordneten hatten sich als ineffektive Minderheit erwiesen; selbst unter den „pazifistischen“ GRÜNEN hatte die Mehrheit der Fraktion wichtigere Themen.

Im September des Jahres 1998 war ein neuer Bundestag zu wählen. Ein Regierungswechsel schien denkbar, aber keineswegs sicher. Es war der vormalige SPD-Vorsitzende Vogel, der dem forumZFD den Rat gab, sich dennoch für mögliche Koalitionsgespräche zu rüsten. Also wurden die vorhandenen Kontakte gepflegt und ausgebaut, unter anderem mit Egon Bahr, Wolf-

gang Thierse und erneut Günter Verheugen von der SPD, mit Irmgard Schwätzer (FDP) und Armin Laschet (CDU).

Anstelle des nach bisherigem Halbjahres-Rhythmus fälligen Frühjahrs-Treffens des Konsortiums wurden die Vorstands-Mitglieder des forumZFD Heinz Wagner und Tilman Evers zu einer Sitzung der AGdD am 11. Februar 1998 in Bonn geladen. Dort erfuhren sie den Grund der Veränderung: Die Entwicklungsdienste schlugen vor, die Gespräche im bisherigen Format zu beenden, also die Arbeit des Konsortiums einzustellen. Mit Mühe erreichten sie das Zugeständnis, damit bis nach der Bundestagswahl zu warten.

Solange die Aussicht auf praktische Projektarbeit so unsicher und fern erschien, blieben die Ansätze einer trägerübergreifenden Qualifizierung der vorerst einzig reale Erfolg im Bemühen um einen ZFD. Um diesen Ansatz zu stärken, fand am 4. bis 6. März 1998 auf Burg Bodenstein eine Fachtagung „Ausbildung in ziviler Konfliktbearbeitung“ statt. Auf gemeinsame Einladung von AGDF und forumZFD waren dort Fachleute aus 15 Organisationen versammelt, darunter DED, AGEH, DÜ, EIRENE, BSV und Pax Christi. Sogar die staatlich geführte Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ war (dieses eine Mal) vertreten; sie hatte inzwischen selbst die zivile Konfliktbearbeitung als wichtiges neues Arbeitsfeld entdeckt. Es gelang hier erstmals, die verschiedenen Ansätze der Qualifizierung unter den Friedensgruppen zusammenzuführen und dabei die Entwicklungsdienste zumindest beobachtend „mitzunehmen“. Die Tagung legte den Grundstein dafür, dass die Friedensdienste ein Jahr später gemeinsame Standards der Qualifizierung vorlegen konnten.⁹

Wieder war die Aufmerksamkeit auch durch äußere Ereignisse in Anspruch genommen. In Russland drohte der demokratische Prozess unter Boris Jelzin im sozialen Chaos zu enden. In Ex-Jugoslawien brach erneut Gewalt aus, diesmal in der serbischen Teilrepublik Kosovo, wo die albanische Bevölkerungsmehrheit nach jahrelang vergeblichem gewaltlosen Widerstand zum bewaffneten Aufstand überging. Zur Befriedung sollte die OSZE zweitausend Beobachter schicken; die Zahl wurde nicht annähernd erreicht, die Mission wurde politisch missbraucht, die Kämpfe gingen weiter.

Die einzige (vierte) Sitzung des Konsortiums im Jahr 1998 fand am 21. September 1998 bei EIRENE in Neuwied statt. Hätte man diesen Termin kurz vor der Bundestagswahl am 27. September 1998 gewählt, wenn man deren Ergebnissen hoffnungsvoll entgegenfiebert hätte? So spielten Gedanken an einen möglichen Regierungswechsel auch nur eine beiläufige Rolle. Im Wesentlichen informierte man sich gegenseitig über die Begebenheiten des Jahres seit der vorigen Sitzung. Für die AGDF legte deren Geschäftsführer Ulrich Frey ein Papier über „Schnittstellen zwischen Entwicklungsdiensten und Friedensdiensten bei der Zivilen Konfliktbearbeitung“ vor, in dem er vor allem die Gemeinsamkeiten herausstellte; ein Unterschied ergebe sich allenfalls im „Mix“ der Ziele. Die Anwesenden zeigten sich mit den angebotenen Kompromiss-Formeln zufrieden. Oder fehlte nur die Energie, sich weiter um ein vermeintliches Luftschloss zu verkämpfen? Die Entwicklungsdienste hatten ja noch im Februar des Jahres für einen Abbruch dieser Gespräche plädiert.

—

⁹ Abgedruckt in: T. Evers (Hg.), a.a.O., S. 361–365.

Einer der forumZFD-Vertreter notierte handschriftlich: „Konsortium etwas dahingeschleppt, weil nur halbherzig gewollt.“

Die Bundestagswahl fand am 27. September 1998 statt – und änderte mit einem Schlag das ganze Tableau. Das unerwartete Ergebnis trat ein: Eine rot-grüne Koalition löste die „ewige“ Kohl-Regierung ab. Unvermittelt erschienen die Aussichten auf einen ZFD wieder real. Das forumZFD verstärkte seine Kontakte zu den bisherigen Oppositionsparteien, um seine Ziele in deren künftiger Koalitionsvereinbarung zu verankern; auch der BSV nutzte seine Kontakte. Mit Erfolg: Als der Koalitionsvertrag am 20. Oktober 1998 erschien, fanden sich darin starke friedenspolitische Aussagen: „Die neue Bundesregierung ... wird sich mit aller Kraft um die Entwicklung und Anwendung von wirksamen Strategien und Instrumenten der Krisenprävention und friedlichen Konfliktregelung bemühen. ... (Sie) setzt sich für den Aufbau einer Infrastruktur zur Krisenprävention und zivilen Konfliktbearbeitung ein. Hierzu gehört ... die Ausbildung und der Einsatz von Friedensfachkräften und diensten (z. B. Ziviler Friedensdienst). Die neue Bundesregierung wird für die Aufgaben im Bereich von Peacekeeping und Peacebuilding Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. ... Eine besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen zu.“

Mehr konnte man aus Sicht der Befürworter eines ZFD nicht erhoffen! Es wurde konkret – und just dies brachte den bisherigen luftigen Konsens im Konsortium unter Druck. Ab jetzt ging es um die handfeste Verteilung von Funktionen, Entscheidungsbefugnissen und Mitteln; dafür reichten die bisherigen Verbalkompromisse wie zuletzt im AGDF-Papier nicht mehr aus. Schon die erste Erklärung der frischernannten Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul ließ neue Konflikte ahnen: Sie wolle einen ZFD „beim DED“ einrichten. Drohte hier die Verstaatlichung, die Monopolisierung des ZFD? Fast zeitgleich tauchte auch wieder die gegenteilige Gefahr der Verwässerung des Konzepts auf: Für die AGDF schrieb Ulrich Frey sein voriges „Schnittstellen“-Papier zu einem „Memorandum zur Realisierung der Koalitionsvereinbarung“ um, in dem er mit Datum 5. Dezember 1998 einen Haushaltstitel für „Freie Träger in der Zivilen Konfliktbearbeitung“ forderte. Das Wort ZFD kam nicht vor.

Noch in das ausgehende Jahr 1998 fiel eine wichtige Personalia: Willi Erl schied altersbedingt aus seiner Funktion als Mit-Geschäftsführer des DED aus. Ursprünglich CDU-Mitglied, hatte er sich im Kreis der Entwicklungsdienste am offensten gegenüber der möglichen Gründung eines ZFD gezeigt. Mit seinem Ausscheiden entfiel also eine wichtige „Brückenfigur“ im Konsortium; es war zu erwarten, dass die Zusammenarbeit mit dem DED künftig schwieriger werden würde. Die positive Seite dieser Veränderung war, dass Willi Erl nun im Ruhestand seine Sympathien für den ZFD uneingeschränkt kundtun konnte. Er tat dies, indem er Mitglied im forumZFD wurde und bei dessen Mitgliederversammlung im November 1998 den Vorsitz in dessen neugegründeten Beirat übernahm (den er über die gesamten zehn Jahre von dessen Bestehen innehaben sollte).

Anfang 1999: Die Geburtswehen des ZFD

Das Jahr 1999 begann mit Licht und Schatten: Einerseits

versprach die Entwicklungsministerin Wiecek-Zeul in einer Erklärung vom 19. Januar 1999 die Ausgestaltung des ZFD noch im ersten Halbjahr 1999, und € 6 Mio. ab Jahresmitte für erste Schritte der Umsetzung (später reduziert auf € 1,4 Mio. Es war nun klar, dass der ZFD entstehen würde, und zwar unter diesem Namen, sowie in Ressortzuständigkeit des BMZ. Offensichtlich wünschte die Ministerin aus Gründen der Außendarstellung eine neue Institution unter neuem Namen; das bedeutete das Aus für die bisherigen Widerstände gegen eine solche Neuerung. Im Gegenzug akzeptierte das forumZFD die alternative Bezeichnung „Friedenfachdienst“ – in dem Verständnis, dass dies eine Qualifizierungsstufe, „Ziviler Friedensdienst“ dagegen eine Institutionalisierungsform bezeichnete. „Zivile Konfliktbearbeitung“ war jetzt nicht mehr „ZFD light“, sondern der Oberbegriff.

Passé waren damit auch die Abwägungen im forumZFD, ob der ZFD nicht besser beim Auswärtigen Amt (AA), alternativ als interministerielle Querschnittsaufgabe bei mehreren Ministerien oder gar beim Kanzleramt ressortieren sollte: Es gab in der neuen Bundesregierung niemanden, der dem BMZ die Zuständigkeit streitig machen mochte. So kam es, dass der ZFD formal nicht als echte Zwillingsaufgabe zur EZ, sondern als „Ziviler Friedensdienst in der Entwicklungszusammenarbeit“ entstand. Es spricht für die Stärke seiner konzeptionellen Grundlagen und der daraus erwachsenen Strukturen, dass er dennoch bis heute wesentliche Besonderheiten bewahrte.

Problematisch an der Ankündigung der Ministerin vom 19. Januar 1999 war andererseits, dass sie das neue Instrument offenbar ganz oder weitgehend beim staatseigenen DED verorten und als bloße Erweiterung des Aufgabenspektrums der EZ konzipieren wollte. Das hätte die kleineren Entwicklungsdienste, erst recht die Friedensorganisationen an den Rand geschoben und damit die ganze politisch-konzeptionelle Vorarbeit des forumZFD und der AGDF mit ihrem plural-zivilgesellschaftlichen Ansatz staatlich vereinnahmt. Insbesondere wäre eine besondere Qualifizierung der künftigen Friedensfachkräfte mitsamt der so wichtigen Persönlichkeitsbildung entfallen und in einer pragmatischen Projekt-Vorbereitung nach EZ-Routinen aufgegangen.

Das führte am 25. Januar 1999 zu einer (nun wieder gemeinsamen) Presseerklärung von AGDF und forumZFD, in der beide Organisationen zwar die Erklärung der Ministerin grundsätzlich begrüßten, dann aber ihre eigenen Vorstellungen zur Umsetzung unterbreiteten. „Ziviler Friedensdienst im Rahmen der Zivilen Konfliktbearbeitung“, so hieß es darin, „muss plural und unabhängig von staatlicher Leitung aufgebaut werden.“ Als passendes Gesprächsforum zur Ausgestaltung empfahlen sie das Konsortium – womit sie dieses zu einem mitentscheidenden Beratungsorgan aufwerteten. Als Vorbild künftiger Qualifizierungsmaßnahmen verwiesen sie auf die NRW-Modellausbildung.

Das Gegen-Votum ließ nicht auf sich warten. Der neue (Allein-) Geschäftsführer des DED Jürgen Wilhelm veröffentlichte in der BMZ-nahen Zeitschrift E+Z (Nr. 2/1999) einen langen Artikel unter der Überschrift „ZFD – Eine neue Aufgabe für den DED“. Im Text war dann immerhin von der nötigen „Zusammenarbeit mit der AGdD und den auf diesem Gebiet tätigen Nichtregierungsorganisationen“ die Rede. Auch er billigte einem ZFD nun „spezifische Aufgaben“ zu, die eine besondere Qualifikation erforderten. Die Umsetzung könne freilich nur im Rahmen der

Personaldienste der EZ erfolgen; gedanklich reservierte dies den entstehenden ZFD für die Entwicklungsdienste und sicherte dem DED die Rolle eines „primus inter pares“.

Nun war das forumZFD an der Reihe, seine Maximalforderungen in den Raum zu stellen: In einem „Memorandum“ vom Februar 1999 bot es sich als zentrale Servicestelle für den ZFD an und verwies dazu auf seine Leistungen bei der Entwicklung des Konzepts, in der Vernetzung der Akteure sowie bei der Ausbildung. Erstmals machte das forumZFD hier eine Sonderstellung als Anwalt der Idee geltend (was später sein zeitweiliger Leitspruch wurde).

Der Druck der Ereignisse mit ihrem Zwang zur Einigung ging über diese eigennützigen Forderungen hinweg. Am 4./5. März 1999 verabschiedete die AGdD ein „Konzept für einen Friedensfachdienst“¹⁰, in dem sie den Friedensdiensten in einem wichtigen Punkt entgegenkam: Zwar lasse die Rechtslage eine Personalentsendung nur im Rahmen des Entwicklungshelfer-Gesetzes zu, dennoch könnten auch die Friedensdienste eigene Projekte einbringen, die dann administrativ von einem der anerkannten Entsendedienste betreut würden. Dieses sogenannte „Huckepack-Verfahren“ war insbesondere bei der AGEH für andere katholische Initiativen eingeführt und wurde nun für AGDF und forumZFD geöffnet – ein wichtiger erster Schritt zur geforderten Gleichberechtigung. Konzeptionell wurde zugestanden, dass working on conflict für die EZ ein Novum sei. Die AGdD überreichte dieses Konzept am 10. März 1999 dem zuständigen Staatssekretär im BMZ Erich Stather mit der Maßgabe, dass es möglicherweise zu einem gemeinsamen Konzept des Konsortiums weiterentwickelt werde.

Zeitlich anschließend an diese AGdD-Sitzung in Bonn fand am 5. März 1999 die fünfte Sitzung des Konsortiums statt. Erstmals waren allen Konsorten vertreten – und erstmals wurde es von allen Anwesenden ernstgenommen als Verhandlungsgremium, in dem Weichen gestellt wurden. Die Phase des unverbindlichen Gesprächskreises war vorbei. Der ZFD wurde nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt, aber noch immer unterschiedlich definiert: Während die Entwicklungsdienste darin überwiegend ein Förderprogramm für ein neues Tätigkeitsfeld in Erweiterung der EZ sahen, strebten das forumZFD und nun auch die AGDF ein eigenes friedenspolitisches Instrument an, möglichst mit eigener gesetzlicher Grundlage. Auch über Intensität und Form der Qualifizierung gab es keinen Konsens.

Klar war indessen, dass das Konsortium nur dann Einfluss auf die Ausgestaltung des ZFD würde nehmen können, wenn seine Mitglieder sich auf ein gemeinsames Konzept einigen konnten. Man beschloss, auf der Grundlage des AGdD-Konzepts eine solche Einigung zu versuchen und richtete dazu eine paritätische Redaktionsgruppe ein, die sich am 24. März 1999 treffen sollte.

Die Wochen ab Anfang März bis zum Sommer 1999 können als die intensivsten in der Geschichte des Konsortiums gelten. Im Vorjahr 1998 hatte es eine einzige Sitzung des Konsortiums gegeben, seitdem war wieder ein halbes Jahr vergangen – nun folgten von März bis Juli nicht weniger als fünf Sitzungen,

meist in vollständiger Besetzung!¹¹ Es ging darum, untereinander sowie mit dem BMZ die Rahmenbedingungen des künftigen ZFD auszuhandeln und gleichzeitig den Beginn seiner praktischen Umsetzung noch im Jahr 1999 vorzubereiten. Neben den politischen Spitzen war dazu nun auch die Arbeitsebene in den jeweiligen Organisationen gefragt – und dahin verschob sich die personelle Zusammensetzung der Treffen zunehmend, als Ausdruck der veränderten Funktion des Gremiums.

Zu dem Arbeitsdruck kam eine schwere äußere Belastung: Vom 24. März bis zum 9. Juni 1999 tobte der sogenannte Kosovo-Krieg. Deutsche Soldaten waren erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder an Kriegshandlungen beteiligt – und das in einem offenkundig völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, der notdürftig als Humanitäre Intervention gerechtfertigt wurde. Das ganze überwunden geglaubte Instrumentarium der Meinungsmache, der Feindbildprojektionen und Falschmeldungen: Da war es wieder! Sogar das Publikum des zeitgleichen Evangelischen Kirchentags in Stuttgart ließ sich mitreißen und applaudierte dem damaligen Verteidigungsminister Rudolf Scharping, als dieser die deutsche Kriegsbeteiligung mit einem vorgeblichen serbischen „Plan Hufeisen“ rechtfertigte. Umgekehrt hörte man von radikalpazifistischen Kritikern, der ZFD sei nichts als ein friedenspolitisches Feigenblatt der rot-grünen Bundesregierung angesichts ihres militaristischen Tabubruchs. All das musste gedanklich und emotional „nebenbei“ mit verarbeitet werden. Die Belastungen gingen an die Grenzen aller Beteiligten.

Frühsommer 1999: Der ZFD entsteht

Am 8. März 1999 legte das BMZ einen Referentenentwurf für ein „Rahmenkonzept ZFD“ vor und lud die Konsorten zur Diskussion des Textes ein. Wie zu erwarten sollte die Personalentsendung – also die praktische Friedensarbeit – ausschließlich bei den Entwicklungsdiensten liegen. Die beiden Friedensorganisationen AGDF und forumZFD sollten lediglich für die Qualifizierung zuständig sein. Am problematischsten war, dass die organisatorische Abwicklung beim DED liegen sollte. War dies eine pragmatische Notgeburt, oder überlebte darin der Wunsch auf staatlichen Zugriff? Alle anderen Konsorten vertraten einmütig die Ansicht, eine solche Servicestelle sollte nicht bei einem der Zuwendungsempfänger liegen.

Am 24. März 1999 traf sich die vierköpfige Redaktionsgruppe, in deren Händen nun Ge- oder Misslingen einer gemeinsamen Position des Konsortiums lag. Ihr gehörten an: Dr. Volker Kasch (DED), Jörg Schwieger (DÜ), Dr. Tilman Evers (forumZFD) und Ulrich Frey (AGDF). Es war just der Tag, an dem der NATO-Luftkrieg gegen Serbien begann. Grundlage der Diskussion war das AGdD-Papier, in einer bereits von der AGDF modifizierten Version. Es war klar, dass der Vertreter des forumZFD nicht ohne erhebliche Veränderungen zustimmen würde, was insbesondere die Gleichstellung der Friedensdienste in Sprache und Inhalt betraf. Würden die Vertreter der Entwicklungsdienste bereit sein, das Papier nochmal

aufzuschneiden? Erstaunlicherweise ließen sie es zu, die Vorlage nochmals Satz für Satz, Wort für Wort durchzugehen, um Formulierungen zu finden, die alle Anwesenden bejahen konnten.

Die Arbeit kam einer Quadratur des Kreises gleich. Es galt, Formulierungen zu finden, die a) den Start des ZFD als neues Element der EZ ermöglichten, ohne ihn letztgültig der EZ ein- und unterzuordnen und damit die Alleinzuständigkeit des BMZ in Stein zu meißeln; die b) alle Konsorten als gleichberechtigte Mitwirkende benannten, auch wenn nur die anerkannten Entwicklungsdienste Personal in Projekte entsenden konnten; die c) den Friedensdiensten dennoch eigene Projekte im Wege der Amtshilfe ermöglichten, ohne durch diese Notlösung die Perspektive einer späteren rechtlichen Gleichstellung zu verbauen; die d) den thematischen Zusammenhang des ZFD mit der EZ bestätigten, zugleich aber dessen thematische Besonderheiten benannten; und die e) den Vorsprung der Friedensdienste im Bereich der Qualifizierung anerkannten, ohne andererseits die bisherigen Vorbereitungs-Routinen der Entwicklungsdienste in Frage zu stellen.

Die Schwerarbeit dauerte sechs Stunden! Das Ergebnis überraschte selbst die Beteiligten: Der neue Text war sprachlich und gedanklich deutlich besser als jede bisherige Vorlage. Guten Gewissens konnten alle vier Redakteure ihren jeweiligen Organisationen die Annahme empfehlen. So geschah es, sofort und ohne weitere Diskussionen. Der Text ging am 7. April 1999 als „Gemeinsames Konzept des Konsortium Ziviler Friedensdienst für einen ‚Friedensfachdienst in der Entwicklungszusammenarbeit‘“ mit den Unterschriften von AGdD, AGDF und forumZFD an das BMZ.¹²

Erstmals war das Konsortium als solches politisch aufgetreten. Es hatte damit seinen Anspruch manifestiert, künftig der Ansprechpartner des BMZ in Sachen ZFD und damit Teil des entstehenden Gemeinschaftswerks zu sein. Für die Friedensdienste forumZFD und AGDF, die ja keine anerkannten Träger des Entwicklungsdienstes waren¹³, bedeutete dieser Schulterschluss, dass Friedensdienst und Entwicklungsdienst zusammen gehören und dass ihre Organisationen seitdem auf Augenhöhe miteinander arbeiten – ein politischer Durchbruch für die Friedensdienste, angesichts ihrer kleinen Anfänge.¹⁴

Mit dieser Einigung im Rücken machten die Konsorten sich an die Detailkritik des Referentenentwurfs. Die nächsten Sitzungen folgten im monatlichen Rhythmus und fast immer in voller Besetzung. Ein Politikum waren die Kriterien, nach denen das BMZ Projektanträge bewilligen oder ablehnen würde; darunter auch, ob die Konsorten sich nach geografischen Vorgaben des BMZ richten müssten; ein anderes das im Entwurf vorgesehene Mitsprache- und Widerspruchsrecht des AA. Dazwischengeschoben waren zwei Treffen im BMZ am 15. April und am 7. Mai 1999, bei denen die Balance zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sowie Einzelfragen der geplanten Umsetzung besprochen wurden. Dazu kam ein Hearing im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestags (AWZ), dessen Mitglieder über den Stand der Überlegungen zu unterrichten waren.

Das endgültige Rahmenkonzept des BMZ erschien am 9. Juni 1999 (just dem Tag, an dem der Bombenkrieg gegen Serbien endete).¹⁵ Wie zu erwarten, unterschied es sich nicht grundsätzlich vom Referentenentwurf. Im „Kleingedruckten“ waren aber durchaus Spuren der Rückmeldungen erkennbar. Der ZFD wurde nun als „ein neues Instrument in der EZ“ definiert; damit waren Neuerung und Bestand vereint. In der weiteren Beschreibung wurden durchaus Besonderheiten gegenüber der EZ hervorgehoben und so der Charakter eines neuen Instruments unter eigenem Namen gestärkt. In der Liste der Akteure wurden die beiden Friedensorganisationen AGDF und forumZFD gleichrangig neben den Entwicklungsdiensten aufgezählt. Die Personalentsendung konnte nur über die anerkannten Dienste erfolgen – aber die Möglichkeit von „Huckepack“-Projekten sowie einer späteren rechtlichen Anpassung wurde offen gehalten. Die Qualifizierung wurde dem DED im Zusammenwirken mit den beiden Friedensorganisationen übertragen; auch das ein lebbarer Kompromiss (der sich in den Folgemonaten allerdings als inhaltsleer erwies). Die Antrags-Abwicklung verblieb einstweilen beim DED – eine strukturelle Notlösung, die nicht einmal alle im DED überzeugte. Insgesamt war spürbar: Das BMZ wusste durchaus zu schätzen, was an konzeptioneller und organisatorischer Vorarbeit geleistet war – und dass es im Konsortium ein bereits konsolidiertes Gegenüber hatte.¹⁶

Am 12. Juli 1999 fand in Bonn die neunte Sitzung des Konsortiums statt – die fünfte in diesem Jahr! Einig war man sich, „dass das Konsortium auch in Zukunft als eigenständiges Abstimmungs- und Beratungsgremium erhalten bleibt“ und sich dauerhaft als Ansprechpartner des BMZ verstand. Dazu wählte das Konsortium zwei Sprecher, von denen einer die Entwicklungs- und der andere die Friedensdienste vertrat (was bis heute rotierend weitergilt). Im Anschluss an die Sitzung hatte das Konsortium zu einer Pressekonferenz geladen, in der es die (wenigen) Pressevertreter mit Grundinformationen entlang dem gemeinsamen Konzept versorgte. Damit war das Konsortium erstmalig als solches gegenüber der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten – Ausdruck dessen, dass es zunehmend auch seine Lobby-Funktion gegenüber der Politik im Allgemeinen sowie seine Rolle als (Mit-)Repräsentant des ZFD gegenüber einer interessierten Öffentlichkeit erkannte.

Ende 1999: Nachwehen

Waren die wechselseitigen Erwartungen und Ansprüche damit geklärt? Leider nein. Während in Windeseile die ersten Projektanträge formuliert werden mussten, kam es in der zweiten Jahreshälfte 1999 nochmals zu belastenden Auseinandersetzungen. Sowohl im BMZ wie im DED rückten Personen in wichtige Funktionen, die die Geschichte der mühsamen Ausbalancierung nicht miterlebt hatten und das erreichte Einvernehmen daher zunächst nicht zu schätzen wussten. Aus dem BMZ waren wieder Tendenzen der „Verstaatlichung“ des ZFD wahrnehmbar: Es handele sich um ein Instrument

¹⁵ Abgedruckt in: T. Evers (Hg.), a.a.O., S. 358–360.

¹⁶ Das Konzept sah eine regelmäßige Abstimmung zwischen BMZ, AA und den Trägern vor; dazu erfand das BMZ zusätzlich einen „Programmausschuss“, der jedoch nur wenige Male tagte: Die Abstimmung mit dem AA wurde bald durch schriftliche Routinen ersetzt, und für die Abstimmung mit den Trägern bewährte sich das Konsortium.

¹¹ Nämlich die fünfte Sitzung wie erwähnt am 05.03. in Bonn, die sechste am

14.04. in Echterdingen, die siebte am 12.05. in Mainz, die achte am 01.06.

und die neunte am 12.07.1999, beide in Bonn.

¹² Abgedruckt in: T. Evers (Hg.), a.a.O., S. 353–357.

¹³ Das forumZFD erhielt diese Anerkennung im Jahr 2007.

¹⁴ EIRENE hat diese Zusammengehörigkeit in einer Organisation realisiert.

¹⁰ Abgedruckt in: Contacts (AGEH) Nr. 1, März 1999, S. 16/17.

der Regierung, nicht der Zivilgesellschaft; dem DED komme daher eine „dominierende Rolle“ zu, das Konsortium habe ausgedient.

Auch innerhalb des DED gab es neue Gesichter, die das so sahen. Entgegen dem Wortlaut des Rahmenkonzepts wurde versucht, die Ausbildung beim DED zu monopolisieren. Das mochten selbst die anderen Entwicklungsdienste so nicht hinnehmen. Sowohl im BMZ wie im DED waren es dann die erfahrenen Mitarbeiter¹⁷ auf der Arbeitsebene, die ihren Chefs die überholten Dominanzimpulse ausredeten. Es zeigte sich, dass die Kontroversen der vergangenen Jahre trotz aller Mühen so etwas wie ein Wir-Gefühl sowie einen Grund-Konsens des Vernünftigen hatten entstehen lassen. Das bestätigte sich bei der zehnten Sitzung am 25. Oktober 1999 in Berlin-Kladow, als zum letzten Mal „von oben“ versucht wurde, das Konsortium abzuschaufen – was am Konsens „von unten“ scheiterte.

Auch aus dem AA, das unter außenpolitischen Gesichtspunkten zu den Projekten zu votieren hat, kamen Schwierigkeiten: Es zeigte sich anfangs ängstlich und restriktiv gegenüber dem neuen Instrument und legte mehrfach sein Veto gegen Projektvorhaben ein. In seinem erwähnten Artikel über das Konsortium aus dem Jahr 2000 hatte Eckehard Fricke Anlass zu mahnen: „Der ZFD ist von seiner Grundidee her kein staatliches Programm. ... Insgesamt kommt den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Primat zu. ... Gerade in der Konfliktbearbeitung ist ein Mindestmaß an Unabhängigkeit in der Konzeption und Durchführung der Programme für die Nicht-Regierungsorganisationen unerlässlich.“ Der Unmut über diese Einflussversuche aus dem AA schweißte die Konsorten eher zusammen.

Allerdings wurde das gewachsene Einvernehmen auch intern noch ein letztes Mal strapaziert: Im November 1999 reichten die „Drei Großen“ DED, AGEH und DÜ dem BMZ ohne Absprache im Konsortium ein gemeinsames „Anforderungsprofil für Fachkräfte im ZFD“ ein. Darin wurde die Qualifizierung der künftigen Fachkräfte wieder als bloße Variante der bisherigen individuellen Vorbereitungs-Routinen der Entwicklungsdienste gezeichnet, entgegen dem BMZ-Rahmenkonzept, das darin eine besondere Aufgabe in der gemeinsamen Verantwortung von DED einerseits, AGDF und forumZFD andererseits gesehen hatte. Noch und wieder brach die schon gelöst geglaubte Frage auf, ob dem ZFD eine eigene Identität zukomme, oder ob es sich nur um eine neue Förderlinie des BMZ handelte, der mit wenig gewandelten EZ-Routinen Genüge getan werden konnte.

Als Gegenposition einigten sich die Friedensdienste am 9. November 1999 auf eigene Standards der Qualifizierung von Fachkräften, mit dem Tenor: „Konflikttransformation erfordert eine umfassende Qualifizierung durch ein auf Ganzheitlichkeit angelegtes Training, bevorzugt in Gruppen. Ein individueller, additiver Lernprozess ergänzt, aber nicht ersetzt.“¹⁸ Unausgesprochen, vielleicht auch noch unbewusst stand im Hintergrund die Frage: Entsteht im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung ein neues Berufsbild, Ja oder Nein?

Faktisch bestehen beide Verständnisse bis heute ungelöst neben einander; nicht zufällig nennen die Entwicklungsdienste ihre Routinen meist „Vorbereitung“, während die Friedensdienste von „Qualifizierung“ sprechen.

Auf seiner elften Sitzung – der ersten Sitzung im neuen Millennium – am 14. Januar 2000 konnte das Konsortium diese Störungen atmosphärisch aufarbeiten und zur bisherigen Zusammenarbeit zurückkehren. Der Dissens in der Sache blieb.

Inzwischen war Wichtiges geschehen: Vor der symbolischen Kulisse des kriegszerstörten Anhalter Bahnhofs in Berlin hatte die Entwicklungsministerin am 22. November 1999 die ersten zehn Friedensfachkräfte in ihre Projekte verabschiedet. Der ZFD war Wirklichkeit geworden.

Das Konsortium tagte weiter in raschem Rhythmus. Das war auch nötig, um all die offenen Fragen der begonnenen Umsetzung miteinander sowie mit dem BMZ zu besprechen. Das füllte weitere vier Sitzungen im Verlauf des Jahres 2000.¹⁹ Immer klarer verwandelte sich das Konsortium zur praxisbezogenen Arbeitsplattform. Die Zeit der politischen Abklärungen war vorerst vorüber.

2000: Ein erstes Gemeinschafts-Werk erscheint

Zu Recht hat es sich in nachfolgenden Jahren eingebürgert, den ZFD als ein Gemeinschaftswerk von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren zu bezeichnen. Das wäre unglaublich, hätte sich nicht auch zwischen den Konsorten auf der einen und den staatlichen Akteuren, insbesondere dem BMZ auf der anderen Seite so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt, entgegen dem anfänglich eher skeptischen Gegenüber. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war im Jahr 2000 die gemeinsame Arbeit an der Aufsatzsammlung „Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden“. Den Anstoß dazu hatte das forumZFD gegeben, in der Person von Tilman Evers, der auch als Herausgeber fungierte. Von der ersten Idee bis zum fertigen Sammelband verging weniger als ein Jahr. Das Ziel war, darin Konzept und Entstehung des ZFD zu dokumentieren und ihn in seinen zeitgeschichtlichen und friedenswissenschaftlichen Kontext zu stellen. Dabei sollten neben externen Fachleuten vor allem sämtliche staatlichen wie nichtstaatlichen Akteure des neuen Instruments zu Wort kommen.

Dass dies trotz enger Kalender und schwankender Motivation gelang, ist nicht zuletzt dem damals zuständigen Ministerialrat im BMZ Adolf Kloke-Lesch zu verdanken. Im Vorjahr 1999 war er der maßgebliche Verfasser des ZFD-Referentenentwurfs gewesen; dessen Verbesserungen auf dem Weg zum endgültigen ZFD-Rahmenkonzept des BMZ vom 9. Juni 1999 waren wesentlich seiner Fähigkeit und Bereitschaft zum Zuhören geschuldet. In den ersten Wochen des Jahres 2000 machte er nun den Zögernden klar, wie sehr das BMZ eine Mitwirkung aller Akteure an dem Publikationsvorhaben wünschte. So entstand ein 380 Seiten starker Band mit 32 fundierten Beiträgen, deren

Autorinnen und Autoren das gesamte Spektrum der damals am ZFD beteiligten Institutionen einschließlich BMZ und AA repräsentierten. Das erste Gemeinschafts-Werk war erschienen – ein Markstein der Erkennbarkeit des ZFD nach innen wie nach außen.

Eine weitere gemeinsame Aktion beendete das Jahr 2000, bei der auch das neugeschaffene (im DED angesiedelte) Sekretariat des ZFD erstmals als Akteur in Erscheinung trat: Es lud auf den 20. Dezember 2000 zu einem Workshop „Ein Jahr Ziviler Friedensdienst“ nach Bonn-Röttgen ein, dessen Ergebnisse es anschließend in einer Publikation dokumentierte. Die Öffentlichkeitsarbeit des Konsortiums war – noch keimhaft – geboren!

Epilog

Viele Jahre später. Das ehemalige Sekretariat des ZFD mit seiner Scharnier-Funktion zwischen Projektträgern und BMZ hat sich 2012 in eine Fachabteilung unter dem Dach der BMZ-eigenen Einrichtung Engagement Global gGmbH, Service für Entwicklungsinitiativen verwandelt. Zum Konsortium gehören inzwischen fünf trägerübergreifende Fachstellen, die jeweiligen Fachgruppen der Konsorten zuarbeiten: Für Öffentlichkeitsarbeit, Wissensmanagement, Finanzadministration, politische Strategie, sowie für Planung, Monitoring und Evaluierung.²⁰

Am 30. November 2016 stellte die Öffentlichkeitsarbeit des Konsortiums einen Text zum 17jährigen Bestehen des ZFD ins Netz. Die Überschrift lautete: „Konsortium Ziviler Friedensdienst – 17 Jahre für eine Welt ohne Gewalt.“²¹ Das legte den Schluss nahe, der Beginn der Projektarbeit Ende 1999 sei zugleich die Geburtsstunde des Konsortiums gewesen.

In Wirklichkeit hätte das Konsortium in jenen Tagen Ende 2016 bereits sein 20. Jubiläum feiern können. Waren die vorausliegenden drei Entstehungsjahre des Konsortiums mit all ihrer Dramatik sogar den nunmehr im Konsortium Beschäftigten nicht mehr bewusst? Mit dieser Frage wandte sich der Verfasser an die Fachstelle Öffentlichkeit des Konsortiums. „Gerne räume ich ein,“ so schrieb ich, „dass das Konsortium erst mit Beginn der praktischen Umsetzung des ZFD, also ab 1999/2000 zu seiner heutigen Gestalt eines praxisbezogenen Arbeitszusammenhangs fand. Davor ging es um Planspiele, ob und wie die damaligen Mitglieder der AGdD sich für die Idee eines ZFD würden öffnen können und wollen. ... Beteiligt waren bei diesen Treffen durchweg die politischen Spitzen der interessierten Organisationen. Ab 2000 ging das dann mit der Hinwendung zur Praxis auf die Arbeitsebene über. Der dafür wichtigste Schritt war freilich die Einigung im Konsortium auf ein gemeinsames Positionspapier zum ZFD vom 07.04.1999. Das ‚Rahmenkonzept‘ des BMZ vom 09.06.1999 ist in vieler Hinsicht die Antwort der staatlichen Seite auf dieses zivilgesellschaftliche Angebot; ohne diese Einigung hätte es den ZFD in der heute bewährten pluralen Trägerschaft entweder gar nicht oder so nicht gegeben.“

²⁰ Weil das Konsortium kein eigener Rechtsträger ist, sind diese Fachstellen pragmatisch bei unterschiedlichen Konsorten angesiedelt. – Die Idee zur Einrichtung solcher Fachgruppen stammt ebenfalls aus der Gründungszeit des Konsortiums. Sie lag der zehnten Sitzung des Konsortiums am 25.10.1999 als Tischvorlage des forumZFD vor.

²¹ www.frient.de/news/details/news/konsortium-ziviler-friedensdienst-17-jahre-fuer-eine-welt-ohne-gewalt

Auch die freundliche Antwort der Koordinatorin für Öffentlichkeitsarbeit Martina Rieken sei hier wiedergegeben: „Mir ist leider nicht bekannt, wer die ‚Geburtsstunde des ZFD‘ auf den Tag der ersten Ausreise von ZFD-Fachkräften gelegt hat, also auf den 22.11.1999. Damit arbeiten wir nun seit einigen Jahren. In der Außendarstellung wäre es nun vielleicht verwirrend, wenn wir plötzlich von 20 Jahre Konsortium ZFD und von 17 Jahre ZFD sprechen würden oder wenn wir nun auf einmal die Zeitrechnung um drei Jahre verändert hätten. Daher haben wir uns entschieden, bei den 17 Jahren zu bleiben – natürlich wissend, dass das Konsortium schon älter ist.“

Vielleicht haben ja beide Sichtweisen ihre Berechtigung: Die der Öffentlichkeitsarbeit, keine Verwirrung in der Außendarstellung zu stiften; und die der geschichtlichen Aufarbeitung, die den realen Entwicklungen gerade auch in ihren Wirrnissen gerecht werden will. Jedenfalls war dieser E-Mail-Wechsel ein wichtiger Anstoß, diese frühen Jahre des Konsortiums hier nachzuzeichnen.

Ich halte fest: Das Konsortium ist nicht im Gefolge des ZFD mit entstanden. Richtig ist das Umgekehrte: Hätte es den Vorlauf von drei Jahren im Konsortium nicht gegeben, wäre der ZFD nicht, jedenfalls nicht so rasch und nicht in pluraler, überwiegend zivilgesellschaftlicher Trägerschaft entstanden. Das hatte die Entwicklungsministerin bei der Verabschiedung des Rahmenkonzepts ausdrücklich anerkannt; sie nannte dieses Konzept eine „Vereinbarung“, die niemals zustande gekommen wäre, wenn das BMZ mit sieben Trägern je einzeln hätte verhandeln müssen.

Richtig ist: Ohne die politische Entscheidung der Ministerin wäre der ZFD wohl nicht, jedenfalls nicht mit diesem Regierungswechsel entstanden. Das Konsortium hätte dann den Millenniumswechsel kaum überlebt. Richtig ist aber auch: Der ZFD wäre ebenfalls nicht entstanden ohne die jahrelange Vorarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen, wie sie sich zuletzt im Konsortium verdichtete. Die politische Entscheidung war möglich, weil sie antworten konnte auf ein umsetzungsreifes Konzept, auf handlungsfähige und bereite Träger sowie auf erwiesene gesellschaftliche Zustimmung. Der ZFD war schon in seiner Entstehung: ein Gemeinschaftswerk.

¹⁷ Die weibliche Form entfällt – es waren in diesem Fall tatsächlich nur Männer
¹⁸ Abgedruckt in: T. Evers (Hg.), a.a.O., S. 361–365.

¹⁹ Zwölfte Sitzung am 22.02.2000 in Bonn; dreizehnte Sitzung am 17.05.2000 in Köln; vierzehnte Sitzung am 18.09.2000 in Neuwied; fünfzehnte Sitzung am 15.12.2000 in Berlin.

Eine Idee, deren Zeit gekommen war

Die Visionen der ersten Jahre und ihre Botschaft für heute
von Heinz Wagner

26. April 1997. Vor zahlreichen Gästen eröffnet in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung in Bonn der damalige Ministerpräsident Johannes Rau den ersten ‚Ausbildungskurs für zivile Konfliktbearbeitung‘, an dem 15 angehende Friedensfachkräfte teilnehmen werden. Aus organisatorischen Gründen können nur 12 von ihnen rechtzeitig in Bonn anwesend sein. Dies ermuntert einen Journalisten zu der skeptischen Frage an Johannes Rau, was er sich denn von dieser eher bescheidenen Zahl verspreche, angesichts des Gewalt- und Krisenpotenzials in der Welt? Die Organisatoren des Modellvorhabens, denen bewußt ist, welch’ zartes Pflänzchen sie da gerade in das Frühbeet setzen, halten die Luft an. Doch ‚Bruder Johannes‘ kontert gelassen: „Lieber Mann, unterschätzen sie diese Zahl nicht. Wie bekannt ist, hat sie sich vor 2000 Jahren als ausreichend für eine tiefgreifende Veränderung der Verhältnisse erwiesen.“¹

Zur Erinnerung: Im April 1997 war die Regierung Kohl in ihrem 15. Jahr. Zwölf Monate zuvor war die ‚Startphase Ziviler Friedensdienst‘² am Nein des Entwicklungsministers Spranger (CSU) gescheitert. Johannes Rau war zwar ein respektabler, aber doch ein Landespolitiker. Und dann so ein kleines Projekt. Was sollte daraus schon werden?

Im Rückblick kann man nur staunen. Heute ist der Zivile Friedensdienst ein beständig wachsendes, renommiertes Programm von neun Organisationen der Friedens- und Entwicklungsarbeit sowie des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Am Jahresende 2019 blickt der ZFD auf 20 Jahre seines Bestehens zurück. Nimmt man die konzeptionellen und politischen Vorarbeiten hinzu, sind es sogar bald 30 Jahre, die seit den ersten Überlegungen vergangen sind.

Ein Blick auf die Anfangsjahre in den Neunzigerjahren des letzten Jahrhunderts lässt die damaligen widersprüchlichen Erfahrungen zwischen großen Hoffnungen nach dem Ende der Blockkonfrontation einerseits – Stichwort Friedensdividende – und dem Schock sowie der Ernüchterung angesichts des ersten Golfkriegs und der jugoslawischen Bürgerkriege mit ihren Flüchtlingsbewegungen andererseits lebendig werden. Für die Aktivisten der ersten Jahre waren diese Hoffnungen und Enttäuschungen gleichermaßen Motivation und Antrieb zur Entwicklung des Zivilen Friedensdienstes, der mehr sein sollte als nur ein weiteres Projekt im sozial- und entwicklungspolitischen Nischenfeld der Bundesrepublik Deutschland.

Heute, fast 30 Jahre später, kann man sagen, dass es gelungen ist, den ZFD auf der politischen und gesellschaftlichen Bühne nachhaltig zu etablieren. Ein Projekt, das sich unter rot-grünen (1998 – 2005), schwarz-roten (2005 – 2009, 2013 – 2019) und

schwarz-gelben (2009 – 2013) Regierungen nicht nur behauptete, sondern kontinuierlich weiterentwickelte, hat offensichtlich die Überzeugungskraft, Menschen unterschiedlicher politischer Herkunft zu gewinnen. Es gibt also gewisse Gründe, den ZFD für das Erreichte zu würdigen und zu feiern und nicht der Gefahr zu erliegen, die Fortschritte gering zu schätzen. Lag der kritische Journalist im April 1997 also falsch und Johannes Rau behielt Recht? Das Gewalt- und Krisenpotenzial in der Welt ist ja nach wie vor erdrückend hoch. Das atomare Overkill-Potenzial ist ungebrochen und auch Deutschland hat seinen Teil daran. Die Rüstungskontrollregime verlieren ihre Wirkung und die Kontrahenten ihr Interesse an multilateralen Lösungen. Rüstungsforschung und -technologie ist weiterhin ein Treiber von Aufrüstungsspiralen und Deutschland mitführend im Rüstungsexport.

Natürlich kann die Lösung all dieser Probleme nicht von einem einzelnen Ansatz wie dem ZFD erwartet werden. Daraus ergibt sich die Frage, welchen Herausforderungen genau sich die Gründerinnen und Gründer³ stellten, welche Aufgaben sie anpacken wollten? Und von welchen Visionen haben sie sich leiten lassen? Im ersten publizierten Dokument zum ZFD heißt es: „Die Entwicklung eines ZFD ist ... in einem Stufenmodell über 20 Jahre denkbar.“⁴ Nun sind gerade in diesem Jahr diese 20 Jahre vollendet. Ein Anlass, heute noch einmal auf den Anfang zu blicken und die Frage zu stellen, ob das Erträumte und Gewünschte mit dem jetzt existierenden ZFD erreicht und somit bereits erfüllt ist? Oder ob der heutige ZFD doch hinter dem einst Erdachten zurück bleibt, und welche Herausforderungen sich dann aus dieser Differenz für die zukünftige Weiterentwicklung des ZFD ableiten lassen?

Die Visionen des Anfangs

Die innenpolitische Lage in den frühen Neunzigerjahren war von Aufbruch geprägt und von dem Gefühl, das jetzt endlich Vieles möglich sei. Die gewaltfreie Revolution in der DDR mit dem Fall der Mauer nährte die Hoffnung, dass es zunehmend gelingen könnte, die gewaltgestützten Instrumente der Politik – Krieg, Militär, autoritäre Entscheidungsstrukturen – zugunsten partizipativer, gewaltfreier Instrumente zurückzudrängen. Gleichzeitig gab es einen Überdruß an der zunehmend als starr empfundenen Regierung Kohl, die sich in der Sicherheitspolitik mit der out-of-area-Doktrin für die Bundeswehr eher für eine Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik positioniert hatte. Es galt in dieser Situation das zivilgesellschaftliche Element in der deutschen Innenpolitik zu stärken und gleichzeitig die gewaltfreien, pazifistischen Impulse aus der Friedensbewegung der 80er Jahre in ein konstruktives, professionelles Angebot für die Außenpolitik der Bundesrepublik einzubringen.

Fragt man nach den Motiven, Absichten und Visionen, die die Gründerinnen und Gründer des forumZFD in diesem politischen Umfeld bewegt haben, kann man beispielhaft auf drei

¹ Erstmals erwähnt in meinem Bericht über das NRW-Modellvorhaben, in: Tilman Evers (Hg.) Ziviler Friedensdienst. Fachleute für den Frieden, Leske+Budrich, 2000, S. 240.

² „Startphase Ziviler Friedensdienst“ wurde ein Projekt genannt, an dem neben dem forumZFD zahlreiche weitere Organisationen der Friedensbewegung beteiligt waren, die der Bundesregierung ein Angebot zur zivilen Konfliktnachsorge im ehemaligen Jugoslawien unterbreiteten. Nach Gesprächen mit Vertretern der Fraktionen unter Beteiligung katholischer und evangelischer Bischöfe lehnte insbesondere die CSU dieses Angebot ab. Siehe den Beitrag von Helga Tempel in dieser Publikation.

³ Den Ausdruck ‚Gründerinnen und Gründer‘ verwende ich im weiteren Text, wenn von den Aktiven der ersten Jahre die Rede ist. Dies waren nicht nur die damaligen Vorstandsmitglieder; um diese gab es einen weiteren Kreis von engagierten und kompetenten Menschen, die sich für die Idee einsetzten.

⁴ Ziviler Friedensdienst – Ohne Waffen – aber nicht wehrlos. Ein Konzept des Bundes für Soziale Verteidigung. April 1994, S. 20.

Dokumente aus den ersten Jahren zurückgreifen, in denen die Vision eines ZFD beschrieben ist, und in denen auch erste Konturen einer organisatorischen Gestalt vorgeschlagen werden. Da ist zuallererst das „kleine graue Heft“ mit dem Titel ‚Ziviler Friedensdienst – Ohne Waffen – aber nicht wehrlos. Ein Konzept des Bundes für Soziale Verteidigung‘⁵ aus dem April des Jahres 1994 zu nennen, das in der Verantwortung des Bundes für Soziale Verteidigung veröffentlicht wurde; das forumZFD existierte noch nicht als juristische Person (im Folgenden daher: BSV-Konzept). Mit diesem BSV-Konzept wurden erstmals nach mehrjähriger Diskussion auf Tagungen der Evangelischen Akademie Mülheim und im noch informellen Gesprächsforum Ziviler Friedensdienst Grundlagen für einen Zivilen Friedensdienst formuliert. Heute – nach 25 Jahren – liest sich dieses Papier immer noch sehr spannend und durchaus aktuell, vor allem wenn man bedenkt, dass es noch vor den nachfolgenden großen Diskussionsrunden mit wichtigen Kritikerinnen und Kritikern aus Entwicklungs- und Friedensdiensten sowie den Regierungs- und Oppositionsparteien verfasst wurde. So schrieben die Gründerinnen und Gründer damals zur politischen Einordnung:

„Die politische Situation ist heute weltweit geprägt von Krisen und Konflikten. Es geht dabei vielfach um Probleme von Minderheiten und um die Einhaltung der Menschenrechte, einschließlich der Möglichkeit zur demokratischen Partizipation. Gleichzeitig finden Kämpfe um die Verteilung von Ressourcen und wirtschaftlichen Einfluss statt. In Deutschland – wie auch in anderen europäischen Staaten – breiten sich zunehmend Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aus. In all diesen Konflikten wächst die Bereitschaft zur Gewaltanwendung bis hin zum Mord; Brandanschläge auf Ausländerinnen und Ausländer und die blutige militärische Gewalt im Krieg im Balkan sind nur die Spitze des Eisbergs.“⁶

Dann, im Februar 1996 gründete der Gesprächskreis das Forum Ziviler Friedensdienst als eingetragenen Verein. Die kontroversen politischen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit dem Friedensschluss von Dayton und Diskussionen mit Bundestagsabgeordneten im Rahmen einer interfraktionellen Initiative führten im November 1997 zu einer Anhörung vor dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des deutschen Bundestages zum Thema ‚Konfliktprävention – Ziviler Friedensdienst‘, zu dem das forumZFD eingeladen wurde. Auch wenn dieses Hearing unmittelbar folgenlos blieb und für die laufende Legislaturperiode zu spät kam – die Regierung Kohl/Genscher hatte sich bereits ein Jahr zuvor gegen einen ZFD entschieden -, konnten so die Grundlagen eines ZFD noch einmal auf politischer Bühne dargestellt werden. Dieses Statement des Forum Ziviler Friedensdienst⁷ (im Folgenden Hearing-Statement) ist das zweite hier berücksichtigte Dokument.

Im Herbst 1998 veränderten sich mit der Bundestagswahl die politischen Rahmenbedingungen für den ZFD grundlegend. Mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen kamen zwei Parteien an die Regierung, die bereits in den Jahren zuvor Bausteine einer neuen Friedenspolitik entwickelt hatten und das Konzept eines ZFD auch parlamentarisch unterstützten. So fand sich die Absicht, einen ZFD aufzubauen, im Koalitionsvertrag wieder. Nachdem sich jahrelang wenig bis gar nichts getan hat, kam nun plötzlich Bewegung in die Szene, und eine interne wie auch öffentliche Debatte setzte vor allem darüber ein, wer den ZFD durchführen sollte.⁸ Um in dieser durch Konkurrenz geprägten Debatte nicht beiseite geschoben zu werden, veröffentlichte der forumZFD-Vorstand im Februar 1999 ein ‚Memorandum – Ziviler Friedensdienst: Eine aktuelle Herausforderung‘⁹ – das dritte Referenzdokument für diese Analyse (im Folgenden Memorandum) – und präsentierte darin seine inhaltlichen Positionen und die Bereitschaft, am Aufbau des ZFD mitzuarbeiten.

Diese drei Dokumente sollen im Folgenden daraufhin untersucht werden, welche Visionen, Ziele und organisatorischen Vorstellungen im Forum Ziviler Friedensdienst am Anfang der Debatte um einen ZFD entwickelt wurden. Auch wenn klar ist, dass diese Debatte um den ZFD in den späteren Jahren von vielen weiteren Akteuren geführt wurde und sich an der Umsetzung neben dem BMZ neun Organisationen beteiligten¹⁰, soll hier der Frage nachgegangen werden, was letztlich aus diesen Anfangsvisionen des forumZFD geworden ist. Dabei soll es zunächst um Vorstellungen zur konkreten Gestalt und Organisation des ZFD gehen, um dann die Untersuchung auf weiter reichende gesellschaftliche Zielvorstellungen auszudehnen. In einem Vergleich mit dem heute erreichten Stand soll dann versucht werden, die Differenz zwischen damaliger Vision und heutiger Wirklichkeit des ZFD genauer zu beschreiben, um am Ende offene Fragestellungen, Herausforderungen und Vorschläge für die Zukunft benennen zu können.

Kernkonzept 1994: Wie der ZFD funktionieren kann

Bei der Konzipierung eines ersten Organisationsmodells konnten sich die damaligen Akteure kaum auf Vorbilder beziehen. Es gab u. a. einige Informationen über Gandhis Konzept einer ‚shanti sena‘ (Friedens-Armee)¹¹, aber nur wenige Hinweise, wie diese im Detail organisiert war. Auch fehlten in der Friedensbewegung kontinuierliche Erfahrungen über internationale Projekte mit Personalentsendung. Es war also Neuland, das hier betreten wurde; dabei gelang den Gründerinnen und Gründern ein erstaunlich realistischer erster Ansatz. So finden wir im BSV-Konzept:

⁵ Siehe „Das erste Konzept“, S. 39 ff.

⁶ BSV-Konzept, a.a.O., S. 7.

⁷ Konfliktprävention – Ziviler Friedensdienst. Deutscher Bundestag, Anhörung des Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Statement des Forum Ziviler Friedensdienst. 12.11.1997.

⁸ Vor allem der Deutsche Entwicklungsdienst positionierte sich öffentlich als kommender Träger des ZFD.

⁹ Ziviler Friedensdienst: Eine aktuelle Herausforderung. Memorandum des Forum Ziviler Friedensdienst. Februar 1999.

¹⁰ Dies waren AGDF, AGEH, DED, EIRENE, EED, forumZFD, Kurve Wustrow, PBI, Weltfriedensdienst.

¹¹ Vgl. Uwe Trittman, Geschichte einer Idee – Das Forum Ziviler Friedensdienst, in: Tilman Evers (Hg.), a.a.O., S.146.

„Der Zivile Friedensdienst ist ein staatlich geförderter und finanzierter freiwilliger Dienst, der Männer und Frauen jeden Alters dazu befähigen soll, mit gewaltfreien Mitteln planvoll in Krisen und gewaltsame Konflikte einzugreifen. ... Träger sind freie Organisationen, die nach dem Subsidiaritätsprinzip durch staatliche Rahmenbedingungen zu diesem Dienst befähigt werden. Ein staatlich organisierter Dienst ist daneben möglich.“¹²

Die nach der Veröffentlichung des BSV-Konzepts einsetzende Diskussion präziserte und differenzierte diese ersten Vorschläge. Im Statement für das Bundestagshearing heißt es schon:

„Der Zivile Friedensdienst zielt darauf ab, die Idee der aktiven Gewaltfreiheit in den innergesellschaftlichen und internationalen Auseinandersetzungen zu stärken und durch eine Institutionalisierung eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Konzepts einzuleiten. Er ist als Friedensfachdienst zu verstehen, der mittels ausgebildeter Fachkräfte gewaltvermindernd und –vorbeugend auf Konflikte im In- und Ausland einwirkt. Er ist plural organisiert, in ihm arbeiten zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen zusammen. Der ZFD wendet sich an Männer und Frauen jeden Alters. Das Mindestalter liegt bei 23 Jahren. ... Ein ZFD ist nur als Freiwilligendienst denkbar.“¹³

Schließlich wird im Memorandum vom Februar 1999 die „Unabhängigkeit“ eines Zivilen Friedensdienstes in pluraler gesellschaftlicher Trägerschaft als „wesentliches Kriterium seiner Glaubwürdigkeit und seines Erfolges“ eingefordert. Die Errichtung eines ZFD soll dabei von folgenden Grundsätzen geleitet sein:

„das Vielseitigkeitsprinzip (unterschiedliche Lebens-, Berufs- und Konflikterfahrungen der Fachkräfte), das Internationalitäts-Prinzip (Frauen und Männer unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft), das Team-Prinzip (Effektivität und Sicherheit der Akteure) und das Partnerschafts-Prinzip (Zusammenarbeit mit einheimischen NRO).“¹⁴

Deutlich wird noch vor Beginn der praktischen Umsetzung die Ausdifferenzierung und Präzisierung der ersten Konzepte. Welche dieser Vorstellungen und Ideen haben nun Eingang gefunden in die heutige organisatorische Gestalt des ZFD?

Über die Jahre hinweg hat es zwischen den beteiligten, im Konsortium Ziviler Friedensdienst¹⁵ zusammenarbeitenden Organisationen und dem BMZ vielfältige inhaltliche und strukturelle Debatten gegeben mit den daraus resultierenden Entwicklungen, einschließlich der damit unvermeidlich einhergehenden Konflikte. Auf die Zwischenstadien soll hier nicht näher eingegangen werden. Vielmehr werden hier die Ergebnisse des mehrjährigen Reformprozesses im ZFD betrachtet, der nach einer Evaluierung

¹² BSV-Konzept, a.a.O., S. 6.

¹³ Bundestagshearing, S. 3.

¹⁴ Memorandum, S. 2.

¹⁵ Siehe den Beitrag von Tilman Evers in dieser Publikation.

des ZFD im Jahr 2011 stattfand. Diese Ergebnisse finden sich in der Handreichung ‚Ziviler Friedensdienst (ZFD) – Grundlagen, Akteure und Verfahren des ZFD‘, die vom Konsortium ZFD und dem BMZ herausgegeben wurde¹⁶. Eine ausführliche Darstellung dieser umfangreichen Handreichung würde den hier zur Verfügung stehenden Rahmen sprengen. Aber bereits ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis (s.u.) und einige ausgewählte Zitate machen deutlich, dass sich die Visionen des Anfangs in der aktuellen Gestalt des ZFD widerspiegeln. So heißt es im ersten Kapitel ‚Ziviler Friedensdienst kompakt‘:

„Als ein gemeinsam von Staat und Zivilgesellschaft getragenes Programm leistet der Zivile Friedensdienst einen wirksamen Beitrag zur gewaltfreien Konflikttransformation. Das BMZ fördert den ZFD im Sinne einer subsidiären Umsetzung der Ziele deutscher Entwicklungs-, Friedens- und Außenpolitik. (...)

Der ZFD ist im Grundsatz konzipiert als zeitlich befristeter Dienst von qualifizierten Fachkräften, durch den Menschen und Organisationen in Konfliktländern in ihrem Einsatz für den Frieden gestärkt werden. Die Fachkräfte tragen ihre im Partnerland erworbenen Perspektiven und Erkenntnisse während der Dienstzeit im Ausland und nach der Rückkehr in die eigene Gesellschaft zurück und setzen sich für friedenspolitische Anliegen ein. Die Aufgaben im Rahmen des ZFD zeichnen sich aus durch die gezielte Förderung der gewaltfreien Transformation von Konflikten und Konfliktpotenzialen sowie der Prävention und Nachsorge von Gewaltkonflikten.“¹⁷

Bereits in diesem kurzen Absatz finden sich viele Kernelemente der ZFD-Vision aus den 90er Jahren wieder. Neben der pluralen gesellschaftlichen Trägerschaft, der subsidiären staatlichen Finanzierung und einer planvollen Fokussierung auf gewaltfreie Konflikttransformation ist die für den ZFD gewählte Struktur von besonderem Interesse. Es geht um die gleichwertige Trägerschaft von Staat und Zivilgesellschaft im Gemeinschaftswerk. Sie wird wenige Sätze vorher noch präzisiert. „Steuerung und Ownership (werden) einvernehmlich durch das Konsortium ZFD und durch das BMZ wahrgenommen“.

Auch wenn mit dieser Konstruktion des Gemeinschaftswerkes eher eine gegenseitige Abhängigkeit voneinander als eine Unabhängigkeit beschrieben ist, ist sie doch für europäische Maßstäbe außergewöhnlich und auch in Deutschland, wo es einige Modelle staatlich-zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit gibt, besonders. Für die inhaltliche Ausgestaltung der Projekte bleibt den Trägerorganisationen eine weitgehende Eigenverantwortung im Rahmen der gemeinsam verabredeten Standards. Und unter finanzrechtlichen Gesichtspunkten wäre eine völlige Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Finanzierung durch den Bundeshaushalt auch ein nicht wünschenswerter Präzedenzfall, da die Zweckbindung und Nachprüfbarkeit der korrekten Verwendung von Steuergeldern natürlich ein hohes Gut ist.

¹⁶ Handreichung ZFD, BMZ 2014.

¹⁷ Handreichung ZFD, Kapitel 1, S. 2.

Erstaunlich ist allerdings, dass es gelungen ist, eine staatliche Behörde für eine derartige weitgehende Kooperation im Feld der auswärtigen Politik zu gewinnen. In diesem über mehrere Jahre laufenden Prozess haben beide Seiten einen langen Lernweg zurückgelegt. Und wiederum ist erstaunlich, dass beide Seiten diesen Prozess und das erzielte Ergebnis als positiv bewerten. Im Laufe der Jahre hat dieser Entwicklungsprozess zum Aufbau nachhaltiger Arbeitsstrukturen beim Konsortium ZFD geführt. So gibt es inzwischen neben den vierteljährlichen Sitzungen des Konsortiums auch Vollversammlungen, sowie Fach- und Arbeitsgruppen zur Finanzadministration, Öffentlichkeitsarbeit, zu Planung, Monitoring und Evaluierung, zu Politik und Strategie und zum Wissensmanagement. Diese Arbeit im Rahmen des Gemeinschaftswerks wird begleitet von sechs hauptamtlichen Mitarbeitenden, die bei Trägerorganisationen angesiedelt sind.

Die Breite der Reflexion und der anschließenden Arbeit spiegelt sich auch in den Kapitelüberschriften der ZFD-Handreichung wider:

*„Ziele, Identität und Werte (Kapitel 2)
Trägerübergreifende Länderstrategiepapiere (Kapitel 3)
Wirkungsorientierung (Kapitel 4)
Arbeitsansätze und Ressourcen im Ausland (Kapitel 5)
Gender, Menschenrechte und Konfliktsensibilität im ZFD (Kapitel 6)
Strukturen des ZFD in Deutschland (Kapitel 7)
Mittelbewirtschaftung im ZFD (Kapitel 8)
Qualitätsstandards und Qualitätssicherung (Kapitel 9).*

Alle weiteren in den 90er Jahren postulierten Prinzipien (Vielseitigkeit, Internationalität, Teamarbeit, Partnerschaft) werden unter diesen Kapiteln bearbeitet. Wobei die heute gefundenen Standards weit über die damalige Reflexionstiefe hinausgehen. Die Wirksamkeit dieser professionellen Konfliktbearbeitung kann man heute auf der Webseite des Konsortiums ZFD erkunden. Dort werden unter dem Motto Frieden kann! u. a. 20 Projekte vorgestellt, die eindrucksvoll zeigen, wie mächtig Friedensarbeit ist und wofür es sich konstruktiv zu streiten lohnt.¹⁸

Fachleute für den Frieden

Von Anfang an drehten sich die Überlegungen zum ZFD nicht nur um die Projekt- und Organisationsstruktur. Eine grundlegende Ausbildung für eine professionelle Arbeit war für die Gründerinnen und Gründer unverzichtbarer Teil einer ZFD-Vision. Schon sehr früh wurde vom forumZFD für die Öffentlichkeitsarbeit und die Werbung für den ZFD der Claim „Frieden braucht Fachleute“ verwendet, auch um die provozierende Parallele zur Ausbildung von Soldaten zu betonen. Nicht zufällig war das zweite große Konzeptpapier des forumZFD ein Ausbildungsplan für die Freiwilligen des Zivilen Friedensdienstes¹⁹, mit dem ein einjähriges Curriculum vorgeschlagen wurde. Und auch der Einstieg in die praktische Arbeit am ZFD er-

folgte mit dem 1997 von der Landesregierung NRW geförderten „Modellvorhaben Ausbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung“²⁰ im Bildungsbereich. Als dann 1999 das Rahmenkonzept „Ziviler Friedensdienst – Ein neues Element der Entwicklungszusammenarbeit“ vom BMZ mit fachlicher Beratung durch das Konsortium ZFD geschrieben wurde, gelang es, den Ausbildungsaspekt dort zu verankern:

„Die Qualifizierung von Fachkräften für ZFD-Einsätze wird vom DED, dem Forum Ziviler Friedensdienst e. V. und der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e. V. (AGDF) in gemeinsamer Verantwortung durchgeführt. In diesem Rahmen wird auch das Modellvorhaben „Ausbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung“ einbezogen.“²¹

Die praktische Ausgestaltung verlief jedoch anders und schwieriger als vom forumZFD erhofft. Wurde bereits im Rahmen des Modellvorhabens aus Kostengründen die Dauer des Curriculums von einem Jahr auf drei, später vier Monate verkürzt, war den anerkannten Entwicklungsdiensten das Qualifizierungsangebot mit einer Dauer von vier Monaten noch deutlich zu lang und nach ihrer Auskunft nicht kompatibel mit den Erfordernissen ihrer eigenen Entsendeverfahren. Die Nutzung der Kurse war dementsprechend zögerlich. Die Friedensdienste argumentierten, eine dem Erwachsenenlernen angemessene Grundqualifizierung, in der auch persönlichkeitsveränderndes Lernen stattfindet, brauche auch angemessene Zeit. Doch die Entwicklungsdienste hielten entgegen, dass ihre Personalauswahl diese Grunderfahrungen bereits berücksichtige und sie insofern größeren Bedarf an kürzeren Spezialisierungsmodulen hätten. Diese Debatte dauerte lange Jahre an und wurde letztendlich pragmatisch gelöst, indem einerseits verbindliche Standards für die Qualifizierung der Fachkräfte vereinbart und andererseits beide Formate nebeneinander angeboten wurden.

Die am Modellvorhaben beteiligten Organisationen AGDF, Ökumenischer Dienst, Kurve Wustrow und BSV zogen sich im Jahr 2002 aus dem Qualifizierungsverbund zurück. Seither liegt die organisatorische Zuständigkeit für die Qualifizierung beim forumZFD, das zwei Jahre später die Akademie für Konflikttransformation als Träger der Qualifizierung gründete. Nach und nach verschmolzen auch die Qualifizierungsangebote des DED, später dann der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), zunehmend mit den Angeboten der Akademie. Mittlerweile haben über die Akademie mehr als 600 Fachkräfte das Zertifikat für die Arbeit im ZFD erworben. Sie ist inzwischen eine international anerkannte Fortbildungseinrichtung im Feld der Konflikttransformation. Damit kann der im Memorandum von 1999 formulierte Anspruch als eingelöst betrachtet werden. Dort heißt es:

¹⁸ www.ziviler-friedensdienst.org

¹⁹ Ausbildungsplan – Für die Freiwilligen des Zivilen Friedensdienstes, forumZFD, Minden Januar 1996, in Zusammenarbeit mit dem BSV – veröffentlicht noch vor der Vereinsgründung als e. V.

²⁰ Siehe Dokumentation des Modellvorhabens „Ausbildung in Ziviler Konfliktbearbeitung“, forumZFD, Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden AGDF, BSV, Kurve Wustrow, 1998.

²¹ Rahmenkonzept „Ziviler Friedensdienst – Ein neues Element der Entwicklungszusammenarbeit“, BMZ, 1999, Abschnitt 4: Organisation des ZFD.

„Ein professionell arbeitender Ziviler Friedensdienst bedarf einer Ausbildung, die sich am aktuellen Stand der fachlichen Diskussion und praktischen Erfahrung orientiert. Das forumZFD bietet deswegen in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen qualifizierte mehrmonatige Ausbildungsgänge an.“²²

Die Akademie für Konflikttransformation führt mittlerweile jährlich zwei englischsprachige, zehnwöchige Vollzeitkurse durch und einen zehnmonatigen berufs begleitenden Kurs auf Deutsch, für bis zu 38 Teilnehmende. Alle Kurse können jeweils mit einem Zertifikat „Friedens- und Konfliktberater*in“ abgeschlossen werden. Als professionelle, fachliche Weiterqualifizierung für 45 Teilnehmende werden zusätzlich Online-Seminare angeboten, die ortsunabhängig genutzt werden können. Seminare²³ zu grundlegenden oder spezifischen Themen der Konflikttransformation, die im Verbund mit den Vollzeitkursen durchgeführt werden, runden das Angebot ab. Für insgesamt 75 Teilnehmende werden Orientierungstage „Friedensarbeit als Beruf“ ebenfalls dreimal jährlich angeboten.

Alternative zum Militär

Natürlich hatten die Aktiven der ersten Zeit nicht nur den organisatorischen und strukturellen Aufbau eines ZFD im Sinn. Aber vielleicht gerade weil der Horizont so weit gespannt war, konnte es gelingen, enorme Kräfte für die Realisierung dieser ersten Ziele freizusetzen. Was waren das für weitreichende Visionen, und was ist aus den angedachten gesellschaftlichen Veränderungen geworden?

Bereits im ersten BSV-Konzept (1994) findet sich der Hinweis, das Konzept des ZFD „stellt eine konstruktive Alternative zu Militäreinsätzen dar.“²⁴ Damit wird eine friedenspolitische Sehnsucht angesprochen, nämlich eine funktionierende Alternative zum Militär zu entwickeln und in den Zeiten beginnender Auslandseinsätze der Bundeswehr ein entsprechendes Angebot an die Politik zu machen. In allen Jahren seines Bestehens wurde und wird der ZFD immer wieder mit dieser friedenspolitischen Vision konfrontiert. Dazu beigetragen haben auch die personalpolitischen Vorstellungen, die in der Anfangsphase entwickelt wurden. So heißt es im BSV-Konzept von 1994:

„Die dritte Phase (Ausbauphase) führt den bereits in seiner Grundkonzeption existierenden ZFD schrittweise (...) an die personelle Sollstärke von etwa 100.000 Mitarbeiterinnen heran (...), so dass nach 20 Jahren der ZFD seinen voll entwickelten Umfang erreicht.“²⁵

Diese aus heutiger Sicht absurd große Zahl verweist auf eine Debatte der Anfangszeit mit der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg EKIBB, in der es um die Anbindung des ZFD

²² Memorandum, a.a.O., S. 2.

²³ 8 Seminare, zu denen zusätzlich 48 Plätze für Einzelbucher angeboten werden. – Alle Zahlen: Angebote Jahresprogramm 2018.

²⁴ BSV-Konzept, a.a.O., S. 4.

²⁵ BSV-Konzept, a.a.O., S. 20.

an die Wehrpflicht ging, als dritte Säule neben Militärdienst und Zivildienst. In diesem Sinne wäre dann der ZFD tatsächlich Alternative zum Militär gewesen. Aber fachliche Gründe führten dann sehr schnell zu der Einsicht, dass Konfliktbearbeitung mit Zehntausenden von Achtzehnjährigen nicht funktionieren wird. Und bereits im Hearings-Statement distanziert sich das forumZFD von dieser Position:

Im BSV-Konzept von 1994 „ist die Rede von bis zu 100.000 Menschen, die im Laufe der Jahre die Qualifikation für den ZFD erwerben sollten. (...) Mit der Entwicklung eines Zivilen Friedensdienstes als Fachdienst hat das forumZFD Abstand genommen von der Position von 1994.“²⁶

Und ein Jahr später verabschiedet die Mitgliederversammlung des forumZFD eine noch deutlichere Stellungnahme mit dem Titel „ZFD und Militär“. Dort heißt es:

„Der ZFD gewinnt sein Profil nicht als Alternative zum Militär, da anders als Militäraktionen die eigenständigen NGO-Bemühungen um zivile Lösungen

- viel früher und gewaltfrei ansetzen
- differenzierter die Ursachen und ökonomischen Bedingungen in den Blick nehmen
- nicht auf der Sicherheit basieren, ‚richtige‘ Auffassungen zu den jeweiligen Konflikten zu haben
- nicht im Rahmen staatsbezogener Interessen und Befriedungsstrategien und
- nur in Ausnahmefällen als ‚Intervention‘ erfolgen.“²⁷

Im Memorandum finden sich zu diesem Thema keine Beiträge. Das ist nicht verwunderlich, da sich dieses Papier mit dem Anliegen an staatliche Institutionen (Bundestag, BMZ-Ministerium) wendet, das forumZFD beim Aufbau des ZFD zu beteiligen. Ein Diskurs der Frage ‚Alternative zum Militär‘ wäre dabei wenig förderlich gewesen.

Mit dieser Entkoppelung sowohl vom Militär als auch von dessen Abschaffung wurde zumindest für die Projektarbeit des ZFD eine entscheidende Weiche gestellt. Schwerpunkt war nun die Entwicklung der praktischen Arbeit zu einer möglichst großen Professionalität und Wirksamkeit, um die bei der Politik in der Lobbykampagne geweckten Erwartungen zu erfüllen. Dass dennoch die Konkurrenz zum Militär auch weiterhin ein wichtiges Thema der politischen Öffentlichkeitsarbeit blieb, wird in der weiteren Analyse deutlich.

Die Vision einer Überwindung militärischer Sicherheitspolitik setzt zweierlei voraus. Zum einen ein Umdenken der Öffentlichkeit (und dann der Politik), um der Gewaltfreiheit und zivilen Methoden zumindest Vorrang einzuräumen. Und schließlich zum anderen natürlich die daraus resultierende konsequente politische Umsetzung, die sich immer an den jeweils investierten Steuergeldern und Bundeshaushaltsbudgets ablesen lässt. Die bereits aufgezeigte Entwicklung des forumZFD zu einer

²⁶ Bundestagshearing, S. 6.

²⁷ ZFD und Militär, Beschluss der MV, forumZFD, 1998.

realpolitischen Praxis kann auch in dieser Frage nachgezeichnet werden. So wird zunächst im BSV-Konzept ein wirklich visio-näres Szenario aufgemacht:

„Die Umsetzung des Konzepts (eines ZFD) ist ein Projekt der Rüstungskonversion, denn die Mittel, die bisher für Rüstung und Militär ausgegeben wurden, sollen für zivile Zwecke verwandt werden. Folgende Umschichtungen von Geldern des Verteidigungshaushaltes sind notwendig:

Pilotphase:
*ca. 50 Mio. DM/jährlich
(etwa 0,1 % des Verteidigungshaushalts)*

Aufbauphase:
*ca. 2,5 Mrd. DM/jährlich
(etwa 5 % des Verteidigungshaushalts)*

Ausbauphase:
*ca. 10 Mrd. DM/jährlich
(etwa 20 % des Verteidigungshaushalts)*

Endstufe:
*25 Mrd. DM/jährlich
(etwa 50 % des Verteidigungshaushalts)*

Ein voll ausgebauter Ziviler Friedensdienst verursacht jährlich Kosten, die weit unter denen liegen, die heute für Rüstung und Militär aufgebracht werden.²⁸

Drei Jahre später heißt es im Text zum Bundestags-Hearing:

„Dies (die finanzielle Unterstützung von Friedensfachdiensten) jedoch zu Lasten z. B. der Entwicklungshilfe oder der Sozialen Friedensdienste gehen zu lassen, lehnen wir ab. Wir anerkennen, dass es in Zeiten finanzieller Knappheit schwierig ist, Gelder für neue Aufgaben freizustellen. Gleichzeitig aber gilt: Der Verzicht auf die Weiterentwicklung Ziviler Konfliktbearbeitung wird langfristig beträchtlich höhere Kosten zur Folge haben. Er wird sich als Verzicht auf politische Gestaltungsmöglichkeiten erweisen. Es muss leider erneut und immer wieder beklagt werden: Die politischen Signale stehen zur Zeit für ein Festhalten an einer unzeitgemäßen, überdimensionierten militärischen Sicherheitsstruktur und für die Bereitschaft, dafür immense Kosten in Kauf zu nehmen. Was bundespolitisch überfällig ist und dringend fehlt, ist ein politisches Signal für die Unterstützung ziviler Konfliktbearbeitung.“²⁹

Betrachtet man die Entwicklung der ZFD-Finanzierung, stellt man fest, dass auch diese Einschätzung sehr nah an der Realität war. Das Budget des ZFD stieg von 1,4 Mio. Euro im Jahr 1999 auf nunmehr 55 Mio. Euro im Haushalt 2019. Das durchschnittliche Wachstum von 2,7 Mio. Euro jährlich über einen so langen Zeitraum ist ein Beleg für die Akzeptanz, die der

ZFD inzwischen auf der politischen Bühne genießt. Auch der BMZ-Einzelplan 23 ist in diesen Jahren deutlich gewachsen³⁰, so dass die ZFD-Förderung tatsächlich nicht zu Lasten der Entwicklungspolitik ging.

Gemessen jedoch an den Wunschträumen der Neunzigerjahre ist der ZFD zwar aus der Pilotphase des BSV-Konzepts (umgerechnet in Euro 25,6 Mio.) inzwischen deutlich herausgewachsen. Allerdings schon die zweite Stufe von vier des damaligen Plans, die Aufbaustufe mit 1,28 Mrd. Euro jährlich, liegt in unerreichbarer Ferne. Doch langsames Wachstum hat auch sein Gutes. Die am ZFD beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen wären vermutlich mit dem damals angedachten Wachstum völlig überfordert gewesen, da ein solcher Umfang auch entsprechende, aber noch nicht vorhandene Strukturen vorausgesetzt hätte. Ein Scheitern der Nichtregierungsorganisationen hätte vermutlich zur Folge gehabt, dass das aktuelle Modell eines Gemeinschaftswerks nicht zustande gekommen wäre.

Der Zivile Friedensdienst hat, auch wenn er auf einem guten Weg ist, nicht den Umfang erreicht, den seine Gründerinnen und Gründer sich gewünscht hätten. Wenn das Ziel also so weit verfehlt wird, liegt dann nicht der Schluss nahe, der Aufwand habe sich nicht gelohnt? Der niederländische Historiker Rutger Bregman, der auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos eine kritische Rede zur Steuerpraxis der Reichen gehalten hat (mit einer ihn selbst völlig überraschenden riesigen Resonanz im Internet), ist da ganz anderer Meinung: „Jeder Meilenstein der Zivilisation war einmal eine utopische Fantasie. Wir müssen groß denken. (...) die Politiker kommen immer erst am Ende. Echte Veränderung kommt immer von den gesellschaftlichen Rändern.“³¹

Bewusstsein für Friedensarbeit stärken

Besorgniserregend ist eine andere Entwicklung. Während in den 90er Jahren die Zeichen auf globaler Abrüstung standen und in diesem Umfeld weitgehende Rüstungskonversionsphantasien auch eher plausibel erschienen, zeichnet sich heute immer deutlicher eine globale Phase drastisch steigender Militärausgaben ab. Das besonders von den USA forcierte Ziel, die Rüstungsausgaben auf 2 % des Nationaleinkommens zu erhöhen, treibt den Rüstungsaufwand in der Bundesrepublik auf ein irrationales Niveau. In dieser aktuellen Auseinandersetzung muss man nüchtern zur Kenntnis nehmen, dass es bisher nicht gelungen ist, tatsächlich Mittel aus dem Feld der Sicherheitslogik abzuziehen und kontinuierlich in das Feld der Friedenslogik zu reinvestieren. Das forumZFD arbeitet mit Kampagnen zwar immer wieder an dieser Herausforderung, aber die institutionellen Beharrungskräfte bewirken, dass die Erfolge eher symbolisch bleiben.

Eine Vision, die davon ausgeht, dass 50 % des Rüstungshaushalts in einen Zivilen Friedensdienst konvertiert werden, setzt einen großen politischen Rückhalt in der Bevölkerung für dieses Projekt voraus. Zumindest wird angenommen, dass dieser Rückhalt durch Information, Werbung und gute Arbeit

³⁰ Einzelplan 23 ist die Bezeichnung des BMZ-Etats im Bundeshaushaltsplan. Im Jahr 1999 betrug er 7,76 Mrd. DM, umgerechnet 3,97 Mrd. Euro. Bis zum Jahr 2019 wuchs er auf 10,2 Mrd. Euro an.

³¹ Wir müssen das Biest Kapitalismus zähmen – Interview mit dem Autor Rutger Bregman, Frankfurter Rundschau, 09.–10.02.2019, S. 16/17.

herzustellen ist. Das BSV-Konzept formulierte diese Hoffnung auf Breitenwirkung folgendermaßen:

„In der Bundesrepublik trägt er (der ZFD) durch sein Wirken, das von der Mitarbeit vieler Bürgerinnen und Bürger lebt, zur Weiterentwicklung der Demokratie, des Verantwortungsbewusstseins und gewaltfreier Handlungskompetenz bei.“³²

Angesichts der aktuellen Entwicklungen muss man allerdings fragen, welchen Stellenwert und damit auch Rückhalt der ZFD im Wettstreit der Tagesthemen um Aufmerksamkeit, Gewicht und somit politische Bedeutung tatsächlich hat? Mit der Nachrangigkeit des ‚Gedöns‘, mit dem keine Wahlen zu gewinnen sind (wie Kanzler Gerhard Schröder dann und wann zu sagen pflegte), muss man immer rechnen. Aber muss selbst die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul (SPD), in deren Amtszeit der ZFD aufgebaut wurde, so denken? Auf die Frage nach der Bedeutung des ZFD antwortete sie vor 14 Jahren in einem Interview mit dem forumZFD noch ganz optimistisch:

„Ich sehe im ZFD ein ganz wichtiges Element einer stärker friedenspolitisch ausgerichteten Entwicklungspolitik. Seine Stärke liegt darin, dass es sich hier um eine gemeinsame Initiative von Zivilgesellschaft und staatlicher Seite handelt. Das ist entscheidend, denn die Zivilgesellschaft ist ein zentraler Partner ...“³³

Bleibt der Veränderungsdruck der Zivilgesellschaft allerdings aus, so verblasst ganz offensichtlich die Wichtigkeit, zumindest die Erinnerung auch bei einer Politikerin, die einst selbst viel für den ZFD getan hat. Im Herbst 2018, 20 Jahre nach Beginn der rot-grünen Regierung, wurde Heidemarie Wiecek-Zeul gebeten, eine Leistungsbilanz der Regierung Schröder/Fischer zu ziehen.³⁴ Auch wenn es natürlich schwierig ist, in einem kurzen Beitrag für eine Tageszeitung die Verdienste von sieben Jahren Regierungsarbeit zusammenzufassen, verwundert es doch, dass gerade sie in dieser Bilanz die strukturellen Fortschritte in der Friedenspolitik mit keinem Satz erwähnt. Dazu gehörte nicht nur der ZFD, auch die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung oder des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze fielen in diese Zeit. Eine Erklärung für diese Auslassung könnte sein, dass diese Arbeit nach wie vor zu den Soft Skills, zu den weichen Themen gehört, denen, wenn es darauf ankommt, auch von direkt damit befassten Politikerinnen und Politikern weniger Bedeutung zugemessen wird. Und es bedeutet – Stichwort Veränderungsdruck –, dass diese Themen nach wie vor von der Mehrheit der Bevölkerung als Nischen-Angelegenheiten wahrgenommen werden; ein Signal an die Politik, dass hier kein Handlungsbedarf besteht.

³² BSV-Konzept S. 6.

³³ Die Gewichte anders setzen – in: Frieden braucht Fachleute, 1/2006, Bonn.

³⁴ Ein Aufbruch, aus dem wir lernen sollten – Ein Gastbeitrag von Heidemarie Wiecek-Zeul, Frankfurter Rundschau, 26.09.2018.

Ziviler Friedensdienst auch in Deutschland

Was ist aus der Vision der Gründerinnen und Gründer geworden, den ZFD als ein Instrument und Arbeitsfeld auch für Konfliktlagen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland anzusehen? Diese Sichtweise wurde von Anfang an offensiv vertreten, allerdings im BSV-Konzept so selbstverständlich, dass darauf nicht näher eingegangen wird. Die Vorstellung, der ZFD könnte ein Instrument der Entwicklungspolitik werden, war anfangs nicht präsent. Vielmehr dachte man an ein eigenes Bundesamt für den Zivilen Friedensdienst³⁵ oder noch weitergehend an ein Ministerium für Abrüstung, Konversion und ZFD.³⁶ Am Ende des Papiers wurde dann ein doppelter Vorschlag für Pilotprojekte unterbreitet; der erste davon war „... ein Projekt in einem Inlandskonflikt, z. B. der Flüchtlingsproblematik in Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit“³⁷!

Auch nachdem 1999 die Einordnung des ZFD in die Entwicklungspolitik endgültig erfolgt war, wurde der Inlandsaspekt beharrlich weiterverfolgt. Im Hearing des Entwicklungspolitischen Ausschusses des Bundestages – gerade dort – warb das forumZFD dafür, den ZFD nicht nur als Aufgabe der Entwicklungspolitik zu verstehen, sondern als Querschnittsaufgabe. Gewaltprävention müsse als Aufgabe und Herausforderung auch für entwickelte Industriestaaten oder Transformationsländer wahrgenommen werden. Im Text heißt es:

„Die Reduzierung auf Auslandseinsätze wird dem Anspruch nicht gerecht, Friedensprozesse (...) als wechselseitigen Prozess zu verstehen und zu organisieren. Mittelfristig muss ein Ziviler Friedensdienst auch innergesellschaftlich und mit ausländischen Fachkräften tätig werden.“³⁸

Da sich dieses Vorhaben weder kurz- noch mittelfristig im Rahmen einer Förderung durch das BMZ realisieren ließ, entwickelte das forumZFD sehr bald ein unabhängiges Projekt Ziviler Friedensdienst in Deutschland.³⁹ Zentrales Problem war wie so oft, Finanzierungswege für diese Arbeit zu finden. Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene scheiterte dies daran, dass bestehende Finanztöpfe nicht geeignet waren für eine ZFD-Förderung. Auch war kein politischer Wille auszumachen, dafür neue Mittel bereit zu stellen. So blieb nur der Weg über eine Projektfinanzierung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, über den es schließlich gelang EU-Mittel einzuwerben, um so eine fundierte Projektarbeit im Bereich von Integrationskonflikten aufzubauen. Mittlerweile ist diese Arbeit auch konzeptionell weit entwickelt und firmiert nicht mehr unter dem Label Ziviler Friedensdienst in Deutschland, sondern ist als Kommunale Konfliktberatung (KKB) inzwischen in acht Städten/Gemeinden erprobt und geschätzt.⁴⁰

³⁵ BSV-Konzept, a.a.O., S.14.

³⁶ BSV-Konzept, a.a.O., S. 6.

³⁷ BSV-Konzept, a.a.O., S. 21.

³⁸ Bundestagshearing S. 7.

³⁹ Promotoren dieses Projektes waren vor allen die beiden damaligen forumZFD-Vorstandsmitglieder Bernhard Müller und Henning Niederhoff. Anfangs erfuhr die Idee von verschiedenen Organisationen Unterstützung, diese hatte jedoch keinen Bestand.

⁴⁰ Siehe z.B. Handbuch „Grundlagen der Kommunalen Konfliktberatung“, Ein Handbuch für Lehre und Weiterbildung, Hg. forumZFD in Kooperation mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, 2018.

²⁸ BSV-Konzept, a.a.O., S. 6.

²⁹ Bundestagshearing, S. 12 (Hervorhebung im Original).

Die Vorstellung der Gründerinnen und Gründer, die Erfahrungen der In- und Auslandsarbeit könnten sich gegenseitig bereichern, hat sich mittlerweile bestätigt. In verschiedenen Auslandsprojekten regen Ideen und Ergebnisse der KKB unter dem Stichwort Community Building zur Weiterentwicklung der Arbeit an. Ein großes, bislang noch nicht systematisch genutztes Potenzial stellen die aus den Auslandsprojekten zurückgekehrten Fachkräfte dar, deren wertvolle Erfahrungen und Kenntnisse innergesellschaftlich genutzt werden könnten. Das Konsortium ZFD geht von bislang über 1.400 ehemaligen Fachkräften aus. Ein Teil von ihnen arbeitet in den Strukturen der ZFD-Trägerorganisationen oder in internationalen Organisationen, über den Verbleib und das Engagement der meisten von ihnen gibt es jedoch keine gesicherten Kenntnisse. Den Entwicklungsdiensten ist dieser ungehobene Schatz seit längerem bewusst. Es gibt Bestrebungen, die Regeldienstzeit von Fachkräften über den Auslandsaufenthalt hinaus für ein Jahr zu verlängern, um die Möglichkeit von systematischer Inlandsarbeit zu schaffen.

Und schließlich: In den Projekten des ZFD und der KKB werden Fachkräfte eingesetzt, die aus dem europäischen Ausland stammen oder aus den Konfliktregionen. Die Auswahl erfolgt nach inhaltlichen Kriterien und in der Regel gelingt es, dafür auch eine Finanzierung sicherzustellen. Im forumZFD mitsamt seinen Auslandsprojekten hat heute bereits die Mehrheit der Mitarbeitenden einen anderen als den deutschen Pass. Auch diese Internationalität hilft, die gewonnenen Erfahrungen in andere Regionen und Konfliktkontexte zu transferieren und dabei nicht auf die deutsche Perspektive fixiert zu bleiben.

Das Friedensprojekt Europa und der ZFD

Ist der Zivile Friedensdienst eine spezielle deutsche Erfindung? Nach der Vorstellung der Gründerinnen und Gründer sollte er es nicht sein. Schon in der Entwicklung der Grundidee wird Bezug genommen auf internationale historische Vorerfahrungen. Diese globale Sichtweise führt dann im BSV-Konzept zu folgender Feststellung:

„Der Zivile Friedensdienst sucht die Zusammenarbeit und Vernetzung mit ausländischen Zivilen Friedensdiensten, sowie internationalen Organisationen.“⁴¹

Im Hearing-Statement wird dieser Gedanke aufgegriffen, aber gleichzeitig davor gewarnt, die Unabhängigkeit des ZFD aufzugeben.

*„Die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und die internationale Vernetzung eines ZFD sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit. Wir warnen aber davor, dies zu einem zwingend notwendigen Kriterium zu machen. Damit würde der zentrale Ansatz der Bürger*innen-Diplomatie aufgegeben.“⁴²*

⁴¹ BSV-Konzept S. 6.

⁴² Bundestagshearing S. 7.

Und im Memorandum von 1999 wird darauf verwiesen, dass das forumZFD inzwischen damit begonnen hatte, Kontakte zu vergleichbaren europäischen Initiativen aufzubauen und diese in einem europäischen Verbund organisatorisch miteinander dauerhaft zu vernetzen.⁴³ In der Tat gelang es im Jahr 1999 unter der Beteiligung von neun europäischen Initiativen, das European Network for Civil Peace Services (EN.CPS) zu gründen.⁴⁴

In den folgenden Jahren intensivierte das forumZFD diese Arbeit enorm, so dass zeitweilig sogar eine personelle Vertretung in Brüssel finanziert werden konnte. In einigen europäischen Ländern gab es Gesetzesinitiativen, die vom deutschen Modell inspiriert waren⁴⁵ und die vom forumZFD beratend unterstützt wurden. Wie so oft war auch dieses Engagement langfristig abhängig von ausreichenden Finanzmitteln und der Verfügbarkeit vom Engagement ehrenamtlicher, kompetenter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Beides wurde nach zehn Jahren immer schwieriger; dazu kam, dass sich in den anderen europäischen Ländern eine vergleichbare Gesetzesinitiative nicht durchsetzen ließ. Das führte dazu, dass die dortigen Organisationen in ihrem Engagement für das EN.CPS nachließen. Schließlich gelang es nicht, eine Finanzierung für ein gemeinsames europäisches Projekt sicherzustellen, trotz mehrfacher gut begründeter Anläufe. Diese Entwicklungen führten im Jahr 2013 zu einer Auflösung des EN.CPS und damit zu einer bedauerlichen Reduzierung der europäischen Kontakte.

Ein anderer Weg der internationalen Netzwerkbildung eröffnet sich inzwischen durch die langjährige Projektarbeit. In Konfliktregionen, in denen das forumZFD bereits seit Jahren tätig ist, stellt sich die Frage: Wie wird der in der Theorie ja angestrebte Rückzug des forumZFD aus den jeweiligen Projektregionen gestaltet, bzw. was folgt nach der Kooperation mit lokalen Projektpartnern? Erste Überlegungen hierzu werden bereits im westlichen Balkan entwickelt. Denkbar ist eine Übergabe der Projekte in lokale Trägerschaft mit einer andersgearteten Fortsetzung der Partnerschaft. Denkbar wäre auch die Initiierung einer nichtdeutschen, lokalen ZFD-Gründung, mit der zukünftig eine dauerhafte internationale Verbindung möglich wäre.

Was blieb Idee, was wurde Wirklichkeit?

Fassen wir zusammen, was von den Anfangsvisionen tatsächlich umgesetzt wurde. Am Anfang standen zwei Ziele, die in ihrer Widersprüchlichkeit eigentlich zum Scheitern des Projekts hätten führen müssen. Der ZFD sollte ein Projekt der Zivilgesellschaft sein mit unabhängigen Trägerorganisationen. Gleichzeitig sollte er – auch – aus Steuermitteln finanziert werden. Mit dem Konstrukt des Gemeinschaftswerks ist es gelungen, beide Zielvorstellungen miteinander zu verbinden und weitgehend zu realisieren. Was bleibt zu tun?

⁴³ Memorandum, S. 2 : „Indem es Kontakte zu vergleichbaren europäischen Initiativen aufbaute, mit der OSZE in Bosnien kooperierte und eine Zusammenarbeit mit den United Nations Volunteers sondiert.“

⁴⁴ Janne Poort-van Eden, Internationale Zusammenarbeit für Gewaltfreiheit, in: Tilman Evers (Hg.), a.a.O., S. 265 ff.

⁴⁵ Unter anderem in Österreich, Italien, Niederlande, Norwegen.

1) Für den Bereich der Projektarbeit lässt sich nach mittlerweile 20 Jahren feststellen: Im Zusammenwirken der Trägerorganisationen ist der Aufbau einer qualitätsorientierten, nachhaltigen Arbeitsstruktur überzeugend gelungen. Gleichzeitig bleibt die Unterschiedlichkeit der Herangehensweisen und Organisationskulturen eine beständige Herausforderung. Dazu kommt, dass der (erfreuliche!) Aufwuchs des ZFD-Programms von allen Trägern eine ständige Fortentwicklung ihrer Arbeitsformen verlangt. Die vierteljährlichen Treffen des Konsortiums belegen es: Der Aufbau von leistungsfähigen Strukturen ist eine Daueraufgabe.

Bis zur Mitte der 90er Jahren fanden die ersten Strukturüberlegungen ihren Rahmen in einem Forums-Format als Ort der offenen Diskussion, das dann im Namen Forum Ziviler Friedensdienst konkret wurde. Friedensarbeit wurde als gemeinsames Projekt unterschiedlicher Subkulturen gesehen. Dafür war an eine übergreifende Organisation gedacht, an der möglichst viele gesellschaftliche Gruppen mitarbeiten sollten. Unterschätzt wurde dabei jedoch das institutionelle Eigeninteresse und Beharrungsvermögen bereits länger existierender Organisationen und Einrichtungen, die sich nicht so ohne weiteres in eine neue Struktur einbinden wollten oder konnten. So hat sich seit der Vereinsgründung 1996 zwar eine breite Mitgliedschaft mit etwa 40 Mitgliedsorganisationen herausgebildet; aber wichtige Akteure wie die Entwicklungsdienste blieben „außen vor“.

Die Idee war aber damit nicht verworfen, sie erforderte nur andere Realisierungsformen. Im Nachhinein kann man sagen, dass mit der Gründung und der damit angestoßenen Entwicklung des Konsortiums Ziviler Friedensdienst⁴⁶ die im Forums-Gedanken angelegte Vorstellung einer breiten gesellschaftlichen Trägerschaft des ZFD erfüllt wurde. Die heutige Ausgestaltung des Konsortiums ist ganz sicher mehr als sich die Gründerinnen und Gründer damals vorstellen konnten.

Damit ist eine der wichtigen Zukunftsaufgabe des forumZFD beschrieben: Nämlich die Strukturen der eigenen Projektarbeit kontinuierlich fortzuentwickeln, entsprechende Entwicklungen im Rahmen des Konsortium ZFD auch künftig aktiv zu unterstützen, dazu intensive kollegiale Kontakte mit den anderen Mitgliedern des Konsortiums zu pflegen und wenn nötig Motor für Weiterentwicklungen zu sein.

2) Mit dem Rahmenkonzept des BMZ von 1999 wurde ein zweiter grundlegender Impuls der Gründerjahre eingelöst: Die Aufgabe, Menschen für die komplexe Arbeit als Friedensfachkraft zu qualifizieren, wurde dort festgeschrieben. Frieden braucht Fachleute, dieser vom forumZFD jahrelang verwendete Leitgedanke, wird heute auf hohem Niveau umgesetzt. Auch die Akademie für Konflikttransformation ist eine Erfolgsgeschichte.

Die institutionelle Einbindung der Akademie in die BMZ-Förderung begrenzt jedoch den Spielraum der Weiterentwicklung, weil

⁴⁶ Der in zivilgesellschaftlichen Kreisen ungewöhnliche Name geht auf einen Vorschlag des damaligen DED-Geschäftsführers Willi Erl zurück; siehe den Beitrag von Tilman Evers in dieser Publikation. Wikipedia definiert: Ein Konsortium ist ein Unternehmenszusammenschluss mehrerer rechtlich und wirtschaftlich selbstständig bleibender Unternehmen zur zeitlich begrenzten Durchführung eines vereinbarten Geschäftszwecks.

sich das BMZ z. B. nicht für innergesellschaftliche Gewaltprävention zuständig sieht. Dennoch sind auch innerhalb dieses Rahmens Fortschritte denkbar. Die Nutzbarmachung der Praxis für die Konzept- und Theorieentwicklung und das Training steht erst am Anfang. Projektpraxis und Training, beide unter dem Dach des forumZFD vereint, könnten mit Hilfe von Forschung und wissenschaftlicher Begleitung noch mehr voneinander profitieren. Hier sind noch zahlreiche ‚Erfindungen‘ zu machen, wie schon ein Gandhi-Zitat prophezeit, das 1997 am Ende des Statements für das Bundestags-Hearing stand:

„In diesem Zeitalter der Wunder sage niemand, eine Sache oder eine Idee sei unmöglich, weil sie neu ist. Es ist ferner unvereinbar mit dem Geist der Epoche, wenn man sagt, etwas sein unmöglich, weil es schwierig ist. Täglich erleben wir, was niemand zu träumen gewagt hätte, ständig wird Unmögliches möglich. Wir kommen aus dem Staunen über die unerhörten Erfindungen auf dem Gebiet der Gewalt gar nicht mehr heraus. Ich aber bleibe dabei, dass weit unwahrscheinlichere und scheinbar unmögliche Entwicklungen auf dem Gebiet der Gewaltlosigkeit bevorstehen.“

Gewaltfreiheit immer wieder neu buchstabieren, das ist die zweite wichtige Zukunftsaufgabe für das forumZFD neben der Weiterarbeit an leistungsfähigen Strukturen. Eine ertragreiche und lohnende ‚Erfindung‘ in diesem Sinne wäre die Entwicklung von Trainings in gewaltfreier Konflikttransformation, die sich über die bisherigen hochspezialisierten Zielgruppen hinaus kostengünstig an ein breiteres Publikum wenden. Ansatzweise gelingt dies schon mit dem Angebot der Online-Seminare. Angebote für spezielle Berufsgruppen (Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen, Lehrer*innen, ...), aber auch für Aktivist*innen der Zivilgesellschaft wären Beiträge zur innergesellschaftlichen Gewaltprävention und Stärkung von Partizipation und Demokratisierung. Zum Auf- und Ausbau solcher Angebote müssten zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen werden. Dies könnte auch eine Aufgabe für die Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst sein.

Bislang ungenutztes Veränderungspotenzial

3) Auf der Webseite des Konsortium ZFD kann man lesen: „Deutschland hat mehr zu bieten als militärische Intervention. Mit dem ZFD steht ein Programm zur zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention bereit, das sich in den 20 Jahren seines Bestehens in über 600 Projekten weltweit bewährt hat.“⁴⁷ Kann der ZFD so ausgebaut werden, dass in Konfliktregionen militärische Einsätze überflüssig werden? Und wie viel Hoffnung auf eine Wende von der Sicherheits- zur Friedenlogik darf man auf den ZFD projizieren?

Wie wir gesehen haben, waren die finanziellen Entwicklungssannahmen und die Umwidmungshoffnungen für militärische Budgets zu optimistisch. Auch die Wachstums- und Größenvorstellungen, die mit dem ZFD verbunden waren,

⁴⁷ www.ziviler-friedensdienst.org/de/20JahreZFD

mussten erst realitätstauglich gemacht werden. Dieser Prozess ist gelungen, doch stellt sich heute die Frage, ob mit dem jetzigen Fachdienst das visionäre Potenzial des ZFD bereits ausgeschöpft ist. Rüstungsproduktion, Rüstungsexport und steigende Ausgaben für militärische Sicherheitspolitik sind gegenwärtig wieder im Expansionsmodus. Kann der ZFD eine Rolle spielen im Widerstand gegen den weiteren Ausbau einer Rüstungspolitik, die vor allem einer militärischen Sicherheitslogik verpflichtet ist? Kann er beitragen zu einem finanziellen Engagement von Staat und Gesellschaft, das die bisherige geringe Wertigkeit der Friedensarbeit und der Zivilen Konfliktbearbeitung überwindet?

Die Gründerinnen und Gründer haben den ZFD als einen pazifistischen Hoffnungsträger gesehen. Wenn er ähnliche Erwartungen zukünftig nicht enttäuschen will, müssen einige Erkenntnisse aus der historischen Analyse beachtet werden. Zunächst einmal ist zu klären, welcher Wachstumspfad für den ZFD realistisch ist. Das hängt vor allem davon ab, was die Trägerorganisationen an zusätzlichen Projekten bewältigen können, ohne dass die Qualität darunter leidet. Auch die Identität der Träger als zivilgesellschaftliche Organisationen verträgt nicht unbegrenztes Wachstum. Die Umsetzung von mehr Finanzmitteln erfordert mehr Personal und verändert die Strukturen. Das alles macht behutsame Veränderungs- und Integrationsprozesse nötig, die ihre Zeit brauchen.

Die Forderung nach einer Halbierung oder deutlichen Senkung des Rüstungsetats, so richtig oder sinnvoll sie ist, sollte also nicht gekoppelt werden an ebenso große Wachstumspfade beim ZFD. Der ZFD kann solche riesigen Summen nicht umsetzen, ohne sich selbst zu beschädigen. Es müssen dafür also alternative Szenarien entwickelt werden, in welche gesellschaftlichen Aufgaben die frei werdenden Mittel friedensfördernd oder gewaltmindernd investiert werden könnten.

Das schließt nicht aus, sich Gedanken zu machen, welche Größe der ZFD mittelfristig erreichen soll. Wichtiger als eine spektakuläre, an den Rüstungsausgaben orientierte Zielmarke, z. B. zehn Prozent des Militärhaushalts, ist eine Entscheidung für ein kontinuierliches und langfristiges Wachstum, das die jährlichen kraft- und zeitraubenden Verhandlungen im Rahmen der Aufstellung des Bundeshaushalts und die damit verbundenen Ressourcenverluste überflüssig macht. Eine politische Grundentscheidung wäre es, den ZFD-Etat bis zum Jahr 2040 auf 500 Mio. Euro anwachsen zu lassen. Damit bliebe man immer noch in einem für andere politische Vorhaben überschaubaren Rahmen⁴⁸. Eine solche Entscheidung würde es aber den Trägerorganisationen ermöglichen, Wachstum verantwortungsbewusst und qualitätsorientiert zu planen.

Es gab in den Anfangsjahren des ZFD die Kampagne ZFD 500. Ziel war damals, die Zahl der gleichzeitig entsandten ZFD-Fachkräfte auf 500 zu steigern.⁴⁹ Da sich wahrscheinlich nur noch wenige Insider an die damalige Kampagne erinnern können, wäre eine Neuauflage, diesmal mit dem Ziel, bis 2040

den ZFD-Etat auf 500 Mio. Euro anwachsen zu lassen, denkbar und reizvoll. Ein Verzicht auf eine solche realutopische Zielvorstellung wäre das Eingeständnis, dass der ZFD doch nicht mehr als ein ergänzender Fachdienst zum bisherigen Reparaturinstrumentarium unserer Wirtschafts- und Militärpolitik ist. Zu den reizvollen Ideen dagegen könnte z. B. die Förderung eines EU-ZFD aus dem deutschen ZFD-Etat gehören. Wenn Deutschland mit 100 Mio. Euro vorangeht, wären möglicherweise auch andere EU-Mitglieder bereit, einen solchen EU-ZFD zu fördern.

Die Zivilgesellschaft ist gefragt

4) Die bisherige Entwicklung des ZFD hat gezeigt, dass zumindest die Fachpolitiker*innen in der Entwicklungs- und Außenpolitik, ja sogar teilweise in der Militärpolitik im Verständnis der zivilen Konfliktbearbeitung weiter sind als die Gesellschaft. Dies ist sicher auch ein Ergebnis der langjährigen, kontinuierlichen und geduldigen Informationsarbeit und Kontaktpflege. Diese Kontakte zu vertiefen ist wichtig, denn ein Projekt ZFD 500 wird nur realisierbar sein, wenn es durch eine erneute überparteiliche Initiative wie in den Anfangsjahren des ZFD unterstützt und nicht in der Parteien- oder Fraktionskonkurrenz zerrieben wird.

Aber darüber hinaus gilt grundsätzlich: Der weitere Ausbau des ZFD wird gelingen oder scheitern, je nachdem wie viel gesellschaftliche Unterstützung für den ZFD mobilisiert werden kann. Der politische Druck wird in einer Zeit knapper werdender Steuereinnahmen entscheiden, ob die Fachpolitiker und -politikerinnen genügend Rückenwind haben, um sich im politischen Wettbewerb durchzusetzen. Menschen entscheiden sich eher, gesellschaftliche Entwicklungen zu unterstützen, wenn sie die positiven Auswirkungen einer Maßnahme oder eines Projekts direkt erleben können. Die Kommunale Konfliktberatung, sozusagen die innerdeutsche Version des ZFD, ermöglicht diese unmittelbare Anschauung hier vor Ort. Die globalen Probleme und Konflikte, auf die die Projekte des ZFD international eine Antwort suchen, werfen ihre Schatten längst auch in Deutschland. Unsere Inlandsarbeit ist jedoch von der EU gefördert und unterliegt damit immer dem zyklischen Risiko, dass nach einer dreijährigen Zusage keine weitere Förderung erfolgt. Es wäre fatal, wenn gerade diese Arbeit im und am eigenen Haus eingestellt werden müsste, weil sie nicht kompatibel ist mit der föderalen deutschen Förderstruktur und es deshalb dafür keine Finanzierungswege gibt.

Zurück zur gesellschaftlichen Unterstützung der Zivilen Konfliktbearbeitung. Dass diese bisher zu gering ausfällt, ist offensichtlich. Der Einfluss der ZFD-Arbeit auf gesellschaftliche pazifistische Vorstellungen und die Stärkung von Friedensbewusstsein bleibt begrenzt. Vermutlich ist der immer noch geringe Bekanntheitsgrad des ZFD dafür die wichtigste Variable. Allerdings könnte die aktuelle Unterstützung, auch wenn sie gering ist, zukünftig sogar sinken statt zu steigen. Die Überalterung der klassischen Friedensorganisationen ist ein Hinweis darauf. Gesellschaften verändern sich rasch. Zuwanderung, Generationenwechsel und das Aufkommen nationalisierender Überzeugungen und Narrative lassen befürchten, dass die Gruppe der Unterstützerinnen und Unterstützer schrumpft. Das kann für den ZFD mittelfristig problematisch werden und alle weitergehenden Utopien vorzeitig beenden.

Um Menschen zu gewinnen, sind gut gemachte Informationskampagnen und Bildungsangebote wichtig. Im Blick sollten dabei junge Menschen stehen, aber nicht nur diese. Große Hilfsorganisationen haben schon längst die wachsende Gruppe der älteren Menschen entdeckt, die noch fit sind, Zeit und zum Teil auch Geld haben. Dies konsequent zu Ende gedacht führt zum Ausbau der Bildungsarbeit bei den ZFD-Organisationen, die Schule und Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, Seniorinnen- und Seniorenangebote und Medien zur politischen Bildung in den Blick nehmen und dazu verstärkt einladende, partizipative Angebote entwickeln müssen.

Daran zu arbeiten, dass der ZFD (wieder) bekannter wird und dass der ihm zugrunde liegende andere Ansatz, der Paradigmenwechsel, in dieser Arbeit verstanden wird, ist somit eine übergroße, nie endende und über die Zukunftsfähigkeit entscheidende Aufgabe. Es ist keine nette Nebensächlichkeits-, sondern Kerngeschäft, immer wieder gute Kampagnen zu machen und sich damit in den politischen Diskurs einzumischen.

Hoffnung säen – europaweit, weltweit

5) Eine solche Kampagne hat das forumZFD im Vorlauf der Europawahl 2019 unter dem Motto „Rettet das Friedensprojekt Europa“ auf den Weg gebracht. Innerhalb kurzer Zeit haben über hundert Organisationen diesen Appell „Für Frieden. Für Menschenrechte. Für Europa“ (so der Untertitel) unterschrieben und mit verbreitet⁵⁰, darunter auch große Akteure wie Greenpeace und Misereor, und – besonders erfreulich – auch Organisationen aus Frankreich, Schweden, Belgien, Italien, Dänemark und den Niederlanden, dazu mehrere international aufgestellte Zusammenschlüsse. Wer immer in diesem Frühjahr 2019 friedenspolitisch vernetzt war, fand die entsprechenden Aufrufe und Unterschriftenlisten mehrfach in seiner Post, vervielfältigt und weiterverteilt von ganz verschiedenen Absendern. In dem Aufruf heißt es:

„Die Europäische Einigung brachte nach dem Zweiten Weltkrieg Versöhnung zwischen Feinden. Damit wurde die Europäische Union weltweit zum Friedensprojekt mit Vorbildcharakter. Heute brauchen wir dringender denn je eine Europäische Union, die für Frieden und Menschenrechte eintritt – zu Hause und jenseits ihrer Grenzen. Doch ab 2021 sind Milliardeninvestitionen für die europäische Rüstungsindustrie, gemeinsame Militäreinsätze und noch mehr Grenzsicherung geplant. Die Förderung von Frieden und Menschenrechten droht der Abwehr von Migration und Flucht zum Opfer zu fallen. Wir sind überzeugt, dass die Europäische Union die Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger nur als Friedensprojekt und nicht als Militärmacht gewinnen wird.“

Ja, hinter diesem Erfolg steht ein Misserfolg: Dauerhaft und tiefenwirksam Einfluss zu nehmen auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Genau das war das Ziel

der Übereinkunft jener europäischen Friedensorganisationen, die im Jahr 2001 gemeinsam das European Peacebuilding Liaison Office (EPLO) in Brüssel gründeten, das sich seitdem dort – sehr professionell – für zivile Formen der Konfliktlösung einsetzt. Müsste das nicht das „Markenzeichen“ einer EU sein, die ihrerseits beansprucht, ein großes Friedensprojekt zu sein, und die dafür den Friedensnobelpreis 2012 erhielt? Dabei war die Lobbyarbeit von EPLO nicht umsonst; seine Handschrift fand und findet sich durchaus in manchen EU-Dokumenten zu deren „Civilian Capabilities“. Insgesamt aber macht die breite Unterstützung für unsere Kampagne eine große Sorge deutlich: Dass diese EU dabei sein könnte, ihre „Seele“ als friedlicher Zusammenschluss freiheitlicher Nationen zu verlieren.

Das forumZFD war über Jahre ein indirektes, dennoch sehr aktives Mitglied bei EPLO, nämlich über das dort angeschlossene EN.CPS. Das erinnert an jenen anderen Misserfolg: Dass es nicht gelungen ist, ZFD-ähnliche Organisationen auch in anderen europäischen Ländern zu gründen. So viele Visionen der Gründerjahre haben sich erfüllt! Diese nicht.

Sie darf nicht aufgegeben werden. Weiter oben fand sich bereits der Vorschlag, die Bundesregierung möge mit einer Finanzierung von € 100 Mio. den Anstoß dazu geben, solche ZFD-ähnlichen Organisationen auch unter dem Dach der EU entstehen zu lassen – wo es solche in den nichtstaatlichen Bereich ausstrahlende Großprogramme wie den Europäischen Freiwilligendienst, Erasmus oder neuerdings das Europa-Ticket für junge Erwachsene ja bereits gibt.

Ein kleiner erster Schritt ist getan: Die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung ist Mitglied bei EPLO geworden. Das forumZFD ist damit wiederum indirekt mitgeschlossen. Ein nächster Schritt könnte sein, dazu wiederum das Gespräch im Konsortium zu suchen: Welche Möglichkeit sehen die anderen Träger des ZFD, Formen der gewaltfreien Konfliktbearbeitung auf europäischer Ebene bekannter und wirkmächtiger zu machen? Was nehmen sie ihrerseits bereits wahr, woran andere sich beteiligen könnten? Könnte, müsste eine nächste Fachstelle des Konsortiums nicht für das Arbeitsfeld „Internationale Vernetzung“ eingerichtet werden, mit besonderem Schwerpunkt auf EU-Kontakten? Und mit der ersten Aufgabe, weitere Ideen zur internationalen Verbreitung der Idee zu entwickeln und zu sammeln? Müssten sich nicht Stiftungen finden lassen, die ein solches Engagement unterstützen?⁵¹

Was immer der ZFD bereits geleistet und erreicht hat: So lange es Hass und Gewalt in der Welt gibt, bleibt er immer auch: Eine Vision. Desmond Tutu hat mal gesagt: Das Gegenteil von Hass ist nicht Liebe, sondern Hoffnung.

⁴⁸ Solche langfristigen politischen Entscheidungen sind ja nicht ungewöhnlich. Gerade eben erst wurde der Ausstieg aus dem Braunkohleabbau bis 2038 beschlossen und unterfüttert mit einem 40 Mrd. Euro-Budget. Ein Projekt ZFD 500 würde beginnend 2021 bis 2040 Mehrkosten von insgesamt 4,725 Mrd. Euro bedeuten.

⁴⁹ Diese Kampagne trug viel zur Bekanntheit des ZFD bei, das Ziel wurde bis heute nicht erreicht.

⁵⁰ www.forumZFD.de/de/rettetdasfriedensprojekteu und dort www.forumZFD.de/de/unterzeichnende-organisationen.

⁵¹ Die dreijährige Personalpräsenz des forumZFD in Brüssel wurde von einer Quäker-nahen britischen Stiftung ermöglicht.

Zur Anhörung im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen Bundestag ab 12.11.1997

In der politischen Diskussion hat sich der Begriff „**Ziviler Friedensdienst**“, eingeführt von der Evangelischen Kirche in Berlin Brandenburg (EKiBB), etabliert. Was im einzelnen darunter verstanden wird, ist gegenwärtig einem dynamischen Diskussionsprozess unterworfen. Das forumZFD sieht in folgenden Aspekten wesentliche Elemente für eine Definition des Zivilen Friedensdienstes:

- Der Zivile Friedensdienst zielt darauf ab, die Idee der aktiven Gewaltfreiheit in den innergesellschaftlichen und internationalen Auseinandersetzungen zu stärken und durch eine Institutionalisierung eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Konzeptes einzuleiten. Er ist als **Friedensfachdienst** zu verstehen, der mittels ausgebildeter Fachkräfte gewaltvermindernd und –vorbeugend auf Konflikte im In- und Ausland einwirkt. Er ist plural organisiert, in ihm arbeiten zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen zusammen.
- Der Zivile Friedensdienst wendet sich an **Männer und Frauen** jeden Alters. Das Mindestalter liegt bei 23 Jahren. Da für einen Zivilen Friedensdienst sowohl Berufserfahrung als auch Lebenserfahrung wichtige personenbezogene Kriterien sind, ist davon auszugehen, dass bei Menschen mittleren oder fortgeschrittenen Alters besondere Eignungen zu erwarten sind.
- Ein Ziviler Friedensdienst ist nur als **Freiwilligendienst** denkbar.
- Voraussetzung für eine Mitarbeit im Zivilen Friedensdienst ist eine qualifizierte Vorbereitung, die auch eine **Grundausbildung in Ziviler Konfliktberatung** umfasst. Die Fähigkeit, als Dritte Partei konstruktiv und gewaltfrei mit Konflikten umzugehen, muss gelernt werden. Das forumZFD hat ein Curriculum für eine einjährige Ausbildung entwickelt, das den gegenwärtigen Erkenntnisstand spiegelt. Wir wissen, dass es oft schwierig ist, theoretische Vorgaben bruchlos in praktisches Handeln umzusetzen. Gerade deswegen halten wir das vorliegende Curriculum für geeignet, als Orientierungsrahmen und Anspruch für ähnliche, auch kürzere Ausbildungsgänge zu dienen. Das forumZFD kann hierbei gemeinsam mit AGDF und BSV auf erste Erfahrungen aus dem „NRW-Modellprojekt“ verweisen.

- Ausgebildete Fachkräfte leisten in der Regel einen ein- bis zweijährigen **Projekteinsatz**. Projektträger sind Nichtregierungsorganisationen oder internationale Organisationen, die mit lokalen Partnern im Konfliktgebiet zusammenarbeiten. Voraussetzung für eine Tätigkeit ist eine Einladung durch die **ausländische Partnerorganisation**. Nach einigen Jahren projektorientierter Ausbildung ist zu erwarten, dass ein Pool ausgebildeter Fachkräfte auch kurzfristig für Einsätze zur Verfügung steht.
- Der Zivile Friedensdienst versteht sich in einem Konflikt als dritte Kraft, die versucht, Blockaden in den Kommunikationsprozessen zwischen Konfliktparteien aufzubrechen (**Mediation**). Er wendet sich besonders an gesellschaftliche Akteure auf mittlerer und unterer Ebene. Dabei greift er auf unterschiedliche Methoden der zivilen Konfliktberatung zurück und setzt auch auf die gewaltvermindernde Präsenz als internationaler Beobachter.
- Besonderer Konstellationen können es notwendig machen, Hilfe für Opfer zu organisieren, die Einhaltung von Menschenrechten zu fordern, zivilgesellschaftliche und demokratische Prozesse zu fördern oder die Reintegration von Flüchtlingen und Vertriebenen zu begleiten. Diese Situationen bedürfen einer besonders sorgfältigen Vorbereitung, da es nicht einfach ist, hier die Allparteilichkeit der Fachkräfte glaubwürdig aufrecht zu erhalten.
- Institutionell kann ein Ziviler Friedensdienst als ein **Kooperationsverbund** von Projektträgern, ihren ausländischen Partnerorganisationen und Ausbildungsträgern verstanden werden. Die Komplexität der Kooperationsaufgabe (Abstimmung, gegenseitige Unterstützung, Weiterentwicklung von Ausbildungs- und Projektkriterien u. a. m.) macht eine Koordinierungsstruktur notwendig. Das forumZFD sieht in dieser Aufgabe einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt.

Ziviler Friedensdienst – ohne Waffen – aber nicht wehrlos

Das erste Konzept des Bundes für Soziale Verteidigung

Vorwort

Der Bund für Soziale Verteidigung hat auf seiner Mitglieder-versammlung am 6. März 1994 das vorliegende Konzept des Zivilen Friedensdienstes verabschiedet. Erarbeitet wurde das Konzept von einer letztlich neunköpfigen Arbeitsgruppe, – beteiligt waren: Klaus Buße, Berthold Keuneke (BSV Vorstand), Dedo v. Krosigk (Netzwerk Friedenssteuer), Ulrich Stadtmann (deutsche Sektion der Helsinki Citizen Assembly, Vorstand), Kurt Südmersen (BSV Geschäftsführer), Helga u. Konrad Tempel (Friedensausschluss d. Quäker), Uwe Trittman (Referent für KDv u. ZDL in der Evangelischen Kirche von Westfalen), Heinz Wagner (Pax Christi).

Die Idee für ein solches Konzept entwickelte sich aus dem Engagement des BSV gegen den Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Im Gegensatz zu der öffentlichen Debatte über die Notwendigkeit von Militärinterventionen als Scheinalternative zum Nichtstun zeigte der BSV in der in Zusammenarbeit mit anderen Friedensorganisationen die Möglichkeit der nichtmilitärischen Krisen- und Kriegsintervention auf. Aus diesen Erfahrungen leitet sich das Konzept des Zivilen Friedensdienstes des BSV ab. Es stellt eine konstruktive Alternative zu Militäreinsätzen dar. Im Zusammenhang der Debatte über nichtmilitärische Konfliktaustragungsmöglichkeiten prägte die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg zuerst den Begriff „Ziviler Friedensdienst“. Der BSV hat diesen Begriff übernommen, um sich damit deutlich in den Zusammenhang derer einzureihen, die eine Institutionalisierung der gewaltfreien, zivilen Konfliktaustragung in einem mindestens gleichrangigem Ausmaß gegenüber den gewaltsamen, militärischen Machtinstrumenten einfordern.

Wir wünschen uns, daß das vorgelegte Konzept die politische Debatte neu belebt, daß es von Gruppen, Initiativen, Parteien und Verbänden aufgegriffen und diskutiert wird. Gerade im Jahr 1994 halten wir es für notwendig, daß Bürgerinnen und Bürger sich dieses Konzept zu eigen machen und es mit Bundestagsabgeordneten und in Wahlveranstaltungen diskutieren. Bitte fordern Sie weitere Exemplare beim BSV an.

Ziviler Friedensdienst – ein Konzept des Bundes für Soziale Verteidigung

Der Bund für Soziale Verteidigung (BSV) ist ein Dachverband der Friedensbewegung, in dem sich Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen haben, um am Aufbau einer nichtmilitärischen Verteidigung – der sogenannten sozialen Verteidigung – zu arbeiten und ein Instrumentarium für gewaltmindernde Kriseninterventionen zu entwickeln. Seit seiner Gründung im Jahr 1989 tritt der BSV für die Abschaffung von Rüstung und Militär und für eine gewaltfreie Austragung von Konflikten ein. Ein Ziviler Friedensdienst (ZFD) wird von uns als ein wichtiger Schritt auf diesem Wege angesehen. Der BSV hat daher den Vorschlag der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Errichtung eines solchen Freiwilligen-Dienstes außerordentlich begrüßt und fühlt sich aufgerufen, eigene Überlegungen zum Aufbau, zur gesellschaftlichen Verankerung, zur Ausbildung von Freiwilligen sowie zu den möglichen Ausgaben und Einsatzfeldern eines solchen Dienstes vorzulegen und das Gespräch mit allen Interessierten zu suchen.

Der Zivile Friedensdienst – eine Kurzbeschreibung

Der Zivile Friedensdienst ist ein staatlich geförderter und finanzierter freiwilliger Dienst, der Männer und Frauen jeden Alters dazu befähigen soll, mit gewaltfreien Mitteln planvoll in Krisen und gewaltsamen Konflikten einzugreifen. Er ist nicht an die Wehrpflicht gekoppelt. Träger sind freie Organisationen, die nach dem Subsidiaritätsprinzip durch staatliche Rahmenbedingungen zu diesem Dienst befähigt werden. Ein staatlich organisierter Dienst ist daneben möglich. Entscheidungen über Einsätze der Dienste orientieren sich am Gemeinwohl aller Menschen und nicht an partikularen, z. B. nationalen Interessen. Ziel der Einsätze sollen vorbeugende Maßnahmen im Vorfeld gewaltsamer Konflikte, die Beendigung und Überwindung von gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Suche nach konsensfähigen Lösungen und die Unterstützung der Kräfte sein, die für Versöhnung, gewaltfreie Konfliktaustragung und die Herstellung gerechter Verhältnisse eintreten. Der ZFD soll den Einsatz militärischer Mittel überflüssig machen. In der Bundesrepublik trägt er durch sein Wirken, das von der Mitarbeit vieler Bürgerinnen und Bürger lebt, zur Weiterentwicklung der Demokratie, des Verantwortungsbewußtseins und gewaltfreier Handlungskompetenz bei. Die Aufgaben eines ZFD können in einem vom BSV geforderten Ministerium für Abrüstung, Konversion und ZFD gebündelt werden. Der Zivile Friedensdienst sucht die Zusammenarbeit und Vernetzung mit ausländischen Zivilen Friedensdiensten und Vernetzung mit ausländischen Zivilen Friedensdiensten sowie anderen internationalen Organisationen. In der Bundesrepublik arbeiten die Träger des ZFD in einem Koordinationsgremium zusammen, das die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen gewährleistet.

Notwendigkeit und Grenzen eines Zivilen Friedensdienstes

Die politische Situation ist heute weltweit geprägt von Krisen und Konflikten. Es geht dabei vielfach um Probleme von Minderheiten und um die Einhaltung der Menschenrechte, einschließlich der Möglichkeit zur demokratischen Partizipation. Gleichzeitig finden Kämpfe um die Verteilung von Ressourcen und wirtschaftlichen Einfluß statt. In Deutschland – wie auch in anderen europäischen Staaten – breiten sich zunehmend Fremdenfeindlichkeit und Rassismus aus. In all diesen Konflikten wächst die Bereitschaft zur Gewaltanwendung bis hin zum Mord; Brandanschläge auf AusländerInnen in unserem Land und die blutige militärische Gewalt im Krieg auf dem Balkan sind nur die Spitze des Eisbergs. Der letztlich erfolglose Einsatz der UNO-Truppen in Somalia und die ergebnislose Hilflosigkeit des Militärs im Balkankrieg, aber auch der politisch ergebnislose Golfkrieg machen deutlich, daß militärische Einmischung bei derartigen Problemen nicht zur Lösung, sondern eher zur Eskalation beiträgt.

Dauerhafter, tragender Friede läßt sich nicht „sichern“, er muß jeweils neu gewagt werden. Er ist nicht nur Ziel, sondern Prozeß und Aufgabe! Der ZFD ist in dieser Sichtweise kein Ersatz für eine an Gerechtigkeit orientierte Friedens-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik. Aber er ist ein wichtiges Instrument, das diese Politik unterstützt, indem er Konfliktursachen bearbeiten hilft und so den Ausbruch offener Gewalt zu verhindern sucht. Traditionelle Techniken der Verständigung und Versöhnungs-

arbeit, wie neue Formen der Vermittlung mit dem Ziele eines Interessenausgleichs, sind dabei einzusetzen. Auch langjährige Erfahrungen, die Gruppen und Organisationen im In- und Ausland, vor allem Friedensorganisationen und Menschenrechtsgruppen, aber auch religiöse Gemeinschaften wie z. B. die Quäker, gesammelt haben, sind dabei zu berücksichtigen.

Der BSV tritt mit Nachdruck dafür ein, endlich aus diesen Erfahrungen Folgerungen zu ziehen und in der Politik nicht länger auf das Militär zu vertrauen, sondern dieses neue Instrumentarium „Ziviler Friedensdienst“ zur Krisenprävention und zur gewaltmindernden Konflikt-Intervention zu schaffen. Auf diese Weise rückt der grundsätzliche Auftrag zur Völkerverbindenden Friedensforderung wieder stärker in den Blick. Deutschland kann mit seiner mit der Vereinigung „gewachsenen internationalen Verantwortung“ so in überzeugender Weise gerecht werden.

Ziele und Aufgaben

Ziel der Einsätze ist die Gewaltprävention, die Beendigung und Überwindung von gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Suche nach konsensfähigen Lösungen und die Unterstützung der Kräfte, die für Versöhnung, gewaltfreien Konfliktaustrag und die Herstellung gerechter Verhältnisse eintreten. Dabei übernimmt der ZFD weder die Rolle der Polizei noch des Katastrophenschutzes, ist weder Sozialarbeit noch Ziviler Einsatzdienst. Er ist auch keine neue Art von Militär, auch nicht mit farbigen Helmen.

Die Achtung der Menschenwürde, das Recht auf psychische und physische Unversehrtheit, das Recht auf Selbstbestimmung von Einzelnen wie von Gruppen sind Grundlage der Arbeit des ZFD. Er kann und soll in diesem neuen Kontext friedensstiftende und friedenssichernde Aufgaben wahrnehmen. Mit gewaltfreien Mitteln sind die Freiwilligen des ZFD bemüht, in mehrfacher Hinsicht aktiv zu werden und zwar:

1. Beratend
2. Unterstützend
3. Vermittelnd und versöhnend
4. Internationale Präsenz gewährleistetend
5. Deeskalierend und gewaltbeendend
6. Gewaltfrei widerstehend und Soziale Verteidigung organisierend

1. Beratung

In Bedrohungssituationen, z. B. wenn Flüchtlingsheime durch Rechtsextremisten bedroht werden oder in Bürgerkriegen, bietet der ZFD für Betroffene Beratung an. Sie soll dazu beitragen, angepaßte Lösungsansätze zu entwickeln oder Konzepte gewaltfreien Widerstandes oder Sozialer Verteidigung aufzubauen.

Eine Erfahrung, die der BSV selbst machen mußte, soll das verdeutlichen. Ein Jahr vor Ausbruch des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien lag die konkrete Anfrage einer Friedensorganisation aus Slowenien vor, angesichts des drohenden Krieges gewaltfreie Gegenstrategien entwickeln zu helfen. Der BSV war damals aus personellen und finanziellen Gründen nicht in der Lage, der Anfrage zu entsprechen. Ein entsprechend ausgestatteter ZFD, der kontinuierlich arbeiten kann, steht in einer vergleichbaren Situation sofort zur Verfügung.

2. Unterstützung

Die Erfahrungen der Friedensbewegung im ehemaligen Jugoslawien zeigen, daß eine direkte Unterstützung der Opposition gegen Krieg und Gewalt sehr hilfreich sein kann. Der Aufbau von Kommunikation über die Grenzen der feindlichen Lager hinweg und die Durchführung von Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, die der Kriegspropaganda entgegenwirken, wird durch technische und personelle Hilfe von außen wirkungsvoll unterstützt. Friedensdienste mit größeren finanziellen Kapazitäten könnten dabei weitaus mehr leisten, als bisher möglich war. Dabei kann diese Arbeit, in Zusammenarbeit mit KriegsgegnerInnen, die sich im Exil befinden, zum Teil auch direkt vom Ausland aus durchgeführt werden. MultiplikatorInneneffekte werden durch die Schulung von ortsansässigen AusbilderInnen angestrebt. Die betroffenen Bevölkerungsgruppen sollen so ermutigt und befähigt werden, ihre Interessen im Konflikt wirkungsvoll zu vertreten und eigenverantwortlich zu einer Lösung beizutragen.

3. Vermittlung und Versöhnung

Eine wesentliche Aufgabe des ZFD ist die direkte Arbeit mit den am Konflikt beteiligten Menschen vor Ort. Konfliktvermittlung soll unmittelbar an der Basis ansetzen. Damit sollen an möglichst vielen Orten Versöhnungsprozesse in die Wege geleitet werden. Eine Maßnahme, dies voranzutreiben, ist die Ausbildung in Mediation (Vermittlung in Konflikten). Eine solche Arbeit kann sowohl in innergesellschaftlichen Konflikten hilfreich sein als auch in Situationen, die in einen Krieg zwischen Nationen zu eskalieren drohen. Nicht mehr die Kriegsführer allein entscheiden so an fernen Verhandlungstischen über das Schicksal der betroffenen und vielfach durch Propaganda manipulierten Menschen. Auch in Nachkriegssituationen kann ein ZFD durch Versöhnungsarbeit dazu beitragen, den aufgestauten Haß zwischen den Menschen und Völkern abzubauen und damit den Grundstein für Frieden zu legen.

4. Internationale Präsenz

Menschenrechtsverletzungen werden, so die Erfahrung, in geringerem Maße verübt, wenn Öffentlichkeit hergestellt werden kann. Insbesondere wenn das internationale Augenmerk auf bestimmte Menschenrechtsverletzungen gerichtet wird, werden diese oft abgebrochen. Die Arbeitsweise von „amnesty international“ und den „Peace Brigades International“ nutzt diesen Effekt besonders. Ebenso hat der ZFD die Aufgabe, durch eine – wenn nötig auch flächendeckende – internationale Präsenz Menschenrechtsverletzungen so weit wie möglich zu verhindern. Nicht immer gelingt dies. In solchen Fällen wird der ZFD die bekanntgewordenen Vorfälle registrieren und dadurch die Möglichkeit eröffnen, TäterInnen zu identifizieren und zu einem späteren Zeitpunkt zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Aktivität wird (potentiellen) TäterInnen bekannt gemacht, damit sie wissen, da sie später verantwortlich gemacht werden können für Taten, die sie in Kriegszeiten verüben.

5. Deeskalation und Beendigung von Gewalt

Die Dynamik gewaltsamer Konflikte macht es zuweilen notwendig, in schneller angemessener Weise mit gewaltblockierenden Maßnahmen zu intervenieren, um eine weitere Eskalation zu verhindern. In solchen Momenten ist es oft unmöglich, schon Strategien der Mediation und Konfliktberatung einzusetzen. Vorrangiges Ziel ist es, gewaltsame Abläufe zu stoppen, Zeit zu gewinnen damit Spielräume für Gespräch und Konfliktbearbeitung überhaupt eröffnet werden. Solche

Deeskalationsstrategien erfordern von den MitarbeiterInnen ein hohes Maß an Erfahrung, Kompetenz, Kreativität und Mut. Zahlreiche Beispiele lassen sich für solche Interventionen in den Auseinandersetzungen der letzten 50 Jahre, in denen gewaltfrei Widerstand geleistet wurde, finden. Aber es bleibt als Herausforderung, daß die Bedingungen und Möglichkeiten solcher deeskalierender Interventionen noch unzureichend erforscht sind.

6. Organisation von gewaltfreiem Widerstehen / Sozialer Verteidigung

In zukünftigen Konflikten, z. B. bei politischen Umbrüchen in Osteuropa, ist es von hervorragender Bedeutung, wenn die Bevölkerung frühzeitig auf das gewaltfreie Widerstehen gegen Gewalt und Unterdrückung vorbereitet wird. Damit wird konkret Soziale Verteidigung vorbereitet. Langfristig werden die verschiedenen Rollen des Militärs (Verteidiger des Landes, landesinterner Machtfaktor und potentieller Bedroher der politischen Ordnung, internationaler Macht- und Ordnungsfaktor) infragegestellt und überwunden.

Organisationsstruktur des ZFD

Die Organisationsstruktur bedarf besonders gründlicher, sachgemäßer Überlegungen, zu denen auch Verwaltungsfachleute heranzuziehen sind. Es muß gewährleistet sein, daß die Administration des ZFD

- die Erfüllung der gesetzten Ziele und Aufgaben erleichtert,
- basisorientierte Zusammenarbeit ermöglicht,
- kreative und innovative Ansätze ermutigt,
- Raum läßt für regierungsunabhängige Initiativen und zugleich den in einem demokratischen Staat gerechtfertigten Anforderungen an parlamentarische Kontrolle entspricht.

1. Trägerschaft

Schon die Verschiedenheit der von uns beschriebenen Aufgaben spricht für ein Nebeneinander von selbstständigen Friedensorganisationen, die unter dem Dach des ZFD zusammengeschlossen sind. So kann z. B. eine Organisation, die in einem Kriegsgebiet die Kriegsopposition direkt unterstützt, nur schwer als unabhängige Vermittlerin auftreten. Insbesondere ist es für manche Aufgaben notwendig, daß ein von der Regierung unabhängiger Friedensdienst zur Verfügung steht. Dies kann notwendig werden, weil die Regierungen aus diplomatischen Gründen in den meisten Konflikten Partei ergreifen zu müssen, damit ihre Unabhängigkeit verlieren, oder weil sie zu Recht identifiziert werden mit einer von nationalen Interessen geleiteten, auch auf Gewalt bauenden Politik. Deshalb schlagen wir vor, daß freie Träger in die Lage versetzt werden, unabhängige Friedensdienste aufzubauen, die jedoch miteinander kooperieren und in ständiger Verbindung mit staatlichen Stellen stehen.

1.1 Freie Träger

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bilden den Kern des Zivilen Friedensdienstes. Als freie Träger werden sie – gemäß dem Subsidiaritätsprinzip – durch staatliche Finanzierung in die Lage versetzt, den Friedensdienst eigenverantwortlich aufzubauen. In ihrem Handeln sind die unabhängig von staatlichen Weisungen, verpflichtet den Grundprinzipien des ZFD, deren Erfüllung Voraussetzung für die Anerkennung als freier Träger im ZFD ist. Ein ähnliches Modell wird bereits im Bereich der

Entwicklungshilfe erfolgreich praktiziert. Einzelne Träger arbeiten mit anderen Trägern in einem Koordinationsgremium zusammen. Davon unbenommen entscheiden die freien Träger, wo und wann sie ihre Projekte durchführen wollen, solange diese einen gemeinsam mit dem Staat zu entwickelnden Kriterienkatalog genügen.

1.2 Staatliche Träger

Die staatlichen Aufgaben könnten insgesamt in einem vom Bund für Soziale Verteidigung geforderten Ministerium für Abrüstung, Konversion und ZFD gebündelt werden.

Neben den freien Trägerorganisationen kann auch der Staat über eine Trägerorganisation im ZFD verfügen, in der Fachleute und Einsatzgruppen ausgebildet werden, um sie statt bewaffneter Truppen in Krisengebieten einzusetzen, bzw. der UNI zur Verfügung zu stellen. Bei Angriffen auf die Bundesrepublik Deutschland können diese ExpertInnen auch zur Koordination Sozialer Verteidigung eingesetzt werden.

1.3 Bundesamt für den Zivilen Friedensdienst

Ein zu gründendes Bundesamt für den Zivilen Friedensdienst bildet die Dachorganisation des ZFD. Das Bundesamt selbst führt keine Einsätze durch, sondern bedient sich dazu der freien Träger und staatlicher, rechtlich selbstständiger Institutionen (z. B. gemeinnütziger GmbH analog dem Deutschen Entwicklungsdienst DED).

Es hat u. a. folgende Aufgaben:

- Koordination der verschiedenen Träger, ihrer Einsätze und die Gewährleistung von Einsatzoptionen von Regierung und Parlament
- Anerkennung von gemeinnützigen Vereinen, Wohlfahrtsverbänden und Körperschaften öffentlichen Rechts als Trägerorganisationen des Zivilen Friedensdienstes
- Aufsichtsführung über und Kontrolle der Einhaltung der Grundprinzipien (Kriterienkatalog) des ZFD und über den angemessenen Umgang mit öffentlichen Geldern.

1.4 Weitere Zusammenarbeit

Sofern erforderlich, sucht der ZFD auch die Unterstützung bereits bestehender staatlicher oder nichtstaatlicher Organisationen z. B. für Transporte, den Aufbau von Kommunikationssystemen oder für wissenschaftliche Beratung, insbesondere durch Friedensforschungsinstitute. Diese Hilfe ist wichtig, wenn es um präventive Analyse von Konfliktfeldern geht oder Sprache, Kultur, Geschichte von Regionen.

2. Struktur und Umfang des ZFD

Wir gehen davon aus, daß der Zivile Friedensdienst nicht von heute auf morgen in seiner endgültigen Größe aufzubauen sein wird. Vielmehr wird die Zahl der MitarbeiterInnen schrittweise zu erhöhen sein und zwar abhängig von den Erfahrungen in Ausbildung und Einsatz, von der wachsenden gesellschaftlichen Unterstützung und von den zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen. In den nächsten 10 Jahren – der Aufbauphase des ZFD – wird ein Bedarf von vermutlich mehr als 10.000 unterschiedlich qualifizierten Männern und Frauen entstehen.

Der Zivile Friedensdienst braucht Männer und Frauen mit einer sehr hohen Motivation, Menschen, die voll und ganz hinter ihrem Auftrag stehen. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist daher

von entscheidender Bedeutung. Wir sind der Überzeugung, daß besonders im Bereich der gewaltfreien Konfliktaustragung eine Zwangsverpflichtung, insbesondere eine Ankoppelung an die Wehrpflicht, der inneren und äußeren Anforderungen eines solchen Dienstes nicht gerecht wird.

Das Prinzip der Freiwilligkeit beinhaltet auch die Möglichkeit, einen bestimmten Einsatz begründet abzulehnen; andererseits schließt die persönliche Entscheidung zum Freiwilligendienst ein hohes Maß an moralischer Verbindlichkeit ein. Wir schlagen vor, daß die Freiwilligen eine Selbstverpflichtungserklärung abgeben, die die Verbindlichkeit ihres Dienstes gewährleistet.

2.1 Hauptamtliche MitarbeiterInnen

Kerngruppe des ZFD sind die hauptamtlichen MitarbeiterInnen. Ihre Aufgabe besteht zum Teil in der Vorbereitung und der Teilnahme an Einsätzen, wie sie oben bereits beschrieben sind. Als wichtigste Aufgabe haben sie jedoch zunächst die einjährige Ausbildung der freiwilligen MitarbeiterInnen zu leisten. Dazu kommen vierwöchige Einführungsangebote, die Interessierten eine fundierte Entscheidung für oder gegen die Teilnahme am Zivilen Friedensdienst ermöglichen. Weitere hauptamtliche MitarbeiterInnen werden für den notwendigen Verwaltungsapparat gebraucht.

2.2 Freiwillige SpezialistInnen

Neben dem Kern von hauptamtlichen MitarbeiterInnen am Ende der Ausbauphase, nach 20 Jahren, werden bis zu hunderttausend Frauen und Männer freiwillig für Einsätze des ZFD zur Verfügung stehen. Sie sind die Basis des ZFD und sollen unter Männern und Frauen verschiedenen Alters geworben werden. Ausbildung und Einsatz mit dem Ziel der Gewaltprävention und gewaltfreier Konfliktbewältigung wird nicht nur für Menschen aus den sogenannten Sozialen Bewegungen, den Friedensorganisationen und den Kirchen sehr anziehend sein. Bei entsprechender gesetzlicher und finanzieller Absicherung, attraktiver Gestaltung der Ausbildung und politischer Unterstützung des ZFD werden sich auch ohne Dienstverpflichtung genügend Freiwillige beiderlei Geschlechts finden. Die in einjähriger Ausbildung erworbenen Fähigkeiten können die Freiwilligen zu gesuchten Arbeitskräften in vielen Berufszweigen machen. Der ZFD wird zudem einen hohen gesellschaftlichen Prestigewert erwerben. Folgende Zielgruppen werden sich besonders angesprochen fühlen:

- Menschen, die ihre Berufstätigkeit unterbrechen wollen oder eine neue Perspektive suchen;
- Menschen, nach abgeschlossener Ausbildung, vor Eintritt in das Berufsleben;
- Menschen, die sich entschließen, frühzeitig aus dem Berufsleben auszusteigen;
- Männer und Frauen nach Abschluß der Kindererziehung;
- junge Leute nach Abschluß der Schule, auch wenn diese Altersgruppe nicht für jede Art von Einsatz geeignet ist.

Die Freiwilligen erhalten eine gründliche Ausbildung von etwa einem Jahr Dauer und regelmäßige, auch auf spezielle Einsätze bezogene Fortbildungen. Ansonsten arbeiten die Freiwilligen in ihrem normalen Berufen. Für Einsätze und Ausbildungszeiten werden sie von ihrem Arbeitsplatz freigestellt und erhalten einen angemessenen Lohnersatz. Ein zu gewährleistender Versicherungsschutz deckt auch Aufenthalte in Kriegsgebieten ab. Eine Arbeitsplatzgarantie wird gesetzlich geregelt.

Solange noch eine Wehrpflicht in der Bundesrepublik besteht, werden die Freiwilligen des ZFD von dieser befreit.

Die einjährige Grundausbildung der Freiwilligen berücksichtigt deren Vorerfahrungen, Qualifikationen und Neigungen. Sie verläuft teilnehmerInnenzentriert und handlungsorientiert und vermeidet die Gleichförmigkeit herkömmlicher Lerngänge in Schule und Beruf. Sie fördert Spontaneität, Kreativität und Lernfreude durch bewußte Rhythmisierung des Ausbildungsjahres, ständigen Praxis- und Erfahrungsbezug und organisatorische und inhaltliche Flexibilität. Sie bevorzugt neben systematischen Lerngängen offenere selbstbestimmte Formen des Lernens („Lernwerkstatt“) und – in geringerem Umfang – die Entwicklung individueller Curricula.

Die einjährige Grundausbildung lebt von der wechselseitigen Anregung von TrainerInnen und Freiwilligen und der Freiwilligen untereinander.

Neben einer gründlichen Ausbildung für freiwillige SpezialistInnen wird der ZFD auch vierwöchige Einführungskurse in gewaltfreie Konfliktaustragung anbieten. Sie werden als Bildungsurlaubsmaßnahmen anerkannt.

3. Rahmengesetzgebung

Um eine solche Organisationsstruktur zu ermöglichen, muß der Bundestag ein Gesetz erlassen, die die Einführung des Zivilen Friedensdienstes auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips gewährleistet. In diesem Gesetz müssen u. a. folgende Punkte geregelt werden:

- Anerkennung freier Organisationen/NGOs und staatlicher Organisationen als Träger eines ZFD
- Finanzielle Verpflichtungen/Leistungen des Bundes im Rahmen des ZFD
- Anwendung des Arbeitsplatzschutzgesetzes und des Unterhaltssicherungsgesetzes auf Freiwillige des ZFD
- Versicherungsleistungen für Freiwillige im Einsatz
- Befreiung der Freiwilligen von der Wehrpflicht oder anderen Dienstpflichten
- Aufgaben und Struktur des Bundesamtes für den ZFD, insbesondere der Koordinations- und Aufsichtsfunktionen
- Änderung bzw. Ergänzung betroffener Gesetze

Finanzierung des ZFD

Der Zivile Friedensdienst wird hauptsächlich aus Steuermitteln finanziert. Die Umsetzung des Konzeptes ist ein Projekt der Rüstungskonversion, denn die Mittel, die bisher für Rüstung und Militär ausgegeben wurden, sollten für zivile Zwecke verwandt werden. Folgende Umschichtung von Geldern des Verteidigungshaushaltes sind notwendig:

Pilotphase:	ca. 50 Millionen DM/jährlich. (etwa 0,1 % des Verteidigungshaushaltes)
Aufbauphase:	ca. 2,5 Mrd. DM/jährlich. (etwa 5 % des Verteidigungshaushaltes)
Ausbauphase:	10 Mrd. DM/jährlich (etwa 20 % des Verteidigungshaushaltes)
Endstufe:	25 Mrd. DM/jährlich (etwa 50 % des Verteidigungshaushaltes) (Zahlenangaben auf Basis von 1994)

Ein voll ausgebauter Ziviler Friedensdienst verursacht jährlich Kosten, die weit unter denen liegen, die heute für Rüstung und Militär aufgebracht werden.

Den freien Trägern steht ein Teil dieses Budgets aus Steuermitteln zur Verfügung, dessen Höhe gesetzlich festgelegte Richtlinien bestimmen. Über diese Gelder entscheiden die Träger im Rahmen der Richtlinien eigenverantwortlich.

Aufbau und Entwicklung des ZFD

Bei der Entwicklung des Zivilen Friedensdienstes handelt es sich um eine gesellschaftliche Entscheidung von großer Tragweite. Die Einseitigkeit der Sicherheitspolitik, das blinde Vertrauen auf die Entwicklung gewaltsamer Instrumente und die völlige Vernachlässigung der gewaltfreien Mittel soll überwunden werden. Finanzielle Ressourcen und menschliche Kreativität, Expertenwissen und Einsatzbereitschaft werden zum ersten Mal in diesem Ausmaß bewußt für gewaltfreie Konfliktlösung eingesetzt. Mit einem solchen Umsteuern hin zu einer zivilen Gesellschaft kann und muß heute begonnen werden. Die Entwicklung eines Zivilen Friedensdienstes ist daher in einem Stufenmodell über 20 Jahre denkbar.

Die möglichen freien Träger sind jetzt bereits aufgerufen Pilotprojekte zu beginnen, in denen Erfahrungen gesammelt werden für den weiteren Ausbau (u. a. Ausbildungskonzepte, Erfahrungen mit Einsätzen) und eine erfolgreiche internationale Zusammenarbeit.

Nach der Bundestagswahl 1994 muß mit den Beratungen über eine Rahmengesetzgebung und die finanzielle Absicherung eines ZFD begonnen werden. Diese Pilotphase soll 3 bis 5 Jahre nicht überschreiten.

Eine Aufbauphase von 5 Jahren schließt sich an, in der die Ausbildungs- und Einsatzkonzepte fortgeschrieben und unter den Bedingungen eines größer werdenden Dienstes erprobt werden.

Die dritte Phase führt den bereits in seiner Grundkonzeption existierenden ZFD schrittweise, auch durch Steigerung der finanziellen Mittel, an die personelle Sollstärke von etwa 100.000 MitarbeiterInnen heran. Für diese Phase ist ein Zeitraum von 10 Jahren denkbar, so dass nach 20 Jahren der ZFD seinen voll entwickelten Umfang erreicht.

Vorschläge für ein Pilotprojekt

Der Bund für Soziale Verteidigung schlägt die Arbeit in zwei Pilotprojekten vor, an denen die Kriterien und Grundsätze eines Zivilen Friedensdienstes und die Bedingungen künftiger Einsätze weiterentwickelt und erprobt werden können.

- a) ein Projekt in einem Inlandskonflikt, z. B. der Flüchtlingsproblematik in Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit;
- b) ein Projekt in einem Auslandskonflikt, z. B. Gewalt- und Kriegsvorbeugung im Kosovo;

In beiden Konfliktfeldern gibt es bereits vielfältige Kontakte und Erfahrungen unserer Mitgliedsorganisationen an die anzuknüpfen wäre.

Forderungen an Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Staat

Von den Kirchen und Gewerkschaften erwarten wir die Unterstützung von ZFD-Pilotprojekten. Sie sollen zudem dazu beitragen, eine Kultur der Gewaltfreiheit zu entwickeln, insbesondere durch die Nutzung ihrer vorhandenen Bildungseinrichtungen. Gerade die Kirchen, die sich im Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung zu dieser Option für die Gewaltfreiheit verpflichtet haben, können gewaltfreie Konfliktaustragung stärker als bisher in ihre Lehrpläne der Schul- und Hochschulausbildung aufnehmen.

Ähnliches erwarten wir von den Gewerkschaften, die in ihrer über hundertjährigen Geschichte einen reichen Erfahrungsschatz gewaltfreien Kampfes aufzuweisen haben und die selbst in den vergangenen Jahren die Bedeutung von Rüstungskonversion immer wieder betont haben.

Von den Parteien erwarten wir, daß sie die politischen Voraussetzungen für einen ZFD schaffen. Das Konzept des ZFD sollen sie im Dialog mit den Friedensorganisationen und anderen potentiellen freien Trägern weiterentwickeln, so daß die politische Umsetzung durch den Staat stattfinden kann. Neben der staatlichen Finanzierung des ZFD fordern wir von der Regierung die Einrichtung eines Ministeriums für Abrüstung, Konversion und ZFD.

Wir hoffen, in der Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen, Parteien und Regierung mit dem Zivilen Friedensdienst als gewaltfreie Alternative ein zukunftsweisendes Konzept für eine zivile Weltgesellschaft realisieren zu können. Wir sind überzeugt, daß es helfen wird, aus dem Teufelskreis von Angst und Drohung auszubrechen und neue Methoden des Umgangs mit Konflikten und neue Methoden des Umgangs mit Konflikten zu entwickeln und zu erproben.

Das vorgelegte Konzept gibt den Standpunkt des Bundes für Soziale Verteidigung wieder. Zur Durchsetzung des Konzeptes ist es notwendig, eine breite gesellschaftspolitische Debatte anzustoßen. Uns ist bewußt, daß unser Konzept in dieser Debatte eine Veränderung erfahren wird. Wir wünschen uns, daß es eine Verbesserung im Sinne von effektiver und gewaltmindernder Konfliktbearbeitung erfährt und fordern zur engagierten Diskussion auf.

Die Autoren



Helga Tempel

ist Pädagogin, Quäkerin und Pazifistin. Nach ihrem Studium der Pädagogik und Physik an der Universität Hamburg war sie als Lehrerin und in der Erwachsenenbildung tätig. Gemeinsam mit ihrem Mann Konrad Tempel begründete sie die Ostermarschbewegung und ist seit den 1950er Jahren in Initiativen der Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit engagiert. Helga Tempel war von der Gründung im Jahr 1996 bis 2004 Ko-Vorsitzende des forumZFD und ist seither Ehrenvorsitzende des Vereins.



Dr. Tilman Evers

ist Sozialwissenschaftler, Dozent und Berater für zivile Konfliktbearbeitung. Vor seinem Engagement im forumZFD war er u. a. in der Lateinamerika-Forschung und -Solidarität tätig, danach in der politischen Erwachsenenbildung in evangelischer Trägerschaft. Er war Mitglied des Gründungsvorstandes des forumZFD und in den Jahren 2004 bis 2010 dessen Vorsitzender.



Heinz Wagner

ist Pädagoge, war in der politischen Jugendbildung in Berlin tätig und viele Jahre Referent für Friedensarbeit bei pax christi Aachen. Von der Gründung im Jahr 1996 bis 2004 war er Ko-Vorsitzender des forumZFD und anschließend zehn Jahre lang Geschäftsführer des Vereins. Seit 2015 ist Heinz Wagner Vorsitzender der Stiftung Forum Ziviler Friedensdienst.

Literaturverzeichnis

Bund für Soziale Verteidigung (Hg.) (1994): „Ziviler Friedensdienst. Ein Konzept des Bundes für Soziale Verteidigung“, Minden. Abgedruckt in: gewaltfreie aktion, Heft 99–100, 22–30.

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste (1997): „Vorstellungen in Deutschland zum zivilen Friedensdienst“, Ausarbeitung 150/97, Berlin.

Ebert, Theodor (1994): „Auswärtige Einsätze des Zivilen Friedensdienstes“, Vortrag in der Evang. Akademie Berlin-Wannsee am 27.05.1994, in: gewaltfreie aktion, Heft 99–100, 30–36.

Ebert, Theodor (1996): „Der Zivile Friedensdienst als Herausforderung für die Friedensbewegung“, in: Gewaltfreie Aktion, 27./28. Jg., Heft 105/106/107, 2–15.

Ebert, Theodor (1997): „Ziviler Friedensdienst – Alternative zum Militär. Grundausbildung im gewaltfreien Handeln“, Münster.

Evangelische Akademie Mülheim/Ruhr (1994): „Der Ziviler Friedensdienst. Ein neues Mittel für eine neue Politik“, Dokumentation der Tagung vom 08.–10.10.1993.

Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg – EkiBB (Hg.) (1994): „Ziviler Friedensdienst. Einsatzgruppen für eine Politik mit gewaltfreien Mitteln“, Berlin.

Evangelisches Bildungswerk Berlin (1994): Dokumentation 99/94: Hearing „Ziviler Friedensdienst“, Dokumentation einer Tagung am 26.02.1994 in Berlin.

Evangelisches Bildungswerk Berlin (1995): Dokumentation 100/95: „Konflikte lösen ohne Gewalt. Das Konzept des Zivilen Friedensdienstes“, Dokumentation einer Veranstaltung der EkiBB am 04.11.2014 in Berlin.

Evangelisches Bildungswerk Berlin (1995): Dokumentation 101/95: „Projektanalyse. Ausbildung für den Zivilen Friedensdienst“, erstellt von Uwe Painke, Berlin.

Evangelisches Bildungswerk Berlin (1995): „Konflikte lösen ohne Gewalt – Das Konzept des Zivilen Friedensdienstes“, Dokumentation einer Veranstaltung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg am 04.11.1994, Berlin.

Evers Tilman / Fischbeck, Hans-Jürgen (Hg.) (1996): „Entwicklungsdienst – Friedensdienst. Gemeinsamkeit und Differenz“, Dokumentation einer Tagung in der Evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr, 31.08.–01.09.1996, epd-Dokumentation Nr. 51.

Tilman Evers (Hg.): „Ziviler Friedensdienst – Fachleute für den Frieden“. Opladen: Leske+Budrich, 2000.

Forum Ziviler Friedensdienst (Hg.) (1994): „Ausbildungsplan für die Freiwilligen des ZFD“, Minden.

Forum Ziviler Friedensdienst (Hg.) (1997): „Frieden muss von unten wachsen“, Publik-Forum-Aktuell, Red. Ursula Rüssmann, Oberursel.

Forum Ziviler Friedensdienst (Hg.) (1997): „Grundsätze und Kontroversen“. Texte zum politischen Standort des Forum Ziviler Friedensdienst e.V., Minden.

Forum Ziviler Friedensdienst (Hg.) (2016): „Entschieden für den Frieden. Rückblick auf 20 Jahre forumZFD“, Köln.

Kahlenberg, Vera (2009): „Literatur zum Zivilen Friedensdienst“, Forum Ziviler Friedensdienst, Bonn (Hg.).

Konsortium ZFD (Hg.) (1999): „Gemeinsames Konzept für einen Friedensfachdienst in der Entwicklungszusammenarbeit“, Bonn.

Netzwerk Friedenskooperative (Hg.) (1997): „Ziviler Friedensdienst“, Schwerpunktheft von Friedensforum, Heft 5/1997, Bonn.

Südmersen, Kurt/Tempel, Helga/Tempel, Konrad (1996): „Ausbildungsplan für die Freiwilligen des Zivilen Friedensdienstes (ZFD)“, Forum Ziviler Friedensdienst, Minden (Hg.).

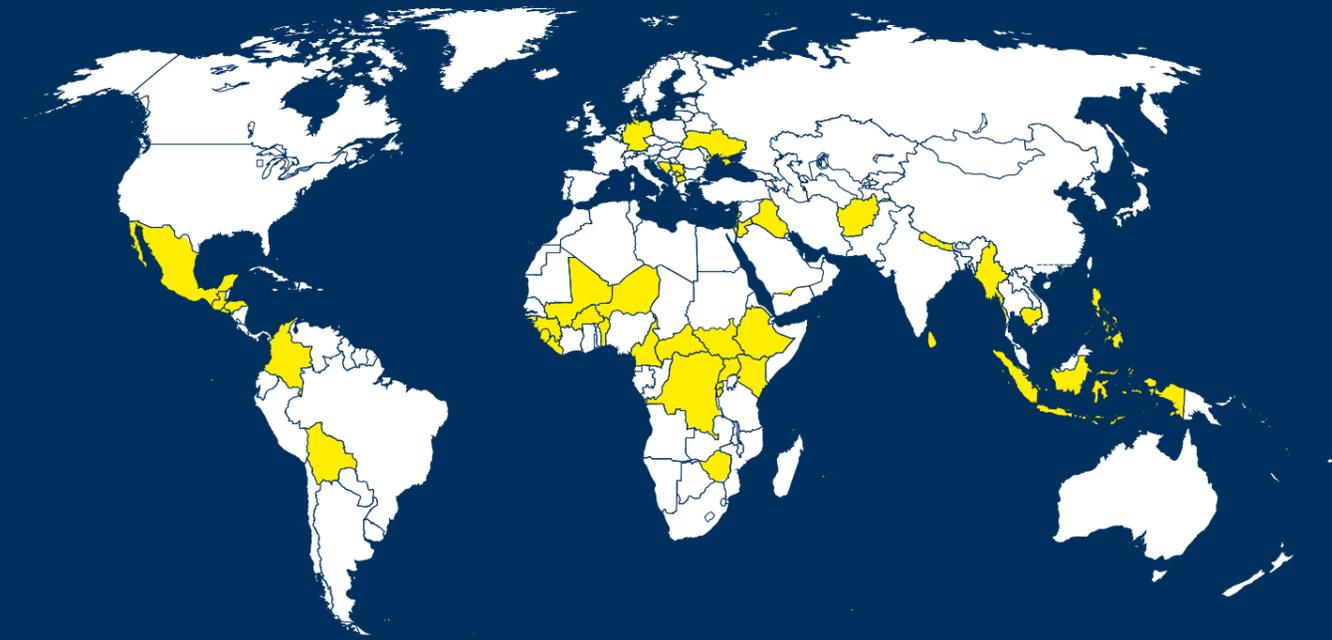
„Ziviler Friedensdienst – europaweit“, Bericht und Dokumentation über eine internationale Arbeitskonferenz in Frankfurt/Oder, 24.–26.03.1995, Deutsche Sektion der Helsinki-Citizens Assembly in Zusammenarbeit mit der Stiftung MITARBEIT, Bonn (Hg.).

„Ziviler Friedensdienst“. (1994) Reader zum Hearing am 26.02.1994 im Haus der Kirche (Berlin), Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, Berlin (Hg.)

Der Zivile Friedensdienst weltweit

Seit 1999 wurden rund 1.400 ZFD-Fachkräfte in knapp 60 Ländern tätig. Derzeit sind rund 300 Fachkräfte für den Zivilen Friedensdienst im Einsatz. Der ZFD ist in 42 Ländern aktiv.

Stand 31.12.2018



Mittel- und Südamerika:

El Salvador
Guatemala
Honduras
Mexiko

Europa

Bosnien und Herzegowina
Deutschland
Kosovo
Mazedonien
Serbien
Ukraine

Afrika

Äthiopien
Benin
Burkina Faso
Burundi
Guinea
Guinea-Bissau
Kamerun
Kenia
Kongo
Liberia
Mali
Niger
Ruanda
Sierra Leone
Simbabwe
Südsudan
Uganda
Zentralafrikanische Republik

Naher Osten

Irak
Israel
Jordanien
Libanon
Palästinensische Gebiete

Asien

Afghanistan
Indonesien
Kambodscha
Myanmar
Nepal
Philippinen
Sri Lanka
Timor-Leste



forumZFD

Entschieden für Frieden

forumZFD

Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

Telefon 0221 – 91 27 32-0
Fax 0221 – 91 27 32-99
E-Mail kontakt@forumZFD.de
www.forumZFD.de

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE37 3702 0500 0008 2401 01
BIC BFSWDE33XXX